



**Freie und Hansestadt Hamburg**

**Drucksache XVII/ 555**

**Bezirksamt Bergedorf**

**T Ä T I G K E I T S B E R I C H T**

**D E S**

**B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F**

**B E R I C H T S J A H R 2 0 0 6**

**(26. Fortschreibung)**



## VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2006 vor, um damit - wie in den Vorjahren auch - über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 27. Mal dokumentiert werden.

Der Bericht wird in diesem Jahr letztmalig in der bisherigen Gliederung erscheinen, da mit dem Inkrafttreten des neuen Bezirksverwaltungsgesetzes ab 1.8.2006 und der Verwaltungsreform ab 1.2.2007 wesentliche strukturelle Änderungen eingetreten sind, die eine Neugliederung notwendig machen.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Dr. Christoph Krupp

Bezirksamtsleiter



## INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
<b>1. Verwaltungsdezernat</b>	
1.1 Verwaltungsamt	6
1.1.1 Allgemeine Abteilung	6
Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit	6
Gebäudemanagement	8
Katastrophenschutz	9
Sport	10
Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen	11
Stadtteilkultur	11
Lichtwarkausschuss	14
1.1.2 Personalabteilung	15
1.1.3 Haushaltsabteilung	18
1.1.4 Organisationsabteilung	19
1.2 Einwohneramt	21
1.3 Standesamt	28
1.4 Beauftragte für Beschäftigungsförderung und soziale Stadtteilentwicklung	30
<b>2. Rechts-, Gesundheits- und Verbraucherschutz-     dezernat</b>	
2.1 Rechtsamt	32
2.2 Gesundheitsamt	35
2.3 Verbraucherschutzamt	45



	<u>Seite</u>
<b>3. Baudezernat</b>	
Bauamt mit	55
3.1 Verwaltungsabteilung	57
3.2 Planungsabteilung	57
3.3 Genehmigungsabteilung	62
3.4 Garten- und Tiefbauabteilung	65
<b>4. Jugend- und Sozialdezernat</b>	
4.1 Jugendamt	69
4.2 Grundsicherungs- und Sozialamt	80
<b>5. Ortsamt Vier- und Marschlande</b>	
5.1 Verwaltungsabteilung	84
5.2 Bürgerzentrum	84
5.3 Bauaufsicht	86
<b>6. Beauftragte für Wirtschaftsförderung (WB) und Verbindungsstelle Liegenschafts- verwaltung</b>	88



Die Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf im Vergleich zur Produktstruktur der Produktinformation (Stand: 2006)

Im Tätigkeitsbericht sind die Aufgaben nach der bisherigen Organisationsstruktur des Bezirksamtes Bergedorf gegliedert. Die folgende Übersicht ermöglicht eine grobe Zuordnung zu den Produktbereichen und -gruppen der für die Bürgerschaft erstellten Produktinformation.

<b>Bezirksamt</b>				Wirtschaftsbeauf-tragter	
<b>D 1 Verwaltungsdezernat</b>		<b>D 2 Rechts-, Gesundheits- und Verbrau- cherschutzdezernat</b>		<b>D 3 Baudezernat</b>	<b>D 5 Jugend- und Sozialdezernat</b>
Verwaltungsamt	Einwohneramt	Rechtsamt		Bauamt	Jugendamt
	Standesamt	Gesundheitsamt			Sozialamt
		Verbraucherschutzamt			
<b>Produktbereich 0:</b> Zentrale Verwal- tung	<b>Produktbereich 01:</b> Einwohner- und Personenstands- angelegenheiten	<b>Produktbereich 02:</b> Rechts-, Wirt- schafts- und Ord- nungsangelegen- heiten	<b>Produktbereich 04:</b> Gesundheits-, Umwelt- und Vete- rinärangelegen- heiten	<b>Produktbereich 03:</b> Bauangelegenhei- ten	<b>Produktbereich 05:</b> Jugend-, Grund- sicherungs- und Sozialangelegen- heiten
<i>Produktgruppe 01</i> Zentrale Unter- stützung der Auf- gaben- und Res- ourcensteue- rung, Aufgaben- und Leitungsun- terstützung	<i>Produktgruppe 03</i> Einwohnerange- legenheiten einschl. Sozial- leistungen und Wohnungsange- legenheiten	<i>Produktgruppe 05</i> Rechtsentschei- dungen und Ver- tretung in gericht- lichen und ande- ren Verfahren einschl. Rechts- service	<i>Produktgruppe 13</i> Gesundheit  <i>Produktgruppe 14</i> Umweltschutz	<i>Produktgruppe 08</i> Städtebauliche Planung, Realisie- rung  <i>Produktgruppe 09</i> Bauaufsicht und Bodenverkehrs- angelegenheiten	<i>Produktgruppe 16</i> Jugendhilfe  <i>Produktgruppe 17</i> Grundsicherung u. Sozialhilfe
<i>Produktgruppe 02</i> Zentrale Fachauf- gaben (Bevölke- rungsschutz, Sport, Stadtteil- kultur, Bürger- häuser, u. sonst. Freizeitzentren sowie Wahlen/ Volks-/ Bürgerbe- gehren und - entscheide)	<i>Produktgruppe 04</i> Personenstands- angelegenheiten	<i>Produktgruppe 06</i> Gewerbe- und Ordnungsangele- genheiten	<i>Produktgruppe 15</i> Gesundheitlicher Verbraucher- schutz und Vete- rinärangelegen- heiten	<i>Produktgruppe 11</i> Tiefbauwesen  <i>Produktgruppe 12</i> Städtisches Grün und Naturschutz	

**Ortsamt Vier- und Marschlande**

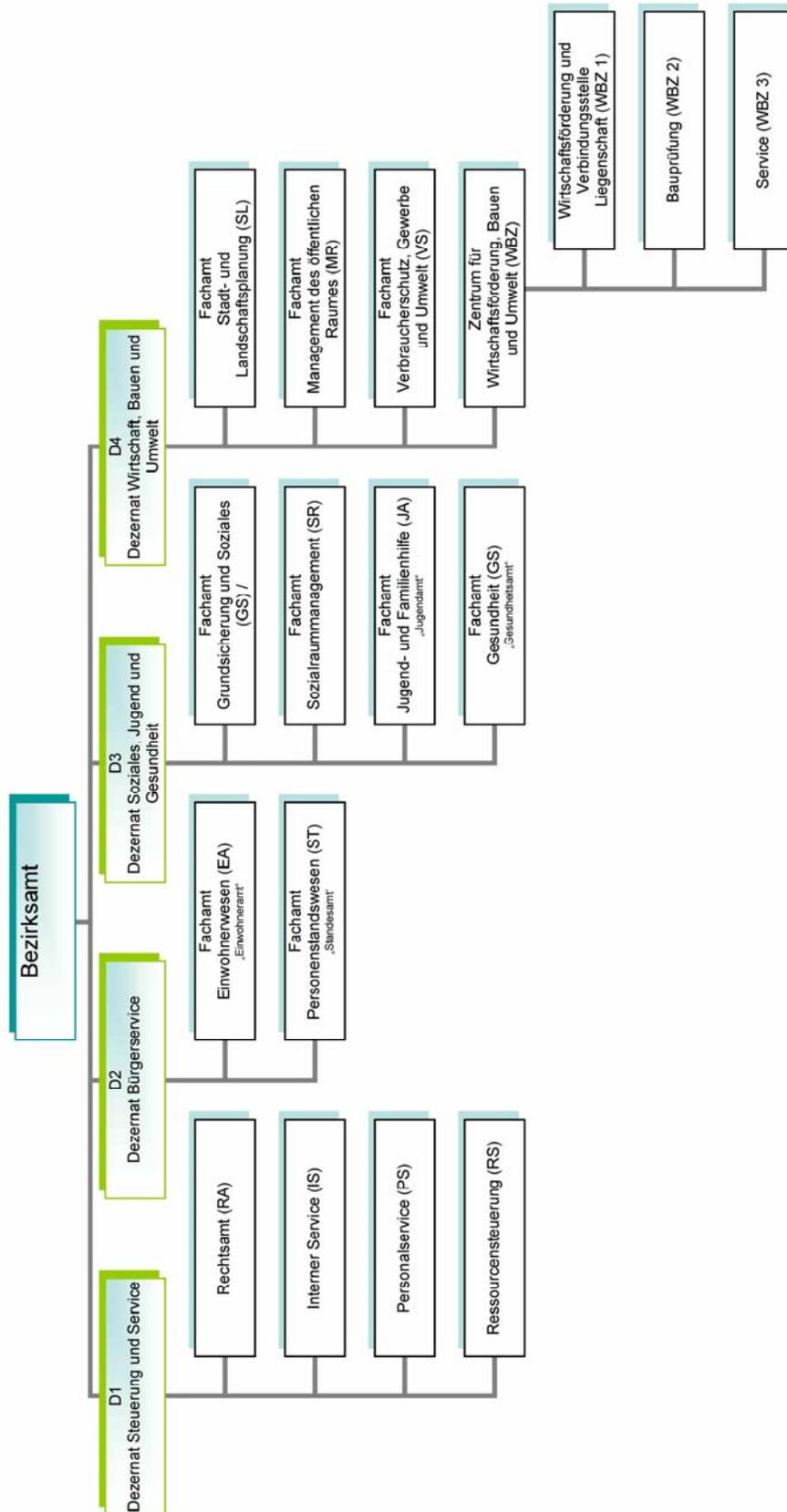
Die Abteilungen des Ortsamtes finden sich in den fachlich entsprechenden Produktbereichen und -gruppen wieder.

Die Organisationsstruktur des Bezirksamtes hat sich im Rahmen der Verwaltungsreform zum 01.02.2007 geändert (Übersicht siehe Seite 5a).

Der Tätigkeitsbericht für das Berichtsjahr 2007 wird daher nach der neuen Organisationsstruktur gegliedert sein.



Organisationsstruktur und Produktbereiche ( Stand 2007 )





# 1. VERWALTUNGSDEZERNAT

Leitung: Klaus Wolters, Tel. 42891-2003/2004

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	96,15	92,49	88,85
Sachkostenbudget			
Ansatz und Rest Vorjahr	67.367	44.249*)	41.550
Ausgaben	56.608	44.249	41.550
übertragbarer Rest	10.759	0	0
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Fachausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, für Sport und Kultur, für Haushalt und Vergabe u.a.		

\*)- Kürzung des Dezernatsbudgets insges., Umschichtung zugunsten der Rücklagen für räumliche Veränderungen/Umzüge  
 -> gesamt ./ 84.000,--€  
 - Resteabschöpfung zugunsten des Personalbudgets  
 -> gesamt 65.000,--€

## 1.1 Verwaltungsamt (Zentrale Unterstützung der Aufgaben- und Ressourcensteuerung)

### 1.1.1 Allgemeine Abteilung

Leitung: Otto Steigleder, Tel. 42891-2005

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	26,76	25,97	24,72

### Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2004	2005	2006
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	16	16	16
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	91 <sup>1)</sup>	101	113
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	532 <sup>1)</sup>	571	543
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	184 <sup>1)</sup>	258	233
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	577.046	547.567 <sup>2)</sup>	543.302
Eingaben an die Bezirksversammlung	51	55	41
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	139	101	145

<sup>1)</sup>Die teils niedrigeren Werte sind darauf zurückzuführen, dass bedingt durch die Neuwahl im Februar/März 2004 fast keine Sitzungen stattgefunden haben.

<sup>2)</sup>Seit der Bürgerschaftswahl waren im Gegensatz zu 2004 nur noch 3 Fraktionen in der Bezirksversammlung vertreten.



## Aufgaben und Entwicklung in 2006

Die Anzahl der Eingaben an die Bezirksversammlung unterlag weiterhin nur geringen Schwankungen. Auch im Jahr 2006 lagen die inhaltlichen Schwerpunkte von Eingaben an die Bezirksversammlung überwiegend bei Verkehrsangelegenheiten. Die inhaltlichen Schwerpunkte bei den Eingaben an die Bezirksamtsleitung lagen erneut bei Bau-, Grün-, Sozialhilfe- und Verkehrsangelegenheiten.

Neben der ausschussbegleitenden Tätigkeit waren 2006 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen „bergedorf.de“
- Mitarbeit bei der Einführung eines neuen Einwohnerdatenverfahrens (OK.EWO) für die Bereiche Wahlen und Volksgesetzgebung
- Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung des Hafenfestes 25.-27.8.2006
- Mitarbeit bei der Organisation und Durchführung der Jubiläumsveranstaltung der Seniorengremien
- Mitarbeit bei der Einführung des digitalisierten Ratsinformationssystems für das Ausschusswesen
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage des Hamburg-Handbuches (Ausgabe 2006)
- Redaktionsarbeit für die Neuauflage des Hartmann-Stadtplanes für Bergedorf
- Redaktionsarbeit für die aktuelle Auflage des Örtlichen Telefonbuches
- Mitarbeit im Arbeitskreis Tourismus
- Mitarbeit im Arbeitskreis Sternwarte
- Mitarbeit im Kooperationskreis der Museen ( Aufstellen von Hinweisschildern )
- Mitarbeit bei der Herausgabe des Faltblattes „Auf nach Bergedorf“ 3. Auflage
- Mitarbeit in den Arbeitskreisen Neues Wahlrecht u. Volksentscheid
- Mitarbeit bei der Einführung eines digitalen Wahlverfahrens
- Vorbereitung der Volksbegehren „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ und „Rettet den Volksentscheid“
- Organisation und Durchführung des 18. Helfertages der Bezirksversammlung am 29. November 2006.
- Organisation und Durchführung des Adventsbasars vom 2.- 3.12.2006

## Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Im Rhythmus von 14 Tagen fanden bei der Bezirksamtsleitung Pressegespräche / Pressekonferenzen statt, die vorzubereiten und zu begleiten waren.

Regelmäßig, d.h. nahezu täglich gibt es Kontakte mit der regionalen und überregionalen Presse - bei besonderen Anlässen auch mit Rundfunk und Fernsehen.

Vorbereitung für die Vornahme von:

Ehrungen:	2004	2005	2006
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	3	5	7
90., 100. und jeder weitere Geburtstage über 100	178	166	137

Bei 90. Geburtstagen hat seit 2004 die Senatskanzlei die ausschließliche Versendung von Glückwunschkarten übernommen.

Ehrungen zu den 100.Geburtstagen und zu den Ehejubiläen werden weiterhin von den Bezirksämtern durchgeführt.



### Ziele für 2007 im Fachamt Interner Service

- Einführung des digitalisierten Ratsinformationssystems für das Ausschusswesen einschl. Schulung der Mitarbeiter
- Durchführung der Volksbegehren „Hamburg stärkt den Volksentscheid“ und „Rettet den Volksentscheid“ vom 13.02. – 05.03.2007
- Fortsetzung der Arbeiten für ein Internet-Portal unter dem Domainnamen „bergedorf.de“.
- Mitarbeit bei der Einführung eines neuen Einwohnerdatenverfahrens (OK.EWO) für die Bereiche Wahlen und Volksgesetzgebung
- Mitarbeit bei der Einführung eines digitalen Wahlverfahrens
- Vorbereitung der Bürgerschaftswahl im Februar 2008
- Organisation und Durchführung des Jahresempfangs des Bezirksamtes im August 2007
- Organisation und Durchführung des Rathaus-/Stadtfestes Mitte August 2007
- Organisation und Durchführung des 19. Helfertages der Bezirksversammlung im November 2007.
- Organisation und Durchführung des Spiegelsaalkonzertes und des Adventsbasars Ende November/Anfang Dezember 2007
- Vorbereitung der „Hafenmeile 2008“

### Gebäudemanagement

#### Aufgabe und Entwicklung in 2006

	2004	2005	2006
Anzahl der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude	30	29	27
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigengenutzte Gebäude	1.021.470*)	977.565	1.128.989
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigengenutzten Gebäude in m <sup>2</sup>	18.626	20.594**)	20.388
- davon angemietet in m <sup>2</sup>	14.164	16.104	15.898
durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigengenutzte Gebäude je m <sup>2</sup>	4,57*)	3,96	4,56
durchschnittliche Mietkosten je m <sup>2</sup>	6,60	7,23	7,18

\*) erhöhte Kosten wegen Veränderung bei der Heizkostenzahlung. Jahresrechnung + monatliche Abschläge in einem Jahr.

\*\*) erhöhte Flächen wegen Aufnahme des Gebäudes „Team-Arbeit-Hamburg“ in die Hausverwaltung. Dadurch ebenfalls Erhöhung der durchschnittlichen Miet- und Bewirtschaftungskosten. Aufgabe der Mütterberatungsstelle Kirschgarten sowie angemietete Räume für VS im Brookdeich 26.



Folgende Arbeiten wurden erledigt:

- Erneuerung der Sielleitungen im HdJ Heckkaten
- Einbau einer Küche im HdJ Heckkaten
- Errichtung eines Lagerraumes für das Spielhaus Kiebitz
- Errichtung eines Lagerraumes für das Spielhaus Marta-Damkowski-Kehre
- Innenrenovierung des Jugendclubs Marta-Damkowski-Kehre 14
- Restaurierung der Decke im Foyer des Rathauses
- Mitwirkung bei der Realisierung des Projektes „Rathausenerweiterung“
- Innen- und Außenrenovierung des Bootshauses Am Hohen Stege

### Ziele für 2007

- Baubegleitung des Neubaus Dienstgebäude Wentorfer Str. 38 a
- Baubegleitung des Neubaus Garagen hinter Wentorfer Str. 30
- Vorbereitung des Aufzugprojektes Wentorfer Str. 38
- Innenrenovierungen Wentorfer Str. 38 nach Auszug der Dienststellen
- Parkettböden im B-Zimmer, Spiegelsaal und kleiner Saal überarbeiten
- Einbau vier zusätzlicher Abgeordnetensitze im Großen Sitzungssaal
- Grundinstandsetzung des Daches Spielhaus Kurt-Adams-Platz
- Imprägnierung der Außenfassade Spielhaus Kiebitz
- Prüfung Neubau „Jugendbude“ auf dem Gelände Spielhaus LoLa
- Übernahme des JC Lohbrügge-West und Übergabe an den Träger
- Übernahme des Familienhauses Lohbrügge und Übergabe an den Träger
- Begleitung der Sanierung des Johann Adolf Hasse - Geburtshauses

### Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Der Schwerpunkt der Aufgaben des Sachgebietes „Zivil- und Katastrophenschutz“ lag 2006 auf dem Themenbereich „Fußball-WM“. Zu diesem Themenkomplex wurde kurzfristig eine Übung mit allen betroffenen Hamburger Behörden vorbereitet und durchgeführt. Außerdem wurde in Zusammenarbeit mit der Polizei, den Hilfsorganisationen und der privaten Security-Firma das Sicherheitskonzept für die Public-Viewing-Veranstaltung auf der Schlosswiese aufgestellt und während der gesamten Veranstaltung begleitet. Gleichzeitig wurde die Ansprechbarkeit des Regionalen Katastrophendienststabes für die Hamburger Katastrophendienststäbe sichergestellt.

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Katastrophenschutz	2004	2005	2006
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	2	2
Anzahl der Schulungen	8	8	3
Anzahl der Einsätze	0	0	1*

Bei 3 Schulungsterminen wurden insgesamt 16 Mitarbeiter des Regionalen Katastrophendienstes (RKD) fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen.

\* = Sturmfluteinsatz am 01.11.2006



## Ziele für 2007

- Vorbereitung und Durchführung von 2 Übungen  
„LÜKEX `07“ Übung mit 7 weiteren Bundesländern und diversen Bundesministerien im November  
Deichverteidigungsübung (der Termin steht noch nicht fest)
- Schulung der Stabsmitglieder in ihren Aufgabenbereichen
- Einführung eines gesamthamburgischen Programms zur Lagedarstellung und Dokumentation
- Geschäftsoptimierung ggf. einschl. weiterer technischer Ausstattung
- Neuauflage des „Handbuches“ zum 1. August.

## Zentrale Fachaufgabe "Sport"

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Neben der Betreuung der 82 im Bezirk vertretenen Sportvereine auch im Hinblick auf die Vergabe von Nutzungszeiten für Sportplätze und Turnhallen und insbesondere die Betreuung der staatlichen Sportstätten gab es folgende Aktivitäten:

- Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien
- Ehrung von 250 Sportlerinnen und Sportlern am 06. u. 09.05.2006 für herausragende Leistungen im Vorjahr
- Unterstützung beim WM-Familienfest (Rahmenprogramm und ehrenamtlicher Ordnungsdienst)
- Diverse Vorgespräche mit mehreren Sportvereinen im Hinblick auf die geplante Überlassung von Sportplätzen an die Vereine
- Umsetzung des Platzwartes von der Sportanlage Wilhelm-Lindemann auf die Sportanlage Neuallermöhe-Ost (sowie im Bedarfsfall auf die Sportanlage Wilhelm-Stille)
- Sanierung des gesamten Eingangsbereichs auf der Sportanlage Sander Tannen (Asphaltarbeiten)
- Beschaffung und Installation einer Stiefelwaschanlage für die Sportanlage Neuallermöhe-Ost
- Sanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Ladenbeker Weg im Dach- und Sanitärbereich (nach Einbruch)
- Abschluss einer „Vereinbarung über die Bewirtschaftung des Sportplatzes Wilhelm-Lindemann und die Zahlung einer Pflegepauschale“ mit dem VfL Lohbrügge
- Überholung der Trainingslichtanlage im Billtal-Stadion
- Sanierung des „Bolzplatzes“ auf der Sportanlage Mittlerer Landweg (Stolperlöcher im Rasen beseitigen)
- Fertigstellung der Sanierung des Umkleidehauses auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme
- Umbau des Grandplatzes zum Kunstrasenplatz auf der Sportanlage Curslack-Neuengamme und Rückbau der Beregnungsanlage
- Installation einer großflächigen Beleuchtung für den rückwärtigen Parkplatz der Turnhalle Moorfleet



	2004	2005	2006
Größe aller Sportflächen in m <sup>2</sup>	432.808	432.808	432.808
Durchschnittlicher Pflegezustand der Sportstätten in % (entnommen dem 10. Bericht über die Ergebnisse der Pflegezustandsaufnahme 2005 der BSU S. 26)	78	78	78
Durchschnittliche Unterhaltungskosten je m <sup>2</sup> Sportfläche	1,54	1,56	1,56

### Ziele für 2007

- Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien
- Durchführung der Ehrung von Sportlerinnen und Sportlern für herausragende Leistungen im Vorjahr
- Abschluss diverser „Überlassungsverträge“ mit mehreren Sportvereinen im Zusammenhang mit der Überlassung von Sportplätzen an die Vereine
- Umbau des Grandplatzes zum Kunstrasenplatz auf der Sportanlage Zollenspieker und Rückbau der Beregnungsanlage
- Beschaffung von Basketballkörben für den Kunststoffplatz auf der Sportanlage Neuallermöhe-Ost
- Reparatur der Brüstung am Eingang zum Billtal-Stadion (Reinbeker Weg)
- Brunnenneubau für die Beregnungsanlage auf der Sportanlage Wilhelm-Stille als Ersatz für den versandeten Brunnen
- Einbau einer Drainage auf dem kleinen Grandplatz der Sportanlage Sander Tannen

### Koordinator für Aussiedler- und Asylbewerberfragen (KÜA)

Der Arbeitsschwerpunkt lag wie im Vorjahr in der Herrichtung und Verwaltung von Unterkünften für Asylbewerber. In der einzigen bezirklichen Unterkunft August-Bebel-Straße 210 stehen mit Stichtag 31.12. insgesamt zur Verfügung:

Anzahl der Unterkunftsplätze in den bezirklichen Einrichtungen		
2004	2005	2006
178	164	157

In der Gemeinschaftsunterkunft sind per Stichtag 31.12.2006 insgesamt 64 Personen untergebracht.

Unter der Trägerschaft pflegen & wohnen bestehen folgende Unterkünfte:

Pavillon-/Containerdörfer:

- Curslacker Neuer Deich 80 (260 Plätze)
- Curslacker Neuer Deich 78 (260 Plätze)
- Unterkunft für bleibeberechtigte Familien, Obdachlose und Aussiedler Rahel-Varnhagen-Weg 12-24 (270 Plätze)



## Stadtteilkultur

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Im Bereich der Stadtteilkultur waren neben der Betreuung und Beratung von etwa 120 kulturellen Gruppen, Vereinen, Initiativen und Organisationen die Anträge zur Förderung kultureller Projekte zu bearbeiten.

<b>Förderung kultureller Projekte</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl der gestellten Anträge	17	26	28
davon bewilligt	17	24	21
Gesamtvolumen der gestellten Anträge	40.330	47.870	64.285
davon bewilligt	23.475	21.500	23.160

Daneben wurden folgende Projekte und Aufgaben wahrgenommen:

- Mitarbeit im Landesrat für Stadtteilkultur und seinen Arbeitskreisen
- Koordinierung des Projekts „Musik Johann Adolf Hasse im Unterricht“
- Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung des „7. Hamburger Ratschlag für Stadtteilkultur“ am 3. und 4. November 2006 im Kulturpalast im Wasserwerk Billstedt
- Vorbereitung und Durchführung eines Konzertes mit Jasmin & Gottfried Böttger am 1. Dezember 2006 im Spiegelsaal

<b>Institutionelle Förderung des Stadtteilkulturzentrums LOLA</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Zuwendung in €	196.000	196.500	196.500
Gesamtzahl der Besucher	60.526	74.249	78.313
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €	3,24	2,65	2,51
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %	42	39	37

<b>Institutionelle Förderung des Geschichtskontors</b>	<b>Kultu 2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Zuwendung in €	51.000	51.520	51.520
Gesamtzahl der Besucher	1.700	1.800	3.000
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Stadtteilkulturzentrum in €	30,00	28,62	17,17
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %	69	69	68



<b>Betriebskostenzuschuss Bürgerhaus Neuallermöhe-Ost</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Zuwendung in €	34.000	34.000	34.000
Gesamtzahl der Besucher	16.460	29.010	26.000
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Bürgerhaus in €	2,07	1,17	1,31
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Hauses in %	52	56	58
<b>Betriebskostenzuschuss Bürgerhaus KulturA</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Zuwendung in €	47.775	48.870	48.870
Gesamtzahl der Besucher	42.882	40.802	44.645
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Kulturzentrum in €	1,11	1,09	1,09
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Zentrums in %	57	47	48
<b>Betriebskostenzuschuss Arge-Pavillon Bergedorf-West, P 5</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Zuwendung in €	6.000	6.000	6.000
Gesamtzahl der Besucher	6.300	6.325	6.050
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Bürgerhaus in €	0,95	0,95	0,99
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Hauses in %	18	15	17
<b>Betriebskostenzuschuss Bürger- u. Jugendhaus Lohbrügge</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>bis 30.09.2006</b>
Zuwendung in €	8.000	8.000	6.000
Gesamtzahl der Besucher	3.593	4.302	3.660
durchschnittlicher Zuschuss pro Besucher im Bürgerhaus in €	2,23	1,86	1,64
Anteil der staatl. Zuwendungen an den Gesamtausgaben des Hauses in %	65	41	63
<b>Sondermittel</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl der gestellten Anträge	49	50	73
Gesamtvolumen der gestellten Anträge	315.695	185.229	519.610
davon bewilligt – Betriebsmittel – Volumen	23	27	29
davon bewilligt – Investitionen – Volumen	33.220	35.915	34.520
	10	6	17
	37.450	33.500	56.250



## Ziele für 2007

- Erstmalige Zahlung einer Zuwendung an das Kulturheim Billwerder
- Erstmalige Gewährung einer Zuwendung für das Bürger- und Jugendhaus Lohbrügge nach Abschluss einer Rahmenvereinbarung
- Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung beim „8. Ratschlag für Stadtteilkultur“ im November 2007

## Lichtwark-Ausschuss

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Der Lichtwark-Ausschuss bereichert das Bergedorfer Kulturleben mit folgendem Angebot: Theateraufführungen, Konzerte und die Jugend-Wettbewerbe im Theater „Haus im Park“.

### Theateraufführungen und Konzerte

Ab der Spielsaison 2005/ 2006 gilt eine mit der Stäitsch Theaterbetriebs GmbH und der Ohnsorg-Theater GmbH abgeschlossene Kooperation, wonach die Kooperationspartner im Auftrag des Lichtwark-Ausschusses die Gestaltung und Durchführung des Theaterangebots übernehmen. Die Kooperationspartner gestalten durch ein attraktives Programmangebot die Aufführungen interessant. Unverzichtbar, da einmalig in der gesamten Region, sind weiterhin für die älteren Mitbürger (vor allem Seniorengruppen) die Nachmittagsvorstellungen und der Theaterbus am Abend.

### Veranstaltungen im Theater "Haus im Park"

	2003/2004	2004/2005	2005/2006
Anzahl der Veranstaltungen	25	25	21
Anzahl der Abonnenten	596	598	487
Anzahl der "freien" Besucher	3.089	3.076	2.680
Auslastung der Veranstaltungen	57,5%	57,6%	56,1%

Seit dem Herbst ist die Übernahme des Kartenvorverkaufsystems des Altonaer Theaters für den Lichtwark-Ausschuss abgeschlossen.



## Jugendwettbewerbe

Die Bergedorfer Jugendwettbewerbe fördern eindrucksvoll künstlerisch aktive Kinder und Jugendliche. Ihre Durchführung wird durch ehrenamtliche Juroren und finanzielle Unterstützung des Lichtwark-Vereins ermöglicht. Die Bezirksversammlung hat in ihrer Sitzung am 28.09.2006 die Bedeutung der Jugendwettbewerbe hervorgehoben, ihre Fortführung bekräftigt und auch beschlossen, die Finanzierung aus Sondermitteln zu stärken.

### 27. Jugend-Theatertage

7 Gruppen mit Darstellern zwischen 5 und 23 Jahren zeigten Aufführungen auf sehr gutem bis gutem Niveau.

### 46. Jugendmusikanten-Wettstreit

130 junge Musiker wetteiferten an 4 Tagen um gute Plätze. Das Niveau war durchgängig sehr hoch. Wieder konnte an mehrere Teilnehmer für ihr Vorspiel die höchste Punktzahl vergeben werden. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert mit starker Beteiligung am 25. Juni.

Teilnehmerzahlen	2004	2005	2006
Musikanten-Wettstreit	135	143	130
Theater-Tage	11	6	7

## Ziele 2007

- Steigerung der Abo-Zahlen
- Vorbereitung und Durchführung des Jugendmusikanten-Wettstreits und der Jugendtheatertage im Juni
- Weiterarbeiten am Konzept zur Finanzierung der Jugendwettbewerbe

## 1.1.2 Personalabteilung

Leitung: Monika zur Linde Tel.: 42891-2085

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	6,47	6,33	5,38

## Aufgaben und Entwicklung in 2006

In 2006 wurden die Planungen zur Bezirksverwaltungsreform fortgeführt. Die zukünftige Organisationsstruktur des Bezirksamtes wurde festgelegt und wird am 01.02.2007 in Kraft treten.

Außerdem wurden durch die Entflechtung von Durchführungsaufgaben Personal aus den Fachbehörden auf die Bezirke verlagert und teilweise Aufgaben auf Bezirksamtsebene gebündelt.

Im Laufe des gesamten Veränderungsprozesses waren Personalverschiebungen und Stellenveränderungen nötig, die sich in der Personalabteilung durch vermehrte Nachfragen und Gesprächsbedarfe bemerkbar machten.

In der Zeit vom 22.02. bis 28.05.2006 wurde auch im Bezirksamt gestreikt. Dies war ein ungewöhnlich langer Zeitraum, der viele Sonderregelungen notwendig machte. Die zwischen der FHH und Ver.di abgeschlossene Notdienstvereinbarung wurde umgesetzt. In den dort bestimmten Bereichen wurden wechselnde Notdienste organisiert und mit der Streikleitung abgestimmt.



Nicht streikende Beschäftigte haben Überstunden geleistet, die angeordnet und bezahlt wurden. Daneben hatte die Personalabteilung zahlreiche Nachfragen der Mitarbeiter/innen zu den Auswirkungen des Streikes zu beantworten.

Im gleichen Zeitraum drohte sich die Vogelgrippe auf Deutschland auszuweiten. Weil gleichzeitig gestreikt wurde, mussten auch für Aufgaben in diesem Zusammenhang Notdienste vereinbart werden.

Die Fußball-WM hat auch in der Personalabteilung zu Mehraufwand geführt. Für das „Sommermärchen 2006“ hat das Bezirksamt Sonderveranstaltungen organisiert. Für den reibungslosen Ablauf dieser Veranstaltung wurden entsprechende Dienstpläne erstellt und Überstunden angeordnet und ausgezahlt.

Zum 1.11.2006 ist der neue Tarifvertrag der Länder für die Beschäftigten der FHH in Kraft getreten. Für die Überleitung in den TV-L waren problematische Eingruppierungsfälle abzuwickeln. Hier war neben dem Aufwand für den fachlichen Austausch ein hohes Informationsbedürfnis der Mitarbeiter/innen zufrieden zu stellen.

Aufgrund der guten Vorarbeit innerhalb der Personalabteilung sind im Bezirksamt Bergedorf bei der Überleitung kaum Probleme aufgetreten.

In 2006 waren durch Fluktuation, Altersabgänge und Schaffung von neuen Funktionen mehr Ausschreibungs- und Interessenbekundungsverfahren für Stellennachbesetzungen zu begleiten. Dieser Trend wird in 2007 anhalten und ist durch das im August 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) mit höherem Aufwand verbunden.

Nach dem Sozialgesetzbuch ist der Arbeitgeber gesetzlich verpflichtet, langzeitkranken Mitarbeitern Hilfsmaßnahmen anzubieten und den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern. In Hamburg wird dieser Verpflichtung durch die Einführung eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) Rechnung getragen. Im Mai 2006 wurde das Verfahren durch die Personalabteilung initiiert und weiter begleitet. Die Beratung der betroffenen Mitarbeiter und zuständigen Vorgesetzten sowie die Dokumentation der Fälle und das Führen einer Statistik waren gerade in der Anfangsphase sehr arbeitsaufwändig. Von 72 Fällen sind 34 bereits abgeschlossen.

Die für den Bereich Personalmanagement im letzten Tätigkeitsbericht formulierten Ziele wurden erreicht. Hier gab es folgende Schwerpunkte:

- Ein groß angelegter Coaching-Prozess im Bauamt wurde konzipiert und Mitte des Jahres begonnen. Der Prozess läuft in 2007 weiter.
- Im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung wurden weiterhin monatliche Fachvorträge angeboten.
- Drei Qualitätszirkel im Bauamt wurden moderiert.
- Im Rahmen der Ausbildung wurden in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle des Hamburger Hauptschulprojektes Beratungsgespräche mit 15 Hauptschulabsolventinnen und -absolventen geführt. Hier geht es um die Verbesserung der Chancen zur Überführung in den ersten Arbeitsmarkt.

Im Bereich Fortbildung wurde nach dem Federführungsprinzip durch das Bezirksamt Bergedorf für die betreffenden Beschäftigten aller Bauämter der Bezirke eine aufwändige Schulung zu Themen der Baumkontrolle organisiert.

Im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung wurde eine halbtägige Informationsveranstaltung rund um das Thema ‚Rücken‘ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamtes durchgeführt.



<b>Kennzahlen</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,3	0,9	0,6 <sup>1</sup>
∅ Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	97	51,54	47
∅ Krankenquote in %	6	6,4	7,1 <sup>2</sup>
Quote (in %) der Schwerbehinderten	9,39	9,95	10,19

<b>Das Bezirksamt beschäftigte</b>		<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Beamte		192	200	192
davon (in %)	Weiblich	59	60	61
	Männlich	41	40	39
	Teilzeitbeschäftigt	27	29	31
	beurlaubt o.ä.	7	6	4
Angestellte		301	308	303
davon (in %)	Weiblich	60	61	61
	Männlich	40	39	39
	Teilzeitbeschäftigt	31	29	30
	Weiblich	83	84	88
	Männlich	17	16	12
	beurlaubt o.ä.	7	8	7
Arbeiter		54	53	54
davon (in %)	Weiblich	22	23	22
	Männlich	78	77	78
	Teilzeitbeschäftigt	13	13	18
	Weiblich	86	100	70
	Männlich	14	0	30
	beurlaubt o.ä.	2	0	0
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		2	2	0
Auszubildende (gewerblich)		9	7	7
Beschäftigte insgesamt		558	570 <sup>3</sup>	567
in Relation zur Einwohnerzahl (1Beschäftigte: X Einwohner)		47	48	48
Honorarkräfte		149	110	114

### Ziele für 2007

- Begleitung der Verwaltungsreform (Beratung/Coaching, Personalauswahl, Entwicklung Schulungskonzept „Veränderungsmanagement“)
- Weitere Maßnahmen bezüglich TV-L (Qualitätssicherung, Beratung, Überarbeitung des Info-Ordners)
- Vorgesetzten-Schulungen zum Thema Betriebliches Eingliederungsmanagement im 2. Quartal 2007
- Herausgabe des 3. Gesundheitsberichtes
- Schwerpunktveranstaltung im Rahmen Betriebliches Gesundheitsmanagement
- Behördenübergreifende Aktivitäten zum Thema „Altersgerechte Arbeitswelt“

<sup>1</sup> Vorläufige Zahl – Datenlieferung des Zentrums für Aus- und Fortbildung (ZAF) für 2006 noch nicht vollständig

<sup>2</sup> Stand jeweils 30.11.

<sup>3</sup> mehr Beschäftigte insgesamt bedingt durch Zugänge ARGE



### 1.1.3 Haushaltsabteilung

Leitung: Hans Fuhrmann, Tel. 42891-2010

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	8,33	8,42	8,38

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Im Bewirtschaftungsjahr 2006 waren über das Tagesgeschäft der Haushaltsabteilung hinaus gleich mehrfach Auswirkungen verschiedener Reform- und Modernisierungsmaßnahmen haushaltstechnisch und verfahrensmäßig umzusetzen (einschl. Entwicklung geeigneter Controlling-Instrumente), den Fachdienststellen zu vermitteln und teilweise in das Haushaltsaufstellungsverfahren 2007/08 zu implementieren:

- erweiterte Sondermittel der Bezirksversammlung (Anreizsysteme und Investitionsfonds)
- Zusammenfassungen und Umwandlungen von Rahmen- und Zweckzuweisungen
- erweiterte Deckungsfähigkeiten
- konzeptionelle Vorbereitung zur Umstellung der SAP-Stammdaten und -Schnittstellen im Hinblick auf die Neuorganisation des Bezirksamtes im Rahmen der Bezirksverwaltungsreform
- Umstellung der Sachmittelbudgets auf die neue Dezernatsstruktur und Aktualisierung der Berechnungsgrundlagen und -methoden
- Einweisungen, Schulungen und Beratung der Mittelbewirtschafter/innen zu allen Reform- und Modernisierungsmaßnahmen

Dennoch ist es auch 2006 wieder gelungen, den inhaltlichen und terminlichen Verpflichtungen der formalen Haushaltsverfahren gegenüber Senat, Bürgerschaft und Bezirksversammlung gerecht zu werden und auch im internen Betriebsablauf nennenswerte Störungen zu vermeiden.

Die 2005 begonnene Bedarfsermittlung für die Betriebskosten der ARGE/Hartz IV und deren Abgrenzung zwischen den Kostenträgern Bezirksamt und Bundesagentur für Arbeit konnte 2006 abgeschlossen werden und ist als Basis in die Veranschlagung der Haushaltsansätze 2007/08 eingeflossen.

<b>Gesamtumsatz in T€</b>	<b>2004</b>	<b>2005<sup>1</sup></b>	<b>2006</b>
Einnahmen	6.766	7.001	7.923
Ausgaben	72.153	65.099	63.436
<b>Davon</b>			
Bauinvestitionen/Beschaffungen	9.723	10.139	8.822
Sach-, Fach-, Betriebsausgaben	62.430	54.960 <sup>2</sup>	54.614
<b>Barumsätze in T€<sup>3</sup></b>			
Einnahmen	3.580	2.219	1.842
Ausgaben	3.619	2.242	1.712

<sup>1</sup> Zahlenwerk vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss.

<sup>2</sup> anderweitige Ausweisung ehemals pauschaliertes Wohngeld für Sozialhilfeempfänger (Hartz IV/SGB II)

<sup>3</sup> Rückgang Sozialhilfe ab Februar 2005 (Hartz IV/SGB II)



## Ziele für 2007

Jahresübergreifend vorrangiges Ziel ist wie stets die sachlich korrekte und vollständige Abwicklung der termingebundenen Pflichtaufgaben im Zusammenhang mit der Aufstellung, Bewirtschaftung und Abrechnung des Haushalts sowie im Kassengeschäft.

Diese überwiegend außengesteuerte Aufgabenstruktur der Haushaltsabteilung lässt in der Regel wenig Raum für spektakuläre Projekte.

Dennoch sieht die Aufgabenplanung der Haushaltsabteilung ergänzend zum laufenden Geschäft für 2007 nachstehende Maßnahmen vor:

- Überprüfung und Entwicklung von Vorschlägen zur Optimierung der Schlüsselindikatoren bei Rahmenczuweisungen einschließlich der formellen Abstimmungsverfahren in überbezirklichen Arbeitskreisen unter Federführung der Finanzbehörde (Zeitziel Mitte 2008).
- Grundlagenarbeit für die Anpassung des bezirklichen Einzelplanes an die veränderten Produktstrukturen der (neuen) Dezernate einschließlich Mitwirkung an einer entsprechenden Nachtragsdrucksache für Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2008 (Zeitziel 1. Halbjahr 2007).
- Prüfung der automatisierten Auswertungsmöglichkeiten des INEZ-Verfahrens und Neustrukturierung des BfH-Zuwendungscontrollings in Kooperation mit der Leitung des Fachamtes Sozialraummanagement.
- Neuordnung der internen Aufgabenorganisation und Geschäftsverteilung der Haushaltsabteilung zur Anpassung an die neue Organisationsstruktur des Bezirksamtes.

### 1.1.4 Organisationsabteilung

Leitung: Ingo Meier, Tel. 42891-2019

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	14,03	10,85	9,49

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Die Organisationsabteilung hat die Arbeitsschwerpunkte:

- Die Prozesse aus den Senatsentscheidungen zur Verwaltungsmodernisierung und Entflechtung waren das gesamte Berichtsjahr zu begleiten.
- Das Schwergewicht der Entflechtung liegt im Bereich der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Das Bezirksamt Bergedorf ist für deren Geschäftsfelder „Federführungsamt“ und somit bei allen Ressourcenfragen beteiligt. Die Eingliederung des „Bezirklichen Ordnungsdienstes“ war das erste konkret realisierte Entflechtungsvorhaben. Es folgte die Herauslösung der Forsten aus der Behörde für Wirtschaft und Arbeit. Der Übergang des Naturschutzgebietes „Boberger Niederung“ sei ebenfalls erwähnt.
- Der Schwerpunkt der Federführungsaufgaben lag 2006 vor allem bei den personellen Ressourcen, die auf die Bezirksamter aus Anlass der Entflechtung von der BSU auf die Bezirksverwaltung zu übertragen waren bzw. sind.
- Begleiten der Vorhaben Rathausenerweiterung sowie des Dienstleistungszentrum am Bahnhof.



- Neuorganisation des „SGB XII-Amtes“ inkl. Mitarbeit in einem überbezirklichen Arbeitskreis zur Entwicklung eines neuen „Personalbedarfsfeststellungssystems“.
- Mitarbeit im Projekt der Finanzbehörde, dass zum Ausgleich struktureller Defizite im Personalkostenbudget des Bezirksamtes Bergedorf führte.
- Optimieren der Auswertungsmöglichkeiten der Personal- und Budgetdaten gemeinsam mit der Personalabteilung. Dabei standen monatliche Budgetprognosen für die Personalausgaben im Vordergrund, um eine Basis für Leistungsentscheidungen zu schaffen.
- Modernisierungsaktivitäten: Die Funktion des zentralen Controllings ist Daueraufgabe geworden. Der Prozess für alle „Ziel- und Leistungsvereinbarungen“ wird laufend begleitet.
- Mitwirkung an den zentralen Maßnahmen zur Anpassung der Produktinformation für den Haushalt an die neue Aufbauorganisation.
- Planen, Koordinieren, Realisieren und Betreuen von Vorhaben der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) innerhalb des Bezirksamtes und Betreuen der unterschiedlichen Verfahren und der Anwender.  
Der Neubau am Kampweg 4 (Schleusengraben) war an das städtische Datennetz anzuschließen; das inhouse-Netz war zu realisieren. Die Umzüge einer Reihe von bezirklichen Dienststellen waren für das Netzwerk und die konkrete Arbeitsplatzausstattung nachzuführen.
- Mitwirken in den überbezirklichen/-behördlichen Projekten zur Neuordnung der IUK- (neu: IT-) Organisation bzw. - Administration „ITB“ und „ESARI/30k“. Die personelle Mitwirkung in den Projekten geschieht mit erheblichem Aufwand. Der ESARI-Prozess (mit dem Ziel des zentralen IT-supports durch dataport) musste begleitet werden. Die Überführung erster Dienststellen zum Dienstleister ist vollzogen.
- Mitwirken am Projekt „Hamburg-Service“.  
Das Projekt „Hamburg-Service“ ist in 2005 in den Linienbetrieb übergegangen. Das für den Betrieb erforderliche „Hamburg-Service-Informationssystem“ mit den für das Bezirksamt relevanten Daten ist laufend zu aktualisieren. Die Grundversion ist weiter optimiert worden. Das Konzept des Bezirksamtes zur telefonischen Erreichbarkeit bewirkt einen Spitzenplatz in der Bezirksverwaltung.

### Ziele für 2007

- Umsetzen der Konsequenzen des Tarifvertrages der Länder im dezentralen Stellenplanverfahren unter Beachtung des Überleitungstarifvertrages bis Ende 2007 und Lösung von Einzelfällen der Stellenbewertung bzw. -besetzung.
- Entwicklung von Vorschlägen und Konzepten für Raumnutzung aus Anlass der Bildung des WBZ und des SDZ sowie der Folgenutzungen im Rathaus bis Ende 2007.
- Geschäftsführung für das Bezirksamtsprojekt „Soziales Dienstleistungszentrum“.
- Vertreten der Interessen aller Bezirksämter bei der Entflechtung im Bauwesen unter dem Aspekt der Auswirkungen auf die Personalkostenbudgets der Bezirksämter.
- Begleiten der anstehenden Veränderungen aus Anlass der neuen Hamburgischen Bauordnung und damit Prüfen möglicher tarif- bzw. besoldungsrechtlicher Konsequenzen.
- Erarbeiten eines Konzeptes zur Einbindung von konventionellen Kopiersystemen in das Datennetz des Bezirksamtes mit dem Zeitziel, zunächst für den Standort „Rathaus“ Fotokopierer als leistungsstarke Netzwerkdrucker ab 2008 einzusetzen.
- Abschluss des ESARI-Prozesses einschließlich Organisation des Abschmelzprozesses im IT-Abschnitt mit dem Ziel, bis Jahresmitte 2007 den Personalbestand anzupassen.
- Einbindung der Rathouserweiterung in das städtische Datennetz
- Teilhabe an Maßnahmen zum Aufbau von e-Government in Hamburg ( Digitaler Bauantrag, Projekt „Stadtplanung im Netz“)
- Wahrnehmung der Funktion des „Hamburg-Service-Redakteurs“ zur Optimierung und Aktualisierung der Dienstleistungs-, Organisations- und Personendaten



## 1.2 Einwohneramt (Einwohnerwesen einschließlich Ausländerangelegenheiten, Sozialleistungen und Wohnungswesen)

Leitung: Siegward Zur, Tel. 42891- 3462

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	30,56	30,06	30,38

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Beherrschende Themen in 2006 waren neben der Bezirksverwaltungsreform der 3 Monate andauernde Streik, Langzeiterkrankungen, mehrtägige Schulungen und die Umstellung des Meldedatensystems von MEWES (Meldewesen) auf OK.EWO (offene Kommunalverwaltung Einwohnerwesen).

Vollständige Schließungen der Bürgerzentren, nicht verlässliche Öffnungszeiten und zeitweise nur mit dürrftigen Notdiensten aufrechterhaltener Dienstbetrieb: Damit haben die Bemühungen zur weiteren Optimierung der Kundenbetreuung einen Rückschlag erlitten. Insbesondere die Verlagerung der Kundenströme aus Neuallermöhe und aus den Vier- und Marschlanden in Richtung Bergedorf sowie die längeren Wartezeiten (im letzten Quartal 2006 durchschnittlich rd. 30 Minuten in der Einwohnerdatenabteilung und rd. 36 Minuten in der Ausländerabteilung) waren ein ständiges Thema bei den Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Hier bedurfte und bedarf es auch in 2007 großer Anstrengungen und kontinuierlicher Arbeit, um das Vertrauen der Bevölkerung an verlässliche Öffnungszeiten bzw. Kundenbedienung wieder herzustellen.

Die Wartezeiten werden nur für Kunden gemessen, die nach dem sog. Vorchecken am Infotresen eine Wartemarke erhalten haben, bevor sie zu einem freien Sachbearbeiterplatz gerufen werden.

Für jene Kunden, die nach dem Vorchecken das Amt verlassen haben/mussten oder die sofort am Infotresen, d.h. de facto ohne Wartezeit, bedient worden sind, werden keine Wartemarken ausgegeben und wird keine Wartezeit registriert.

Erstmalig mussten noch in der Sommerzeit in erheblichem Umfang Überstunden angeordnet werden, um große Arbeitsrückstände als Folge des Streiks abzubauen.

Maßnahmen zur Effizienzsteigerung mussten ausgesetzt werden: So konnten z.B. wegen der gleichzeitigen Veränderung beider Sachbearbeitungsverfahren im Einwohnerdaten- und im Ausländerwesen bzw. durch die völlige Ablösung des Verfahrens MEWES durch OK.EWO von der Möglichkeit, Sachbearbeiter wechselweise in beiden Bereichen (Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten) des Bürgerzentrums Bergedorf einzusetzen, kein Gebrauch mehr gemacht werden.

Vertreter des Einwohneramtes waren in zwei hamburgweiten und in einem bezirksamtsinternen Projekt tätig:

Projekt Kundenzentrum, Projekt mobiler Bürgerservice und

Projekt soziales und allgemeines Dienstleistungszentrum in Bergedorf.

Die in den Projekten gesammelten Erfahrungen sind bei der Umsetzung der Bezirksverwaltungsreform von großem Nutzen.

Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Bezirksverwaltungsreform haben in der zweiten Jahreshälfte erwartungsgemäß einen breiten Raum eingenommen. Die neue Struktur und personelle Besetzung des künftigen Bürgerdezernates und des Fachamtes Einwohnerwesen wurde einvernehmlich festgelegt. Mit dem Grundsicherungs- und Sozialamt wurden in guter Zusammenarbeit alle Vorkehrungen getroffen, um einen reibungslosen Übergang der Wohnungsabteilung in die neue Struktur des sozialen Dienstleistungszentrums zu gewährleisten.



Allgemeine Kennzahlen	2004	2005	2006
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	117.973	118.414	118.282

Die Zahlen beziehen sich jeweils auf den 31.12. des Vorjahres.

Nach einem leichten Rückgang am Jahresende 2005 sind die Zahlen bis August 2006 wieder gestiegen auf 119.113 Einwohner.

Eine Prognose für das Erreichen von 120.000 Einwohnern ist schwierig; sie ist weitgehend abhängig von der Wohnungsbautätigkeit im Bezirk. Nach der derzeitigen Entwicklung könnte Bergedorf gegen Ende des Jahres 2007 die Marke 120.000 erreicht haben.

### **Gesetzliche Veränderungen, technische Veränderungen / Verbesserungen**

Der Anfang 2005 eingeführte Betrieb des telefonischen HamburgService hatte nach erheblichen Einführungsproblemen eine erkennbare Verringerung der Anrufe in den Meldedienststellen bei gleichzeitiger verbesserter Erreichbarkeit zur Folge.

Dieser Erfolg hat sich inzwischen auf gesunkenem Niveau verstetigt. Die noch aus alten Publikationen (öffentliches Telefonbuch, Hamburg-Handbuch u.a.) bekannten Durchwahlnummern werden in zunehmendem Maße wieder benutzt, um längeren Wartezeiten beim HamburgService zu entgehen und (irgend-)einen Ansprechpartner zu bekommen, der dann aber häufig wegen fehlender örtlicher und/oder sachlicher Zuständigkeit nur weitervermitteln, aber nicht weiterhelfen kann.

Aus Anlass der vollständigen Ablösung des bisher geltenden Ausländerrechts durch das neue Aufenthaltsgesetz sowie das Freizügigkeitsgesetz/EU, die Integrationskursverordnung, die Ausländerdatenverarbeitungsverordnung sowie durch zahlreiche Änderungen von Vorschriften betr. Asyl, Visa, Arbeitsaufnahme, Erwerbstätigkeit u.a. waren weitreichende Folgen erwartet worden.

Dies hat sich bestätigt:

Zwar hat sich eine allgemeine Erleichterung in der Sachbearbeitung ergeben. Erschwernisse, z. B. durch interne Zustimmungsverfahren der Bundesagentur für Arbeit und durch die Integrationsmaßnahmen, heben diese Vorteile aber wieder auf.

Insbesondere wird durch die ARGE das Vorschlagsrecht für die Verpflichtung zu Sprachkursen im Rahmen freier Plätze bei der Integrationsförderung stärker als vorhergesehen genutzt.

Die Maßnahmen zur Integrationsförderung werden ab dem 1.7.2007 zum ersten Mal überprüft. Hier ist mit erheblichem Aufwand in Bezug auf die vorgeschriebenen Beratungsgespräche und evtl. rechtliche Maßnahmen wie Nicht-Verlängerung der Aufenthaltstitel zu rechnen.

Die Maßnahme zur Terrorismusbekämpfung (gemeinsames Ausfüllen eines Fragebogens sowie Rücklaufkontrolle) sind weiterhin in Kraft, ohne dass sich ein konkreter Nutzen erkennen lässt. Der dafür entstehende Arbeitsaufwand wurde inzwischen evaluiert, ohne dass aus den Ergebnissen die notwendigen Konsequenzen -auch im Hinblick auf Personal- gezogen wurden.

Die Auswirkungen neuer sozialer Rechtsvorschriften konnten dank gut ausgebildeten Personals auch in 2006 bewältigt werden. Die Auswirkungen von Hartz IV in die Bereiche Wohngeld und Erziehungsgeld haben die prognostizierte spürbare Entlastung zur Folge gehabt. So konnten im Wohngeldsektor erneut 2 Stellen für andere Aufgaben freigestellt werden.

Das ab 01.01.2007 zu leistende Elterngeld für Kinder, die ab 01.01.2007 geboren sind, musste wegen der außerordentlich kurzen Zeit zwischen der Gesetzesverabschiedung (November 2006!) und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens weitgehend ohne Unterstützung durch Dritte vorbereitet werden. Dank personeller Verstärkung und eines ausgezeichneten Einsatzes aller beteiligten Kräfte konnte pünktlich zum 01.01.2007 die neue Aufgabe angegangen werden.



Das Erziehungsgeld wird parallel zum Elterngeld weiterhin für Kinder gewährt, die vor dem 01.01.2007 geboren sind; diese Aufgabe läuft erst zum 31.12.2008 aus.

### Abteilung für Einwohnerdaten

Bürgerzentrum Bergedorf (BüZ/B)	2004	2005	2006
Anzahl der erteilten Personaldokumente	8.893	8.934	8.426
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	12.626	11.648	10.605
Schriftliche Auskünfte (weniger wg. online Zugriff durch andere Behörden u. private Benutzer)	14.910	11.478	5.786 )*
Summe aller Leistungen (s.o. und s.u.Anm.4)	63.344	58.522	57.246

)\* Zur Auslastung der in den zeitweise geschlossenen Bürgerzentren in Neuallermöhe und in den Vier- und Marschlanden tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden die schriftlichen Auskunftsersuchen in großer Anzahl nach dorthin geleitet.

Bürgerzentrum Neuallermöhe (BüZ/Nam)	2004	2005	2006)*
Anzahl der erteilten Personaldokumente	4.724	4.140	1.182
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	4.238	3.533	1.549
Schriftliche Auskünfte	13.559	9.466	5.094
Summe aller Leistungen	34.875	28.729	12.955

)\* Das BüZ/Nam war infolge des Streiks und langzeiterkrankter Mitarbeiter/-innen viele Monate geschlossen. Das spiegelt sich in den stark gesunkenen Arbeitsergebniszahlen wider.

Bürgerzentrum Vier- und Marschlande (BüZ/Vm) )*	2004	2005	2006)*
Anzahl der erteilten Personaldokumente	4.510	4.582	4.712
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	4.337	3.689	3.782
Schriftliche Auskünfte	18.355	13.586	11.745
Summe aller Leistungen	35.604	28.930	34.574

)\* Das BüZ/Vm ist erstmalig hier aufgeführt, um die auffälligen Veränderungen in 2006 im Zusammenwirken mit dem BüZ/Nam aufzuzeigen. Nach Auflösung des Ortsamtes ab 01.02.2007 werden die Zahlen des BüZ/Vm ständig im Zusammenhang mit den anderen Bürgerzentren aufgeführt.

### Ausländerabschnitt

Durch die Erweiterung der Europäischen Union wächst der Zustrom von EU-Bürgern in die Bundesrepublik stetig an. Damit steigt gleichzeitig auch die Zahl der zu erteilenden Aufenthaltsgenehmigungen. Festzustellen ist, dass sich EU-Bürger in zunehmendem Maße zwar anmelden, aber innerhalb der vorgegebenen Fristen keine Unterlagen beibringen, aus welchen das Recht auf Freizügigkeit abzuleiten ist. Den gesetzlichen Regelungen folgend muss hier nach 6 Monaten eine Aufforderung zur Ausreise aus der Bundesrepublik erfolgen, was der Ablehnung einer Aufenthaltsgenehmigung gleichkommt.

Die mit hohem Zeitaufwand durchgeführte Befragung im Rahmen der Terrorismusbekämpfung wird auch künftig durchgeführt.



	2004	2005	2006
Verpflichtungserklärungen nach § 84 Ausländergesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	2.250	1950	2000
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen )* wesentlich mehr durch neues EU-Recht )** erheblich mehr durch kürzere Fristen zur Niederlassungserlaubnis, im wesentlichen Einmaleffekt, mehr Ausnahmeregelungen	1.800	2837)*	3500)**
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen )* durch Aufnahme neuer Staaten in die EU zunächst weniger Fälle im Bereich des stringenten Aufenthaltsgesetzes, durch eine stark erhöhte Antragszahl ist auch die Zahl der Ablehnungen deutlich gestiegen.	45	35	100)*
Freizügigkeitsbescheinigungen )* neu seit Einführung des neuen Ausländerrechts, wachsender Zustrom aus den neuen EU-Staaten nach Deutschland	-	240	500)*

Die o.a. Zahlen sind weiterhin geschätzt. Genaue Zahlen werden aus der Betriebsdatenstatistik erwartet, die bereits in 2006 eingeführt werden sollte, aber immer noch auf sich warten lässt.

### Wohnraumversorgung und -schutz

Die Zahl der zur Verfügung stehenden öffentlich geförderten Wohnungen (1. Förderweg, sog. Sozialwohnungen) hat sich weiter verringert (gegenüber 2004 allein um 3.875, gegenüber 2003 bereits um 4.539). Ursache ist ein Auslaufen der sozialen Bindung (im Durchschnitt nach 38 Jahren), ohne dass entsprechend neuer öffentlich geförderter Wohnraum in Bergedorf gebaut wurde. Gebaut wird in zunehmendem Maße frei finanziert Wohnraum, was sich an der steigenden Zahl der Wohnungen insgesamt ablesen lässt.

In 2005 war die Zahl der Sozialwohnungen auf 8.800 gesunken (s. Statistik unten). Wie erst jetzt bekannt wurde, hatte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) die Sozialwohnungen aus Neuallermöhe nicht mehr als Sozialwohnungen berücksichtigt, weil für das Gebiet Neuallermöhe eine generelle Befreiung von der Sozialbindung (sog. Freistellung) erteilt wurde. Die Sozialwohnungen in Neuallermöhe sind tatsächlich aber immer noch sozial gebundener Wohnraum, wenngleich die Belegung nicht von der Einhaltung der Einkommensgrenzen abhängig gemacht wird.

In der Statistik sind diese Wohnungen wieder als Sozialwohnungen berücksichtigt.

Preiswerter bzw. "bezahlbarer" Wohnraum wird unvermindert mehr nachgefragt als angeboten. Dieses kann nach wie vor sowohl eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Situation als auch auf besondere wohnungspolitische Umstände zurückzuführen sein:

Selbst Traditions-Genossenschaften haben in stärkerem Maße frei finanzierten Wohnraum erstellt, der für schwächere Einkommensschichten und insbesondere für Transferleistungsempfänger kaum erschwinglich ist. Ein Grund dafür ist, dass die Genossenschaften auch jenen Mitgliedern zu Wohnraum verhelfen wollen, die als Überschreiter des gesetzlich festgelegten Einkommens nicht mehr als Bezieher von Sozialwohnungen in Betracht kommen.

Die Gelegenheit, mit einem sog. §-5-Schein eine Wohnung zu erhalten, wird somit geringer. Als Ausgleich kann im Bezirk Bergedorf aber die Freistellung von der Sozialbindung in Neuallermöhe herangezogen werden. Hier können Einzelpersonen und auch Familien ohne Wohnberechtigungsschein preisgebundenen Sozialwohnraum beziehen.



Die erhebliche Zunahme der Freistellungsanträge (Befreiung von der Wohnungsbindung zugunsten jener Mieter, deren Einkommen über den Regelsätzen für den Bezug öffentlich geförderten Wohnraumes liegt) von 34 bewilligten Anträgen (2004) auf 65 bewilligte Anträge (2005) ist in 2006 mit 31 wieder auf das Niveau von 2004 gesunken.

Als stetig wachsendes Ärgernis haben sich die unterschiedlichen gesetzlichen Vorgaben für die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlich gefördertem Wohnraum erwiesen:

Die Bemessungsgrundlagen für die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen ("§-5-Scheine", Dringlichkeitsscheine) sind nicht identisch mit denen aus dem Sozialgesetzbuch (Übernahme von Mieten durch das Grundsicherungs- und Sozialamt). Und diese unterscheiden sich wiederum von den Vorgaben, welche von der ARGE für Hartz IV-Empfänger zugrunde gelegt werden.

Nachdem die Zahl der Antragsteller, die von der ARGE aufgefordert worden waren, sich um preisgünstigeren Wohnraum zu bemühen, in 2005 zugenommen hatte, konnte seit Dezember 2005 mit einer bezirksinternen besseren Abstimmung der unterschiedlichen Vorgaben des Wohnungsrechts mit denen des Sozialrechts im Hinblick auf angemessene Mietpreise und zuzubilligenden Wohnungsgrößen eine Milderung des Problems erreicht werden.

Wohnungen )*	2004	2005	2006
Gesamtwohnungszahl	52.296	52.760	53.039
Davon Sozialwohnungen	12.675	8.800	11.827

)\* Diese Zahlen werden von der Wohnungsbaukreditanstalt ermittelt. Der Sozialwohnungsbestand vergrößert sich um die neu gebauten Wohnungen und verringert sich um jene, die aus der Bindungspflicht nach dem Wohnungsbindungsgesetz nach Ablauf der gesetzlichen Frist heraus fallen.

Es war erkennbar, dass z.B. insbesondere in Lohbrügge-Nord ein Großteil der Wohnungen von der Sozialbindung befreit wird. Mit Auslaufen der sozialen Bindung geht regelmäßig eine zumindest leichte Mieterhöhung einher.

Neu erstellter Wohnraum ist wegen der hohen (Sozial-)Mietpreise (in 2006 fertig gestellter Wohnraum 6,40 EURO/m<sup>2</sup>) und ständig steigender Mietnebenkosten (bereits in 2005 durchschnittlich 2,58 EURO/m<sup>2</sup>, oberer kritischer Grenzwert bereits bei 3,36 EURO/m<sup>2</sup>) immer schwerer an die eigentlich dafür vorgesehene Bevölkerungsschicht vermietbar.

Streitigkeiten im Mietpreiswesen, die ein Einschreiten der Verwaltung nötig machen, sind praktisch ausgeblieben.

Die sog. unternehmensbezogene Wohnungsvergabe ist durch einen Kooperationsvertrag auf viele Träger öffentlich geförderten Wohnraumes ausgedehnt. Damit sollte das wohnungspolitische Ziel, schwer vermittelbare Klienten nicht nur in öffentlich geförderten Wohnraum unterzubringen, erreicht werden. Eine spürbare Erleichterung oder Verbesserung der täglichen Arbeitspraxis in dem veränderten Vermittlungsverfahren betr. vordringlich Wohnungssuchende konnte nach Beobachtungen in Bergedorf bisher allerdings nicht erreicht werden.

Wohnberechtigungsbewilligungen	2004	2005	2006
Gesamt	2.288	1.858	1.399
davon			
§-5-Scheine	1.552	1.201	1.073
Dringlichkeitsscheine	671	617	326

Die sinkenden Zahlen bei den Wohnberechtigungsscheinen sind u.a. darauf zurückzuführen, dass z.B. Aussiedler in zunehmendem Maße ihre Anträge auf Wohnberechtigungsbewilligungen direkt bei der seit 01.07.2005 eingerichteten Fachstelle zur Wohnungslosenhilfe beantragen.



## Wohngeld, Erziehungsgeld, Mietbeihilfen, Lastenzuschüsse, Unterhaltssicherung

Für die Leistungsabteilung bestand große Kontinuität sowohl bei den gesetzlichen Vorgaben als auch im personellen Bereich.

Mietbeihilfen sind zum 31.12.2006 endgültig ausgelaufen; Haushaltsmittel werden für diese freiwillige hamburgische Leistung ab 2007 nicht mehr bereitgestellt.

Die Zentralisierung der Unterhaltssicherung war ein sehr richtiger Schritt.

Die Klientel bedient sich in zunehmendem Maß des Postweges und der telefonischen Information, so dass der Kundenstrom aus anderen Bezirken zur Dienststelle in Neuallermöhe durchaus begrenzt geblieben ist.

Leistungsabschnitt	2004	2005	2006
Zahl der Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	4.163	3.237 )*	2.222)*
Anzahl der Haushalte, die Erziehungsgeld erhalten	1.661	1.590	1.538
Anzahl der Haushalte, die Mietverbilligung erhalten weniger u.a. wegen Ausschluss der Leistung bei Bezug von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV)	157	132	0
Anzahl der bewilligten Anträge auf einmalig oder laufende Leistung nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) die Aufgabe wird seit dem 01.10.05 zentral für Hamburg in Bergedorf wahrgenommen	150 nur Berge- dorf	1.1.-30.9. 58 nur Berge- dorf 1.10.-31.12. 333 Hamburg weit	1.388

)\* Der starke Rückgang dieser Zahl ist mit der Änderung des Wohngeldgesetzes seit dem 01.01.2005 zu erklären. Seither wird das Wohngeld bei Empfängern von Leistungen des Arbeitslosengeldes II und des Sozialgeldes nach dem SGB II und auch bei Empfängern der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung nach dem SGB XII durch die gezahlten Kosten der Unterkunft ersetzt.

### Folgende Veränderungen für die tägliche Arbeitspraxis werden in 2007 erwartet bzw. sind vorbereitet oder in Vorbereitung:

Die bereits für 2005 angekündigte Ablösung des luK-Verfahrens DIWOG (Dialogverfahren Wohngeld) durch ein völlig neues System wird weiter auf sich warten lassen. Prognose: Juni 2007.

Die Einführung von "DATA-Warehouse" in der Melde- und in der Ausländerabteilung soll u.a. die Anforderungen an ein verlässliches Personalbemessungssystem erfüllen. Die bereits für 2005 angekündigte Einführung sollte in 2006 stattfinden. Bis Jahresende gab es jedoch keine Auswertung der inzwischen aufgezeichneten Daten für die Bezirke.

Das Melderecht soll auf Bundesebene reformiert und vereinheitlicht werden. Evtl. daraus resultierende Konsequenzen sind bisher nicht bekannt.

Die Fortsetzung der Einführung neuer biometrischer Daten in Personaldokumente (Fingerabdruck) wird in den bisherigen Kundenbedienungs- und Arbeitsabläufen zusätzlich Belastungen zur Folge haben. Allein das Scannen der Fingerabdrücke (je zwei Finger von jeder Hand) soll mehrere Minuten dauern.

Der neue Hamburger Familienpass (ein Vergünstigungsangebot insbesondere beim HVV für Familien) soll ab 01. Mai 2007 eingeführt werden. In den Bergedorfer Bürgerzentren ist mit rd. 3.600 zusätzlichen Kunden zu rechnen.



Noch in 2007 ist die Einführung einer bundesweit einheitlichen Steuernummer für jeden Bürger geplant. Das bedeutet u.a. einen Datenabgleich zwischen Meldedateien und Steuerverwaltung. Bei einer prognostizierten Fehlerquote von ca. 2 v.H. in den Datenbeständen ist allein in Bergedorf mit einer weitreichenden Prüfung der tatsächlichen Wohn- und Meldeverhältnisse in rd. 2500 Fällen zu rechnen.

Die pilothafte Einführung des mobilen Bürgerservice insbesondere in den Vier- und Marschlanden wird weiterhin geprüft.

Gravierende Veränderungen durch die Bezirksverwaltungsreform haben insbesondere die Leitungskräfte in erheblichen Umfang gebunden. Sonderaufgaben wie Projektarbeit / Mitarbeit in Arbeitsgruppen und neue Rechtsvorschriften werden auch künftig besonderen Einsatz abverlangen.

Von herausragender Bedeutung ist dabei das "Leitprojekt e-government in der Metropolregion Hamburg" -Lebenslage Umzug / Meldewesen- in der anstehenden Umsetzungsphase.

### **Ziele für 2007**

Aus den Erläuterungen zu 'Aufgaben und Entwicklung in 2006' ist zu entnehmen, dass die in 2006 angestrebten Ziele nicht immer erreicht werden konnten:

Die Senkung der durchschnittlichen Wartezeit in Minuten für den Ausländerabschnitt konnte nicht eingehalten werden. Unvorhersehbare und nicht zu kompensierende Personalengpässe sowie die Ausfälle durch den Streik haben die Zielerreichung unmöglich gemacht.

Im Abschnitt für Einwohnerdaten gab es erneut Personalfluktuationen mit starkem Einfluss auf die Arbeitsergebnisse.

Das Bemühen, durch Personalausgleich in den Bürgerzentren Neuallermöhe und Vier- und Marschlande die Öffnungszeiten zu garantieren, gelang bei weitem nicht immer.

Hier gilt es, in 2007 Verbesserungen und wieder gesicherte Öffnungszeiten in allen Bürgerzentren zu erreichen.

- Abschluss der Umstrukturierungsmaßnahmen als Folge der Bezirksverwaltungsreform
- Wiederherstellung und Einhaltung verlässlicher Öffnungszeiten und damit gleichmäßigere Auslastung der Bürgerzentren
- Wiederherstellung der Effizienz durch regelhaften Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in anderen Sachgebieten
- Maßnahmen / Seminare zur Wiederherstellung / Verbesserung der Teamarbeit und Kundenorientierung
- Maßnahmen / Seminare zur Stressbewältigung, auch im Sinne des Gesundheitsmanagements zur Vermeidung von (Langzeit-) Erkrankungen
- Fehlzeitenquote nicht höher als 6,0 v.H.
- durch die vorgenannten Maßnahmen keine weitere Ausweitung / Verlängerung der Wartezeiten, sondern Erreichung von
  - durchschnittlich <20 Minuten im Bürgerzentrum Bergedorf
  - durchschnittlich <30 Minuten in der Ausländerabteilung
- Entscheidung über Anträge oder Sachstandsmitteilung (Zwischennachricht) mit verbindlicher Zusage über den Erledigungszeitpunkt an Kunden nach Antragsannahme binnen 4 Wochen vom Zeitpunkt des Vorliegens der entscheidungsrelevanten Unterlagen, für den Ausländerabschnitt Zwischennachricht nach Antragseingang binnen 14 Tagen



- Weitere Verringerung des Publikumszulaufes in die Dienststellen durch standardmäßiges Verweisen auf den Postweg, wo immer dieser möglich ist, und weiterhin Verringerung von Mehrfachbesuchen vieler Kunden durch Hinweise auf vorherige telefonische Information insbesondere über das Call Center
- Dauerhafte Sicherstellung und Optimierung der telefonischen Erreichbarkeit
- Entzerrung der Publikumsströme durch weiterhin konsequente Ausnutzung der bzw. Werbung für die Terminvergabe und Überprüfung der zur Zeit gültigen Öffnungszeiten
- Integration von OK.EWO in das Ausländerwesen
- Umsetzung der erwarteten neuen Rechtsnormen (Melderecht, Ausländerrecht)
- Fortsetzung der Planungen und Vorbereitungen zur Erprobung mobiler Dienstleistungszentren

### 1.3 **Standesamt**

Leitung: Peter Kurschildgen, Tel. 42891-2500

	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Beschäftigungsvolumen	8,83	9,75	9,50
Geburtsbeurkundungen	784	1.004	938
Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt (§4 Abs. 3 StAG)	33	51	44
Sterbefallbeurkundungen	844	816	882
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	4,5	5,5	5,5
Anmeldungen der Eheschließung (Aufgebote)	756	757	724
Davon mit Ausländerbeteiligung	109	115	105
Eheschließungen	629	600	548
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	583	465	501



## Aufgaben und Entwicklung in 2006

Die Ziele, die sich das Standesamt für das Jahr 2006 gesetzt hatte, konnten erfüllt werden und initiierten eine weitere Steigerung der Kundenorientierung und des Kundenservices.

- Bei der Beurkundung von Geburten war im Berichtszeitraum ein Rückgang, bei der Beurkundung von Sterbefällen dagegen eine Steigerung der Fallzahlen zu verzeichnen.
- Der leichte Rückgang bei den Eheschließungen sowie bei den Anmeldungen der Eheschließungen ist nicht auf ein Desinteresse der Brautpaare am Bergedorfer Standesamt, sondern auf die seit Anfang des Jahres 2006 fehlende personelle Ressource zurückzuführen. Es wird davon ausgegangen, dass diese Ressource dem Standesamt ab Juli 2007 wieder zur Verfügung steht. Von einer Steigerung der Eheschließungen sowie der Anmeldungen der Eheschließungen kann von dem Zeitpunkt an ausgegangen werden.
- Die Eheschließungen außerhalb des Standesamtes wurden von einem Modellversuch in ein ständiges Angebot umgewandelt. Die Nachfrage nach diesen besonderen Eheschließungen ist weiterhin vorhanden. Für das Jahr 2007 ist mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage zu rechnen. Die Anzahl der besonderen Hochzeitsorte nimmt ständig zu. Einen Überblick über einige Hochzeitsorte können sich die Brautpaare u.a. über die Internetadresse [www.hh-bergedorf.de](http://www.hh-bergedorf.de) verschaffen.
- An prägnanten Tagen des Jahres 2006 hat sich das Standesamt –wie schon in den Vorjahren- für die Durchführung der Eheschließungen etwas Besonderes einfallen lassen:  
Am 06.06.2006 – das Datum war bei den Brautpaaren sehr beliebt – war das Interesse der Medien (Fernsehen, Presse, Rundfunk) an den Eheschließungen besonders groß.  
Den 09.06.2006 (Eröffnungsspiel der Fußballweltmeisterschaft) hatte das Standesamt unter das Motto „Heiraten im Trikot“ gestellt. Die angebotenen Hochzeitstermine wurden alle vergeben. Als Erinnerung an diesen Hochzeitstag haben die Paare einen Goleo (Maskottchen der Weltmeisterschaft) geschenkt bekommen. Der Goleo wurde vom Deutschen-Fußball-Bund als Präsent zur Verfügung gestellt.  
Der 20.06.2006 fand bei den Brautpaaren ebenfalls reges Interesse.
- Seit dem Jahre 2005 präsentiert sich das Standesamt im Internet. Die Internetseiten werden regelmäßig überarbeitet und durch zusätzliche Beiträge fortgeschrieben.
- Die Teilnahme der Bediensteten an regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen des Landesverbandes der hamburgischen Standesbeamten sowie der Fachakademie hat Tradition. Die Fortbildungen sind ein Baustein für die ständige Erhöhung der Fachkompetenz der Bediensteten.
- Die Dekoration des Standesamtes ist ein fester Bestandteil zur Steigerung des Ambientes. Die Bürger registrieren die Ausgestaltung des Gebäudes und der Diensträume mit großem Wohlwollen.

## Ziele für 2007

- Steigerung des Serviceangebotes durch Eheschließungen am Samstag, dem 07.07.2007 und am Freitag, dem 20.07.2007.
- Stabilisierung der Kundenzufriedenheit durch die Benotung auf der Basis der laufenden Kundenbefragung nicht schlechter als 2,0.
- Angebot von mindestens 110 Eheschließungen im Bergedorfer Schloss.
- Ausbau der Homepage im Internet.
- Ständiges Angebot von Eheschließungen außerhalb des Standesamtes.



## **1.4 Beauftragte für Beschäftigungsförderung und aktive Stadtteilentwicklung**

Dr. Ingrid Stöckl, Tel. 428.91-2530

### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

#### **1. Aktive Stadtteilentwicklung Lohbrügge-Nord**

Lohbrügge-Nord ist seit dem Jahr 2000 als Entwicklungsquartier im Programm der Hamburger Stadtteilentwicklung (STEP). Die vorgesehene Laufzeit bis Ende 2006 wurde bis Ende 2007 verlängert um insbesondere die zwei Großprojekte Jugendclub und Familienhaus umzusetzen. Ziel ist, diesen Stadtteil, der durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel besonders belastet ist, zu fördern und sowohl die Lebenssituation vor Ort wie auch die Außenwahrnehmung des Stadtteils zu verbessern. Auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzeptes sind daran verschiedene behördliche Einrichtungen, freie Träger, Wohnungsbaugesellschaften und ehrenamtlich tätige Personen beteiligt. Die einzelnen Entwicklungsprojekte werden in der Regel bis zu 50% durch Step-Mittel, die in bezirklicher Verwaltung sind, gefördert, die restlichen 50% und mehr durch andere Behörden, Wohnungsbaugesellschaften oder freie Träger.

Im Berichtsjahr wurden folgende Step-Projekte umgesetzt:

- Der Umbau des DRK-Seniorentreffs an der Häußlerstraße wurde fertiggestellt und im November eingeweiht.
- Der Umbau von Erdgeschosswohnungen im Fritz-Lindemann-Weg 2 zur Nutzung durch das Kinder- und Familienhilfezentrum wurde fertiggestellt und im Juli eingeweiht.
- Die Planungen für den Bau des Jugendclubs Bornbrook und deren Abstimmungen mit dem künftigen Träger wurden weitergeführt. Mit der Baumaßnahme wurde begonnen und die Grundsteinlegung mit Senator Freytag ist am 27. Juni im Rahmen einer kleinen Feier erfolgt. Die Fertigstellung ist Ende des 1. Quartals 2007.
- Die Planungen für das Familienhaus waren sehr umfangreich hinsichtlich der Gestaltung des Grundstückszuschnitts, der Vorklärung für eine künftige Trägerschaft und des Ausschreibungsverfahrens für die bauliche Umsetzung. Im März 2007 soll die Grundsteinlegung erfolgen. Die Klärung der künftigen Trägerschaft und Abstimmung des Nutzungskonzeptes soll im 1. Quartal 2007 abgeschlossen werden.
- Neben den genannten Projekten sind im Entwicklungsquartier unter kontinuierlicher Beteiligung von Anwohnern und sonstigen Akteuren aus Lohbrügge im Stadtteilbeirat weitere kleinere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation hinsichtlich des Wohnens, der Integration und der Aufwertung des Quartiers beschlossen und von unterschiedlichen Akteuren durchgeführt worden: z.B.: Sprachkurse für Migranten, Stadtteil- und Kinderfeste, Finanzierung von Ausstattungsgegenständen in sozialen oder kulturellen Einrichtungen, kleinere bauliche Investitionen, etc.



## 2. Vorbereitung zur Aufnahme neuer Gebiete ins Programm „aktive Stadtteilentwicklung 2005 – 2008“ oder zur Anmeldung als Sanierungsgebiet

### Lohbrügge-Ost

Auf der Basis einer umfangreichen Voruntersuchung der STEG zum Gebiet Lohbrügge Ost wurde im Berichtsjahr die behördliche Abstimmung zur Anmeldung des Gebietes als Quartiersentwicklungsgebiet eingeleitet und die Aufnahme in das Programm „aktive Stadtteilentwicklung“ beantragt. Mit einer positiven Senatsentscheidung zur Programmaufnahme wird im 1. Quartal 2007 gerechnet.

### Bergedorf-Süd

Im Berichtsjahr wurde das Planungsbüro GEWOS mit der Durchführung einer städtebaulichen Untersuchung von Bergedorf-Süd beauftragt mit dem Ziel, eine Stärken-Schwächen-Analyse durchzuführen und Empfehlungen für eine mögliche Förderkulisse (Stadtteilentwicklung oder Sanierung) zu geben. Der Untersuchungsbericht wurde Mitte des Jahres 2006 vorgelegt. Die Ziele für Bergedorf-Süd wurden in drei öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt und mit Anwohnern umfassend diskutiert. Die erforderliche Senatsentscheidung zugunsten der Aufnahme des Gebietes als Sanierungsgebiet wird von der BSU vorbereitet. Für 2007 wird die fachliche Erörterung und behördliche Abstimmung über die Gebietsaufnahme erwartet.

## 3. Programm Lebenswerte Stadt Hamburg

Einen besonderen Schwerpunkt der Tätigkeit bildete ab der zweiten Jahreshälfte die Konzeptentwicklung zum Programm „Lebenswerte Stadt Hamburg“ für Lohbrügge-Ost als einem von insgesamt sechs Fördergebieten. In diesem Zusammenhang waren vielfache Abstimmungen sowohl mit den zusammenwirkenden Fachbehörden als auch den künftigen Umsetzungsträgern (Schulen, Verbänden, Jugendeinrichtungen, Wohnungsbaugesellschaften, Bildungsträgern, etc.) erforderlich. Ziel dieser Quartiersoffensive „Lebenswerte Stadt Hamburg“ ist, die Identifikation der Menschen mit dem Quartier zu stärken und die Alltagssituation der Familien zu verbessern. Vor dem Hintergrund der besonderen Problemlagen in Lohbrügge-Ost wurde mit dem Ziel der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, im Besonderen auch Aussiedler aus Russland das Konzept „Integration braucht Begegnung“ mit über 20 Einzelmaßnahmen aus den vier Bereichen: 1. Bildung, Schule und Beruf; 2. Stadtteilarbeit, Sprachförderung und Familienförderung; 3. Kultur und 4. Begegnungsangebote am Billebogen entwickelt. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel wurden im Dezember 2006 von der Hamburger Bürgerschaft bewilligt, so dass in 2007 mit der Umsetzung der Einzelprojekte begonnen werden kann.

### **Ziele für 2007**

- Erfolgreiche Umsetzung der für Lohbrügge-Ost geplanten Einzelmaßnahmen im Rahmen des Programms „Lebenswerte Stadt Hamburg“
- Abschluss des Quartiersentwicklungsprozesses Lohbrügge-Nord einschließlich der Fertigstellung des Jugendclubs am Bornbrook und des Familienhauses an der Leuschnerstraße sowie die Sicherung der Nachhaltigkeit des Quartiersentwicklungsprozesses durch andauerndes ehrenamtliches Engagement und Unterstützung durch das Bezirksamt.
- Kontinuierliche Planung und Kontrolle des Mittelabflusses bei den einzelnen Projekten
- Nach einer positiven Senatsentscheidung zur Aufnahme von Lohbrügge-Ost ins Programm „aktive Stadtteilentwicklung“ die Vorbereitung für die Quartiersaufnahme und Durchführung einer (ggfs. EU-weiten) Ausschreibung für die Trägerschaft der Quartiersentwicklung 2008 - 2014
- Begleitung und Unterstützung des Abstimmungs- und Aufnahmeprozesses von Bergedorf-Süd
- Unterstützung und Beratung (auch hinsichtlich von Fördermöglichkeiten) von Trägern und Einrichtungen bei der Planung und Durchführung von Beschäftigungsprojekten.



## 2. RECHTS-, GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHERSCHUTZDEZERNAT

Leitung: Angela Braasch-Eggert, Tel. 42891-2028/2029

		2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen		44,75 <sup>1)</sup>	45,85	48,49
Sachkostenbudget				
Ansatz und Reste Vorjahre <sup>2)</sup>	<b>Soll</b>	35.617	38.606	60.415
Ausgaben	<b>Ist</b>	34.474	38.038	36.621
Übertragbare Reste		1.143	564	23.794
Rahmenzuweisungen - Ausgaben				
	<b>Soll</b>	Keine	77.611	
Ausgaben	<b>Ist</b>	Angaben	23.873	
Übertragbare Reste		- " -	53.738	
Einnahmen				
	<b>Soll</b>	Keine	28.492	
	<b>Ist</b>	Angaben	27.420	
Kasseneinnahmereste		- " -	1.072	
betreute Fachausschüsse		Bezirksversammlung, Hauptausschuss sowie FA GSV		

<sup>1)</sup> mit Verbraucherschutzamt

<sup>2)</sup> einschl. Zuwächse aus Entflechtung

### 2.1 Rechtsamt

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	4,15	4,5	3,5

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Die Fallzahlen im Rechtsamt bewegen sich innerhalb der üblichen Schwankungsbreiten. Während die Zahl der Widerspruchsverfahren gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist, sind die Vorgangszahlen beim Rechtsservice etwas zurückgegangen. Geringer geworden sind die Erledigungszahlen, was im Gegensatz zu den Gerichtsverfahren allein vom Bezirksamt zu verantworten ist. Dieser Rückgang ist der Personalsituation im Rechtsamt geschuldet, wobei in guter Zusammenarbeit mit dem Personalamt noch das Optimum für Bergedorf erreicht werden konnte: während der gesamten Zeit der Tätigkeit eines Rechtsreferenten im PUA Feuerbergstraße wurden vom 1.1. – 15.3. und vom 1.4. – 30.9. Regierungsräte z.A. auf einer vollen bzw. halben Stelle ins Rechtsamt abgeordnet. Nach dessen Umsetzung zum Sozialgericht ab 1.10. hat das Personalamt wiederum mit Abordnungen vom 1.10. bzw. 1.11. – 31.12. geholfen. Trotz der jeweils erforderlichen Einarbeitungszeiten und des Rückgangs ist es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rechtsamt gelungen, noch die höchsten Erledigungszahlen aller bezirklichen Rechtsämter zu erreichen, gefolgt von Altona (740,27 fiktive, d.h. gewichtete, Erledigungsfälle pro Person bei einem Hamburger Durchschnitt von 629,45) Die Bearbeitungszeiten konnten mit 212 insgesamt bzw. 228 Tagen für Widerspruchsverfahren gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert werden, liegen aber immer noch deutlich über dem Ergebnis für 2004 und sind nach wie vor nicht befriedigend. Relativierend muss hinzu gefügt werden, dass Verfahren gelegentlich im Einverständnis mit Widersprechenden ausgesetzt werden oder sich wegen zeitaufwändiger Beweiserhebungen lange hinziehen, was sich natürlich negativ auf die durchschnittliche Bearbeitungsdauer auswirkt.



Fallzahlen sind im Einzelnen der nachfolgenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen. Besonders hingewiesen werden soll auf den weiteren Rückgang bei den Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten, der darauf zurück zu führen ist, dass es inzwischen keine Altfälle nach dem früheren BSHG mehr gibt. Die Zahl der Fälle unter der Rubrik „Einwohnerangelegenheiten“ ist wegen der Konzentration der Aufgaben nach dem Unterhaltssicherungsgesetz beim Bezirksamt Bergedorf gestiegen. Die entsprechende Abteilung ist dem Einwohneramt zugeordnet; die Verfahren betreffen überwiegend die Übernahme von Mietkosten Zivildienstleistender. Der Rückgang der Ausländerangelegenheiten spiegelt die zurückgehenden Zuwandererzahlen und die Schließung von Unterkünften in Bergedorf wider. Im Zuge der Verwaltungsreform ist das Rechtsamt seit dem 1.10.06 zuständig für die rechtliche Prüfung von B-Plänen.

Im Jahr 2006 absolvierten 14 Referendare ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt.

### Ziele für 2007

- Optimierung der Verfahrensdauer in Widerspruchsverfahren;
- Erteilung zeitnaher Antworten auf Anfragen aus den Fachämtern,
- Ständige Qualitätssicherung der Referendarausbildung auf Grundlage der im Jahr 2004 durchgeführten Qualifizierungsbedarfsanalyse.

### Rechtsentscheidungen und Vertretung in öffentlich-rechtlichen Verfahren einschließlich Rechtsservice

<u>Widerspruchsverfahren</u> <sup>1</sup>	2004	2005	2006
<u>Zugang</u>	508	347	364
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	468	341	315
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	73	61	53
Bestand am 31.12.	262	207	203
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	88	56	63
- erledigt	97	88	69
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9,3 %	13,64 %	15,94 %
- Rest	76	44	38
- andere Angelegenheiten des Bauamtes			
- Zugang	32	17	31
- erledigt	31	30	23
- davon zugunsten d. Widersprechenden	12,9 %	13,33 %	4,35 %
- Rest	22	9	19
- Jugend- und Sozialhilfeangelegenheiten			
- Zugang	256	156	121
- erledigt	265	163	148
- davon zugunsten d. Widersprechenden	13,6 %	13,5 %	11,49 %
- Rest	102	95	68
- Einwohneramtangelegenheiten			
- Zugang	30	26	55
- erledigt	32	17	42
- davon zugunsten d. Widersprechenden	36,5 %	0 %	23,81 %
- Rest	6	15	28

<sup>1</sup> Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.



- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	52	45	51
- erledigt	56	52	38
- davon zugunsten d. Widersprechenden	17,9 %	21,15 %	7,89 %
- Rest	20	13	26
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	31	31	16
- erledigt	35	32	28
- davon zugunsten d. Widersprechenden	5,7 %	25 %	21,23 %
- Rest	22	21	9
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	19	15	27
- erledigt	25	20	21
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20 %	20 %	23,81 %
- Rest	13	8	14

### **Verfahren vor den Gerichten**

(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)

	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
<u>Antragsverfahren I. und II. Instanz</u>			
- anhängig wurden	76	48	27
- abgeschlossen wurden	71	46	37
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	2	10	7
- Bestand	16	18	8
<u>Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz</u>			
- anhängig wurden	133	81	98
- abgeschlossen wurden	97	115	79
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	13	21	14
- Bestand	167	133	152
<b><u>Rechtsservice</u></b>			
Zugang	382	377	326
Erledigung	383	445	295
Rest	185	118	149

### **Verfahrensdauer in Tagen**

<u>Verfahren im Bezirksamt</u>	198,1	265,7	212,2
- davon Widerspruchsverfahren	181,1	271,5	228,6
<u>Gerichtsverfahren</u>			
- Antragsverfahren	82,4	104,2	160,9
- Beschwerdeverfahren	105,1	192,6	112,6
- Klageverfahren	435,8	506,1	435,5
- Berufungsverfahren	536,7	1.125,4	687,3



## 2.2 Gesundheitsamt

Leitung: Dr. Hans-Jürgen Galle, Tel. 42891-2224

Anmerkung:

Der vorliegende Tätigkeitsbericht des Gesundheitsamtes erhält insbesondere im Zahlenwerk ab 2006 eine neue Aufteilung und Form, da künftig alle Statistiken abgebildet werden, die das Gesundheitsamt gegenüber Dritten (Fachbehörden) abgibt.

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen für die Bereiche ZD, GA 2 u. GA 3	23,02	24,07	25,43

Sachkostenbudget			
Ansatz und Reste Vorjahre	35.617	38.606	50.695
IST-Ausgaben	34.474	38.038	45.312
Übertragbare Reste	1.143	564	5.383
Rahmenzuweisungen – Ausgaben			
SOLL	Keine Angaben	77.611	72.168
IST-Ausgaben	- " -	23.873	34.868
Übertragbare Reste	- " -	53.738	37.300
Einnahmen			
SOLL	Keine Angaben	28.492	21.127
IST	- " -	27.420	21.589*
Kasseneinnahmereste	- " -	1.072	Nicht bezifferbar

\* Die Ist-Einnahmen 2006 sind höher als die Soll-Stellung 2006. Dies resultiert aus Zahlungseingängen der Kasseneinnahmereste der Vorjahre.

Anmerkung:

Die für 2004 - 2006 dargestellten Ausgaben und Einnahmen beziehen sich auf die Abteilungen ZD (Zentraler Dienst), GA (Gesundheitsamt), VS 3 (Veterinäramt) und VS 4 (Technischer Umweltschutz).

### **Aufgaben und Entwicklung in 2006 des Zentralen Dienstes und des Gesundheitsamtes**

Bescheinigungen nach dem Infektionsschutzgesetz

Nachdem auch das Bezirksamt Harburg Mitte des Jahres 2006 keine Bescheinigungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Gesundheitszeugnisse) mehr ausstellt, werden diese Aufgaben nur noch in den Bezirken Eimsbüttel und Bergedorf wahrgenommen. Auch im Jahre 2006 ist bei den Gesundheitszeugnissen eine Steigerungsrate zu verzeichnen. Dies resultiert u. a. aus der aktiven Arbeitsvermittlung der ARGE.

Es wurden insgesamt 1.317 Bescheinigungen nach dem Infektionsschutzgesetz ausgestellt. In weiteren 134 Fällen wurden durch Gruppenbelehrungen Sammelbescheinigungen erstellt (überwiegend Berufsschulklassen).

Gutachten

Insgesamt wurden 1.607 Gutachtensersuchen bearbeitet. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit jedes Gutachtens beläuft sich auf 22,2 Tage, so dass der Basiswert von 30 Tagen unterschritten wurde.



Im Jahre 2006 hat das Gesundheitsamt seine Öffentlichkeitsarbeit deutlich ausgebaut.

Ziel des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SpD) war es, in der Öffentlichkeit für mehr Akzeptanz und Verständnis gegenüber Menschen mit seelischen Erkrankungen zu werben. Hierzu diente eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen:

Den Auftakt bildete ein Informationsabend zum Thema Depression am 10.05.2006 gemeinsam mit der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen in Hamburg (KISS) unter Beteiligung niedergelassener Nervenärzte und Psychotherapeuten sowie des Bethesda Allgemeinen Krankenhauses Bergedorf. An dieser Veranstaltung im Haus im Park nahmen ca. 100 interessierte Bürger teil. Unterstützt von KISS führte der Informationsabend zur Gründung von 2 Selbsthilfegruppen von depressiv Erkrankten und einer Selbsthilfegruppe von Angehörigen. Die Gruppen wurden im Verlaufe des Jahres durch die Psychologin des Sozialpsychiatrischen Dienstes bei Bedarf supervidiert.

Der Sozialpsychiatrische Dienst organisierte mit verschiedenen Trägern und Einrichtungen im Bezirk den Hamburger Gesundheitstag. Dieser stand unter dem Motto »Zusammenleben-Zusammenarbeiten, Psychiatrie - Erfahrene in der Gesellschaft« und hatte das Ziel, über seelische Erkrankungen zu informieren und die Begegnung mit Betroffenen zu ermöglichen. In fünf Vorbereitungstreffen wurde vom SpD gemeinsam mit den Institutionen, die in Bergedorf Menschen mit seelischen Erkrankungen betreuen, das Konzept für die Veranstaltungsreihe entwickelt.

Die Eröffnung der Bilderausstellung am 07.09.2006 des „atelier lichtzeichen“, einer Gruppe von Künstlern mit Handicaps, bildete mit etwa 80 geladenen Gästen den Auftakt der Veranstaltungsreihe. Die Ausstellung, die bis zum 22. September 2006 im Haus im Park zu sehen war, stand unter der Schirmherrschaft des Bezirksamtsleiters Dr. Krupp.

Am 15.09.2006 folgte in Zusammenarbeit mit dem KulturA in Neuallermöhe die abendfüllende Doppelvorbereitung der „Crazyartists“, einer Schauspielergruppe aus Künstlern mit der Erfahrung einer psychischen Erkrankung. Besucht wurde die Veranstaltung von etwa 40 Zuschauern.

Am eigentlichen Gesundheitstag, dem 20.09.2006, standen im Haus im Park vorwiegend Bergedorfer Einrichtungen und Selbsthilfeorganisationen auf einer Infobörse Rede und Antwort zu seelischen Erkrankungen und informierten über ihre Angebote. An Info-Tischen und in einer Reihe von Kurzvorträgen wurde zu allen Fragen der Behandlung, Betreuung und Selbsthilfe informiert.

Dieses Angebot wurde von etwa 150 Besucher wahrgenommen. Parallel dazu führte PD Dr. Thomas Bock vom UKE mit dem Projekt »Irre menschlich Hamburg« einen Workshop für Pädagogen »Psychische Erkrankung als Unterrichtsthema« durch. Diese Veranstaltung erfolgte in Kooperation mit dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst. Der Gesundheitstag schloss am 20.09.2006 mit der Vorführung des sich mit dem Thema Psychiatrie befassenden Films „Das weiße Rauschen“ von H. Weingärtner im Kulturforum Serrahnstraße. Im Anschluss an den Film stand Dr. Theo Piegler, Leitender Arzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Bethesda Allgemeinen Krankenhauses, dem aus etwa 100 Personen bestehendem Publikum zur Diskussion zur Verfügung.

Für den Sozialpsychiatrischen Dienst zählten die Veranstaltungen zum Hamburger Gesundheitstag zu den Höhepunkten des Jahres 2006. Mit 370 Besuchern waren die Veranstaltungen insgesamt gut besucht. Das öffentliche Interesse, welches sich auch an den Veröffentlichungen in der Lokalpresse ablesen lässt, war insgesamt sehr gut.

Auf der Nachbesprechung mit den Beteiligten des Gesundheitstages wurde deutlich, dass die gemeinsame Planung und Durchführung der Veranstaltungen zudem den Effekt hatte, die Zusammenarbeit zwischen den im Bezirk tätigen Einrichtungen und Institutionen und dem Gesundheitsamt zu erneuern und zu festigen.



Auch der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst beteiligte sich am Hamburger Gesundheitstag (siehe oben). Darüber hinaus stellte die Mütterberatung ihre Arbeit auf den Festen der Kinder- und Familienzentren in Neuallermöhe und Lohbrügge einer großen Zahl von Teilnehmern vor.

Innerhalb des Gesundheitsamtes fand in Kooperation mit dem Grundsicherungs- und Sozialamt eine Fortbildung zum Thema „Wohnungslosigkeit“ statt. In Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, dem Jugendamt und dem Bauamt wurde ein Konzept entwickelt zum Umgang mit vermüllten Wohnungen.

#### **Ziele für 2007:**

- Fortführung der internen Fortbildung,
- Neugestaltung des Internetauftritts des Gesundheitsamtes,
- Erstellen eines Gesundheitsberichts für den Bezirk Bergedorf,

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006 des Fachbereichs Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (Schulärztlicher/-zahnärztlicher Dienst, Säuglings-/Kleinkinderbetreuung)**

Veränderungen schulärztlicher Aufgaben und Arbeitsinhalte haben sich durch die Novellierung des Schulgesetzes mit dem Schuljahr 2003/2004 ergeben. Dies bedeutet die flächendeckende Schuleingangsuntersuchung, Untersuchungen von 4 ½ -Jährigen und Untersuchungen von Schulkindern am Ende der Grundschulzeit. Pro Jahrgang ist im Mittel von 1.300 Einschülern auszugehen.

Im Jahr 2006 war es möglich, die Rate der durchgeführten Untersuchung von Einschülern weiter auf 98 % zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, musste die Untersuchung der Schüler nach Beendigung der Grundschulzeit jedoch weiterhin unterbleiben. Zu berücksichtigen ist, dass wegen Altersteilzeit eine halbe Schularztstelle im vergangenen Jahr bis zum September immer noch unbesetzt war; diese Stelle konnte erst danach vorübergehend und im Januar 2007 endgültig nachbesetzt werden.

Durch die Einführung des neuen Kinderbetreuungsgesetzes sind weitere zusätzliche Aufgaben auf die Schularztstelle und den Schulzahnärztlichen Dienst zugekommen. Im Verlaufe des Jahres wurden bestehende Stellenanteile der Zahnärztin, der Zahnarzhelferin und einer Schulärztin zu diesem Zweck aufgestockt. Im Januar 2007 wurde eine neue Arzhelferin im Schulärztlichen Dienst als Teilzeitkraft eingestellt.

Der Schulärztliche Dienst hat sich an einer überbezirklichen Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Screeningprogramms zur Untersuchung von dreijährigen Kindern beteiligt. Mit den zahnärztlichen Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz konnte am 1.11.2006 begonnen werden. Die erste Untersuchung fand in Gegenwart der Zweiten Bürgermeisterin und des Bezirksamtsleiters statt; hierüber wurde hamburgweit berichtet. Mit den ärztlichen Untersuchungen wird Anfang 2007 begonnen werden.

Die Schulärzte sind überdies noch in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Die im Vorjahr mit der Fachbehörde eingeführte einheitliche datengeführte Dokumentation der schulärztlichen Untersuchungen wurde weiter geführt. Die eigene Berichterstattung im Rahmen des Controlling (und auch dieses Tätigkeitsberichts) wurde dieser neuen Dokumentation angepasst.



Der Schulärztliche Dienst hat sich an verschiedenen Arbeitskreisen, Gremien und Netzwerken beteiligt. Dazu zählten der Qualitätszirkel niedergelassene Kinderärzte/Hebammen/Gesundheitsamt, das Netzwerk zum Thema „ADHS-Kinder“, der Schulärztliche Arbeitskreis und die Kinder- und Familienzentren Neuallermöhe und Lohbrügge.

Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt wurde weiter ausgebaut: So wurden von der Mütterberatung mit den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) gemeinsame Hausbesuche durchgeführt. Es fanden mehrere Kooperationstreffen mit dem Jugendamt statt. Eines dieser Treffen wurde zum Thema „Hamburg schützt seine Kinder“ unter Beteiligung niedergelassener Ärzte und freiberuflicher Hebammen durchgeführt. Bei mehreren Fällen vermuteter Kindesmisshandlung wurde eng mit dem Jugendamt zusammen gearbeitet.

Im Jahr 2006 wurde ein erstes Familienhebammenprojekt in Bergedorf gebildet. Dieses Projekt wurde in enger Zusammenarbeit mit der Mütterberatung in Trägerschaft von Sprungbrett e. V. im Kinder- und Familienzentrum (Kifaz) Lohbrügge angesiedelt. In den neuen Räumen des Kifaz wurde eine einmal wöchentliche Sprechstunde der Mütterberatung neu aufgebaut. Es findet eine enge Kooperation zwischen den Familienhebammen, dem Kifaz und den Kinderkrankenschwestern sowie der Kinderärztin der Mütterberatung statt. Für das Jahr 2007 ist die Errichtung eines weiteren Familienhebammenprojekts in Bergedorf vorgesehen.

Vom Schulzahnärztlichen Dienst werden alle schulpflichtigen Kinder bis zur 6. Klasse, einschließlich der Vorschulkinder, zahnmedizinisch untersucht, und es werden Empfehlungen zur Behandlung ausgesprochen.

Erstmals bereits in 2004 beobachtete Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Erstellung zahnärztlicher Gutachten für das Grundsicherungs- und Sozialamt (GS) haben sich auch in 2006 fortgesetzt. Im Jahr 2006 wurden 79 Gutachten mit einem Gesamtvolumen von 56.150 € erstellt. Etwa jeder dritte Antrag wurde befürwortet (Kosten 18.567 €).

### **Ziele für 2007**

- Durchführen von ca. 70% der Schuleingangsuntersuchungen für das Schuljahr 2007/2008
- Planung und Gestaltung der Informationsmesse „Schule in Hamburg“ für alle Bezirke
- Fortsetzung der Vernetzungsarbeit im Bezirk und Teilnahme am Schulärztlichen Arbeitskreis
- Mitarbeit in den Familienhebammenprojekten
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt
- Einführung und Umsetzung der ärztlichen und zahnärztlichen Untersuchungen nach KibeG in den Bergedorfer Kindertagesstätten



	2004	2005	2006
Anzahl der Teilnehmer/-innen an Veranstaltungen im Rahmen der Gesundheitsförderung/-vorsorge	470	1.244	610
In den Mütterberatungsstellen durchgeführte Beratungen und Untersuchungen durch Ärzte einschließlich Beratungen durch nicht-ärztliches Personal	3.142	2.205	1.224 <sup>1</sup>
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	369	338	255 <sup>2</sup>
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch Schulärzte	3.237	3.651	3.157
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	599	368	127 <sup>3</sup>
Anzahl der Untersuchungen und Beratungen durch die Schulzahnärztin	7.490	6.017	6.719

## **Aufgaben und Entwicklung in 2006 des Sozial- und Jugendpsychiatrischen Dienstes/ der Körperbehindertenberatung**

### **Jugendpsychiatrischer Dienst (JpD)**

Der Jugendpsychiatrische Dienst unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen. Er berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert sind, zu Fragen der Diagnostik, Rehabilitation und zu psychosozialen Hilfen.

Für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder von 0 – 6 Jahren wird im Rahmen gutachtlicher Stellungnahmen zu Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch IX, XII und nach § 26 des hamburgischen Kinderbetreuungsgesetzes (KibeG) Entwicklungsdiagnostik durchgeführt.

Im JpD arbeiten eine Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie mit ganzer und ein Sozialpädagoge mit halber Stelle. Die im Jahre 2005 frei gewordene halbe Psychologenstelle wurde in 2006 nicht nachbesetzt.

<sup>1</sup> Durch die Aufgabe des Standortes Kirschgarten und den Aufbau einer Mütterberatung in den neuen Räumen des Kifaz Lohbrügge ist es zu einem Rückgang der Besucherzahlen gekommen.

<sup>2</sup> Die rückläufigen Zahlen der Hausbesuche sind statistisch bedingt: Waren bislang teilweise auch solche Besuche berücksichtigt worden, bei denen kein Kontakt zustande kam, so wurden in 2005 erstmals nur echte Kontaktaufnahmen im Rahmen eines Hausbesuches erfasst.

<sup>3</sup> Niedrigere Impfraten im Gesundheitsamt haben verschiedene Gründe: Beendigung des in den Vorjahren durchgeführten Impflückeninterventionsprogramms an Schulen; geänderte Empfehlungen der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut (einige neue Impfungen werden anfangs nicht von allen Krankenkassen übernommen und deshalb nicht vom öffentlichen Gesundheitsdienst angeboten); verbessertes Impfverhalten in den kinderärztlichen Praxen.



Im Jahre 2006 ist ein Anstieg der Klientenkontakte im JpD gegenüber den Vorjahren zu verzeichnen. Zum Teil ist der Anstieg dadurch bedingt, dass auch telefonisch erfolgte diagnostische bzw. beratende Gespräche mit Klienten und ihren Bezugspersonen in die Statistik aufgenommen wurden. Die Zahl der erstellten Gutachten hat zugenommen.

Der Tätigkeitsschwerpunkt des JpD lag in 2006 in der Erstellung gutachtlicher Stellungnahmen zu Eingliederungshilfen nach den Sozialgesetzbüchern IX und XII, §26 KibeG und §35a Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII). Das erhöhte Gutachtenaufkommen wurde überwiegend durch die Kinder- und Jugendpsychiaterin des Dienstes bewältigt.

Bei Vorrangigkeit der Begutachtung nach den oben genannten gesetzlichen Grundlagen konnten wegen der reduzierten Personalkapazität Beratung und zugehörige Diagnostik von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen und/oder geistigen Behinderungen nur noch eingeschränkt erfolgen.

### **Beratungsstelle für Körperbehinderte**

Die Beratungsstelle betreut und berät körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen.

Als sinnvolle Maßnahme hat sich die Kontaktaufnahme zu sozialen Einrichtungen im Bezirk und das Angebot sozialer Gruppenarbeit für Körperbehinderte mit sozialen Isolationstendenzen erwiesen. Dank der vermehrten Öffentlichkeitsarbeit der Beratungsstelle und dank der positiven Rückwirkungen der Gruppenarbeit konnte die Anzahl der Klientenkontakte deutlich gesteigert werden. Insbesondere die Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte hat sich verdoppelt.

### **Sozialpsychiatrischer Dienst (SpD)**

Der Sozialpsychiatrische Dienst bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährig psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Das multiprofessionelle Team besteht aus einer Fachärztin für Psychiatrie, einer Diplom-Psychologin, zwei Sozialpädagogen und einer Verwaltungsfachangestellten. Es steht der Bergedorfer Bevölkerung täglich werktags von 8:00 bis 16:00 Uhr zur Krisenintervention und Beratung in Form von Gesprächen in der Dienststelle oder bei Hausbesuchen zur Verfügung. Der SpD ist der einzige Anbieter aufsuchender psychiatrischer/psychologischer Krisenhilfe im Bezirk; im Jahre 2006 leistete der Dienst 121 Kriseninterventionen.

Der SpD begutachtet für andere Behörden und Ämter. Der Schwerpunkt der Begutachtungstätigkeit liegt auf der Eingliederungshilfe gemäß §§ 53, 54 SGB XII. Im Jahr 2006 konnte der Sozialpsychiatrische Dienst einen Zuwachs von über 50% bei den Anfragen zu ambulanten Leistungen für seelisch Erkrankte bzw. behinderte Menschen verzeichnen.

Neben der Begutachtung sowie dem Krisen- und Beratungsdienst werden durch den SpD regelmäßig Gruppen für Betroffene und Angehörige angeleitet und moderiert. Wöchentlich trifft sich der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus findet einmal im Jahre ein gemeinsamer Tagesausflug des Patientenclubs statt; an Feiertagen wird das Clubtreffen von den Sozialpädagogen für die Patienten, die oftmals sozial isoliert leben, festtagsbezogen gestaltet.



Die Teilnahme an der von der Psychologin angeleiteten Angehörigengruppe (1x im Monat) bietet durch Information und Erfahrungsaustausch die Möglichkeit, zu einem anderen Umgehen mit der Erkrankung und den Betroffenen zu finden.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich. Dabei pflegt der SpD einen regen Austausch mit verschiedenen Organisationen innerhalb und außerhalb des Bezirks. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Bergedorf (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

Der Sozialpsychiatrische Dienst leitet zwei Zivildienstleistende des Mobilien Sozialen Hilfsdienstes am Gesundheitsamt Bergedorf an und organisiert deren Einsätze. Die Zivildienstleistenden unterstützen Erwachsene und Kinder mit geistigen, seelischen und körperlichen Behinderungen u. a. durch Begleitung zu Terminen, beim Einkaufen und bei der Pflege der Wohnungen. Ferner wurde im Jahr 2006 auch eine Sozialpädagogikstudentin der Fachhochschule Lüneburg durch den SpD während eines Jahrespraktikums angeleitet.

## **Ziele für 2007**

### **Jugendpsychiatrischer Dienst (JpD)**

- Teilnahme an Veranstaltungen der Fachbehörde zum Erfahrungsaustausch über das Begutachtungsverfahren für Eingliederungshilfen nach § 26 KibeG.
- Mitwirkung in der präventiven Arbeit zur frühzeitigen Erkennung möglicher Kindeswohlgefährdungen.

### **Beratungsstelle für Körperbehinderte**

- Fortführung der monatlichen sozialen Gruppenarbeit für Menschen mit körperlichen Behinderungen als spezielles Angebot für körperbehinderte Menschen mit starken Isolationstendenzen.
- Fortführung der in 2005 begonnenen Form der Öffentlichkeitsarbeit. Dabei wird auch im Jahr 2007 die Kontaktpflege zu weiteren Institutionen im Bezirk angestrebt.
- Mitwirkung bei der Erstellung einer Gesamtübersicht über bestehende Beratungs- und Hilfsangebote für körperbehinderte Menschen im Bezirk.

### **Sozialpsychiatrischer Dienst (SpD)**

- Teilnahme am Arbeitskreis „Stalking“ mit Vertretern der Polizei, der Justiz, der Opferhilfe, freier Beratungsstellen und Behörden. Ziel ist u. a. eine bessere Vernetzung der Einrichtungen und Austausch über die Auswirkungen des neuen Straftatbestandes Stalking auf die Beratung.
- Förderung der Begegnung von Menschen mit seelischer Erkrankung durch regelmäßige Gruppenangebote, Patientenclub.
- Unterstützung von Angehörigen psychisch Kranker durch Organisation und Anleitung einer Angehörigengruppe.
- Organisation des „Forum Angehörigenarbeit“, eines Zusammenschlusses von Anleitern von Gruppen für Angehörige psychisch Kranker in Hamburg und Umgebung.
- Aufrechterhaltung des Angebotes von Zivildienstleistenden am Gesundheitsamt Bergedorf inklusive der Organisation und Anleitung der Zivildienstleistenden.
- Fortführung des Supervisionsangebotes für die mitinitiierten Selbsthilfegruppen für Depressive und deren Angehörige im Raum Bergedorf.



	2004	2005	2006
Anzahl der Klientenkontakte im JpD insgesamt	628	581	846
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	61	49	45
Anzahl der Klientenkontakte in der Beratungsstelle für Körperbehinderte insgesamt	662	665	768
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	64	66	123
Anzahl der Klientenkontakte (Telefonate sowie Besuche) im SpD insgesamt	1.742	1.450	1.116 <sup>1</sup>
- davon Zahl der aufsuchenden Klientenkontakte	404	462	344 <sup>2</sup>
Anzahl der vom SpD veranlassten Unterbringungen	20	19	9
Anzahl der Gruppentermine im SpD	60	58	64
Anzahl der Klienten im SpD	727	840	773
Anzahl der ärztlichen, zahnmedizinischen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1.772	1.868	1.607
- davon Gutachten für den Sozialhilfeträger einschl. ARGE	1.230	1.317	1.217
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	19,68	23,40	22,2

- 43 -

## **Aufgaben und Entwicklung in 2006 Gesundheitsschutz, Heimaufsicht**

### **Infektionsschutz**

<sup>1</sup> Organisatorische Besonderheiten (6-monatige Vertretung des sich auf Weiterbildung befindenden Amtsleiters durch die Ärztin des Sozialpsychiatrischen Dienstes) und eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (siehe Hamburger Gesundheitstag) bedingten in 2006 eine Reduktion der Beratungskapazitäten des Dienstes. Dies erklärt die im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Zahl der Klientenkontakte.

<sup>2</sup> Die Reduktion der aufsuchenden Klientenkontakte ergab sich unter anderem dadurch, dass bei in 2006 vermehrt anfallenden Wiederholungsanträgen zu Eingliederungshilfen gemäß § 54 SGB XII die Begutachtungen häufig im Amt oder nach Aktenlage durchgeführt wurden. Erstbegutachtungen zur Eingliederungshilfe wurden wie gewohnt häufig in der Häuslichkeit der Klienten durchgeführt.



Der Abschnitt hat die Aufgabe, gesetzlich meldepflichtige Erkrankungen und Erregernachweise einzelfallbezogen abzuklären, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Öffentlichen Gesundheit zu veranlassen und die anonymisierten Daten an das Institut für Hygiene und Umwelt zur Zusammenstellung und Weiterleitung an das Robert-Koch-Institut Berlin zu geben. Darüber hinaus werden Gemeinschafts- und Gesundheitseinrichtungen hygienisch beraten.

Im Jahre 2006 wurden die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt. Einen Schwerpunkt der Überwachung bildeten in diesem Jahr die Operationseinheiten der Krankenhäuser. Auch die Begehungen der Kindertageseinrichtungen des Bezirks wurden fortgeführt; Ziel ist es, jede Bergedorfer Kindereinrichtung alle fünf Jahre regelmäßig auf ihre Hygiene hin zu überprüfen. Neu aufgenommen in die Überwachung der Kommunalhygiene wurden die Piercing- und Tätowierungsstudios sowie medizinische Fußpflegeeinrichtungen. Während der Fußballweltmeisterschaft beteiligte sich die Abteilung an der intensivierten Beobachtung und Erfassung von infektiösen Erkrankungen.

### **Heimaufsicht**

Die Heim- und Pflegeaufsicht stellt sicher, dass die Rechte stationär und ambulant pflegerisch versorgter Bergedorfer ihre Berücksichtigung finden. Im November wurde eine Fachanweisung für die Heimaufsicht verabschiedet, die ein einheitliches Verwaltungshandeln aller Bezirke sicherstellen soll.

Alle Alten- und Pflegeeinrichtungen sowie Behinderteneinrichtungen wurden in 2006 turnusmäßig begangen. Bei allen Begehungen wurde in diesem Jahr ein Prüfungsschwerpunkt festgelegt. Dieser lag in den Heimen bei der Ernährung und Flüssigkeitsversorgung der Heimbewohner. In den Behinderteneinrichtungen wurde schwerpunktmäßig die Betreuungsdokumentation überprüft. Der Kontakt zu den Heimbeiräten in den Alten- und Pflegeheimen wurde intensiviert. Im Rahmen der Heimbegehungen wurden Gespräche mit den Heimbeiräten geführt und diese über ihre Aufgaben und Rechte informiert.

Die Heimaufsicht Bergedorf arbeitet in mehreren überbezirklichen Arbeitskreisen mit. Ziel dieser Arbeitsgruppen ist die Entwicklung von hamburgweiten Standards in der Heimaufsicht. Im Dezember wurde in allen Bezirken eine computergestützte Arbeitsdokumentation (HeimA) eingeführt.

### **Ziele für 2007**

#### **Infektionsschutz**

- mindestens 50 %-ige Aufklärung der Ursachen von Durchfallerkrankungen junger Kindergartenkinder und Personen in der Lebensmittelbranche, Fortführung der Begehung von Kindertagesheimen zur Sicherstellung „guter hygienischer Praxis“ mit dem Ziel der Vermeidung von Gesundheitsgefährdung, Überprüfung der Tätowierungs-/Piercing- und medizinischen Fußpflegeeinrichtungen, Hygienebegehungen der Pflegeheime.

#### **Heimaufsicht**

- Prüfung aller Bergedorfer Einrichtungen nach den gesetzlichen Vorgaben,
- Unangemeldete Begehungen der Bergedorfer Alten- und Pflegeheime zu einem Prüfungsschwerpunkt,



- Im Rahmen der beabsichtigten Ambulantisierung in der Behindertenhilfe Durchführung intensiver Gespräche in den Einrichtungen mit den Trägern und den Bewohnern zur Abklärung des Heimstatus,
- Teilnahme an der halbjährlich stattfindenden Heimleiterrunde,
- Fortführung der Arbeit in den überbezirklichen Arbeitskreisen zur Qualitätssicherung der Heimaufsicht,
- Datenerfassung aller Bergedorfer Einrichtungen in HeimA.

	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl der bearbeiteten meldepflichtigen Infektionsfälle	310	313	371
Anzahl der örtlichen Hygieneüberprüfungen (einschließlich Krankenhausbesichtigungen)	12	11	15
Anzahl der jährlichen Begehungen von OP- und Intensivbereichen in Krankenhäusern in % (insgesamt 3 Einrichtungen)	5	4	3
Anzahl von Begehungen in Tätowierungs-/Piercing-Einrichtungen	0	0	2
Anzahl von Begehungen in Fußpflegeeinrichtungen	0	0	3
Anzahl der Heimbesuche/-begehungen	37	26	38
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden	11	8	6 <sup>1</sup>

### **2.3 Verbraucherschutzamt**

Leitung: Helmut Hoffmann, Tel. 42891-2570

<sup>1</sup> Bei keinem der Beschwerdefälle handelte es sich um einen gravierenden Pflegemangel.



	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	17,58 <sup>1</sup>	17,28 <sup>2</sup>	19,56

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Während in 2006 die Diskussion über die Umsetzung der Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung der Unternehmensberatung Firma Rambøl stattfand, wurde erneut eine Unternehmensberatung (Fa. Steria Mummert Consult) von der Finanzbehörde damit beauftragt, Vorschläge für Organisationsstrukturen zur Umsetzung der Verwaltungsreform zu erarbeiten. Das Verbraucherschutzamt war im Hinblick auf die Einrichtung des Zentrums für Wirtschaft, Bauen und Umwelt – wie schon in die vorangegangene Untersuchung – erheblich involviert. Im Vordergrund stand in 2006 schließlich die Diskussion um die Verwirklichung der Verwaltungsreform, in die die Vorschläge der Firma Rambøl - so weit möglich - mit einbezogen wurden.

Maßgeblich und mit einem erheblichen Ressourceneinsatz eingebunden war die Abteilung für Wirtschaft und Gewerbe in die Erstellung des Hundegesetzes (s.u.).

Die Geflügelpest bescherte dem Verbraucherschutzamt einen weiteren nicht geplanten Arbeitsschwerpunkt. Die zu leistenden Aufgaben waren und sind letztlich nur durch die Zusammenarbeit des Veterinärs mit allen Abteilungen des Verbraucherschutzamtes und darüber hinaus auch mit Hilfe des BOD abzuwickeln. Arbeitsabläufe für den Fall des Auftretens der aviären Influenza bei Wildvögeln und in Geflügelständen mussten geplant werden, Betreiber von Geflügelhaltungen jeder Größenordnung waren zu erfassen, zu informieren und schließlich zu kontrollieren, ein bezirklicher Dienst für das Einsammeln und den Transport toter Vögel zum Institut für Hygiene und Umwelt war sicherzustellen. Bis heute und vermutlich noch auf unabsehbare Zeit sind vom Verbraucherschutzamt in einem Abstand von 7 Wochen für eine Woche (Mo.-Fr. 8-18.00 Uhr) die Informationshotline „Geflügelpest“ sowie die „Meldehotline für tote Vögel“ als zentrale Anlaufstelle für alle Bezirke zu übernehmen .

Nachdem die akut zu bewältigenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Geflügelpest abgewickelt waren, trat eine weitere Tierseuche auf die Bildfläche: Blauzungenkrankheit – auch hier war Unterstützung des Veterinärs bei der Weiterleitung von Informationen an die betroffenen Viehalter und Transporteure durch andere Arbeitsbereichen des Verbraucherschutzamtes geboten (vgl. VS3).

Im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Hundegesetzes wurde dem Verbraucherschutzamt durch Senatsbeschluss eine auf ein Jahr begrenzte halbe Stelle zur Besetzung durch eine Veterinärin / einen Veterinär zugewiesen. Aufgabenstellung ist die tierärztliche Begutachtung von Hunden hinsichtlich der Rassezugehörigkeit, eine erste Gefahreinschätzung sowie eine Plausibilitätskontrolle von Wesenstests.

- 46 -

Neben der erheblichen Belastung durch den Streik im öffentlichen Dienst wurden Personalressourcen zusätzlich durch die Planung und Ausführung des Familienfestes anlässlich der Fußball-WM sowie - mehr als sonst - auch für das Hafenfest, in Anspruch genommen. Wurden für das Hafenfest bislang nur die Genehmigungs- und Konzessionsverfahren ausgeführt, so gehörten jetzt darüber hinaus die Planung und der Aufbau der Festmeile zu den Leistungen des Verbraucherschutzamtes.

<sup>1</sup> Berücksichtigt unbesetzte Veterinärstelle über 2 Monate (August, September) = rd. 0,2 Anteile

<sup>2</sup> Weitere Reduzierung durch Personalabgang und Beginn einer Altersteilzeit



Zahlreiche Routineaufgaben waren durch die zuvor beschriebenen Leistungen nur noch mittels Anordnung von Mehrarbeit zu bewältigen.

### **Ziele für 2007**

- Umsetzung der neuen Organisationsstruktur des Fachamtes für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt durch Aufgabenneuverteilung unter Berücksichtigung personeller Veränderungen
- Vorbereitung und Ausführung des Umzuges in das neue Dienstgebäude Wentorfer Straße 38a
- Überprüfung und Optimierung des Aufgabenbereiches Veterinärwesen. Herstellung der Vertretungsfähigkeit im eigenen Amt
- Planung und Ausführung des Stadtfestes 2007.

### **Fachdienst Lebensmittelüberwachung/Wochenmärkte**

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen leistet der Fachdienst einen aktiven Verbraucherschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher auf der anderen Seite. Ein Problem in diesem Zusammenhang stellen nach wie vor unqualifiziert geführte Gaststätten und Imbissbetriebe mit ihren häufigen Betreiberwechseln dar. Es zeigt sich zunehmend, dass einige Betreiber den gesetzlich geforderten Hygieneanforderungen im Umgang mit Lebensmitteln nicht nachkommen. Eine Ursache für die z.T. unzureichende Betriebsführung sind fehlende berufsbezogene Qualifikationsanforderungen (z.B. Ausbildungs- u. Schulungsnachweise), was das Fehlen entsprechender Fähigkeiten (z.B. auch den Aufbau der gesetzlich geforderten Eigenkontrolle – „HACCP“) unmittelbar nach sich zieht. Betriebspersonal und Inhaber sind daher oftmals nicht in der Lage, hygienische Mängel zu erkennen und diese selbst nach Aufforderung abzustellen. Eine andere Ursache sind die häufig schwierigen finanziellen Situationen, in den sich eine Vielzahl der Betriebe befindet. Den in diesem Spannungsfeld auftretenden Unzulänglichkeiten versuchen die Lebensmittelkontrolleure zunächst mit erhöhtem Beratungsaufwand dann aber ggf. auch mit Hilfe von Verwaltungsverfahren zu begegnen.

Durch die 2005 in Kraft getretene Konzessionsbefreiung (Gaststättenrecht) für Betriebe, die ausschließlich Lebensmittel zum Verzehr und/oder alkoholfreie Getränke anbieten, wird diese Arbeit nicht erleichtert. Wo früher vor Errichtung oder Eröffnung eines Betriebes hygiene-relevante Auflagen insbesondere baulicher Art im Rahmen des Konzessionsverfahrens eingebracht werden konnten, müssen diese jetzt im Nachhinein und mit einem erhöhten Kostenaufwand für Betreiber und Verwaltung durchgesetzt werden.

- 47 -

#### Die Lebensmittelkontrolleure

- überwachen routinemäßig und anlassbezogen
- die Hygiene beim Umgang sowie bei der Zubereitung und Aufbewahrung von Lebensmitteln,
- die Qualitätsstandards angebotener Lebensmittel und Bedarfsgegenstände,



- die Einhaltung baulicher Anforderungen und Zustände, die sich aus den Hygienevorschriften ergeben und einen unmittelbaren Einfluss auf die Hygiene von Lebensmitteln haben
- nehmen Plan-, Verdachts-, Verfolgs- und Beschwerdeproben und verfolgen in diesem Zusammenhang festgestellte Mängel.

Die für 2006 gesetzten Ziele konnten wegen der erheblichen Belastung durch Streikteilnahmen und Ausfallzeiten wegen z.T. längerfristiger Erkrankungen nicht in vollem Umfang erbracht werden.

Einem hamburgweiten Trend entsprechend stagniert auch in Bergedorf der Auslastungsgrad der Wochenmarktplächen auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Als Serviceleistung der Verwaltung wird im Auftrag der Wochenmarktbesucher seit November 2006 ein „freiwilliger Werbeeuro“ pro Markttag und Marktbesucher erhoben und für Werbezwecke verwaltet. Die Dienststelle regte in diesem Zusammenhang Werbemaßnahmen an und stellt ein Bindeglied zum Projekt „Aus der Region für die Region“ dar.

### **Ziele für 2007**

- Umsetzung einer neuen Bundesgesetzgebung und darauf basierender Durchführungsvorschriften sowie der noch im Laufe des Jahres 2005 zu erwartenden Vorschriften zur Lebensmittelhygiene
- Herstellung der Funktionsfähigkeit des Qualitätsmanagementsystems (QMS-HALLO) und Einbindung in den Verwaltungsvollzug der Fachdienststelle
- Beschleunigung der Aufnahme einer bundesweit abgestimmten Risikobewertung für Lebensmittelbetriebe im IT-Verfahren HAMLET
- Erarbeitung eines Strategiepapieres für die Attraktivitätssteigerung der Wochenmärkte



<b>Verbraucherschutz</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Gewerbebetriebe insgesamt			
Davon	8.540	8.877	9.319
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	1.147	1.567	1.718
mobile Lebensmittelbetriebe (aus Anlass von Veranstaltungen)	732	692	538
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	3.945	4.184	3.388
Probenentnahmen	637	558	468
Davon Beanstandungen ( <u>neue Zahl</u> )			72
Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel-Kontrollbehörden	43	55	67
Zahl der <u>Lebensmittel</u> betriebe	936	1.333	1.563
hiervon kontrollierte Betriebe	878	1.134	840
Ambulanter Handel mit Lebensmitteln – Anzahl der überwachungspflichtigen Stände auf Wochenmärkten und Veranstaltungen	1.165	955	1.113
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	17	17	16
davon kontrolliert	15	17	16

<b>Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Gesamtzahl der Wochenmärkte	315	310	304
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	18.738	15.428	14.022
<b>Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten</b>			<b>Aus-</b>
	<b>Auslast. in %</b>	<b>Auslast. in %</b>	<b>in %</b>
Di / Bergedorf 708	80	77	75
Mi / Lohbrügge 590	81	83	86
Do / Bergedorf West 333	98	89	91
Fr / Bergedorf 708	95	85	86
Sa / Lohbrügge 590	100	90	91
Sa / Fleetplatz 244	64	54	46
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]	86	80	79



## **Fachdienst Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten**

### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Der Fachdienst ist zuständig für Gewerbeanzeigen und Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Entzug derartiger Erlaubnisse und Ordnungswidrigkeitenverfahren. Außerdem ist er zuständig für die Umsetzung des Hundegesetzes.

Die Abteilung tritt als Veranstalter für die 5 alljährlich wiederkehrenden bezirklichen Volksfeste und das alle 2 Jahre stattfindende Stadtfest auf.

Der Fachdienst war und ist mit einer erheblichen Ressourcenbindung in die Erstellung des neuen Hundegesetzes sowie in die nachfolgende Entwicklung von Verfahren für die Umsetzung eingebunden. So waren 2006 insgesamt 43 Besprechungstermine außerhalb des Bezirksamtes im Zusammenhang mit dem Hundegesetz wahrzunehmen. Rückläufige Vorgangszahlen erklären sich z.T. auch dadurch. Die Termine bezogen sich originär auf die einheitliche Interpretation und Umsetzung des Hundegesetzes, die dafür notwendige Erarbeitung von Vordrucken, Vorgaben für das Hunderegister sowie die Entwicklung von Bußgeldhöhen für den Bußgeldkatalog.

Mit In-Kraft-Treten des Hundegesetzes war ein hoher Bedarf an Beratung zu leisten, sowohl bei Hundehaltern als bei Nicht-Hundehaltern. Auch jetzt noch besteht nach jeder Presseveröffentlichung zum Hundegesetz eine rege Nachfrage zu den Vorschriften. Die Anzahl der Anmeldungen blieb weit hinter der eigentlich erwarteten zurück; ein deutlicher Anstieg war erst die letzten 2 Wochen des Jahres zu verzeichnen. Bis zum Jahresende waren erst ca. 50% der in Bergedorf steuerlich registrierten Hunde angemeldet. Ein Großteil der notwendigen Anmeldungen verlagert sich damit entgegen der Prognosen (und darauf gestützten Personalplanung) ins Jahr 2007.

Die Polizei ermittelte weiterhin verstärkt im Bereich des Jugendschutzgesetzes und stellte dabei diverse Verstöße fest. Wesentliche Tatbestände sind hier der Verkauf von Alkoholika an Jugendliche sowie Internetcafés, die teilweise Jugendlichen den Zugriff auf Internet-Spiele für Erwachsene ermöglichen. Die sich anschließenden Ordnungswidrigkeitenverfahren betreffen sowohl VS 1 als auch VS 2.

Verstärkt wurden 2006 Kontrollen in Spielhallen durchgeführt und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen Spielhallenbetreiber durchgesetzt; diverse Gerätearten waren unzulässig. Außerdem leistete das Verbraucherschutzamt der Finanzbehörde Amtshilfe bei der Stilllegung illegaler Wettannahmestellen.

Problematisch stellt sich auch dar, dass nach der EU-Osterweiterung Arbeitnehmer weiterhin für die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses eine Arbeiterlaubnis benötigen. Dies wird umgangen, indem Gewerbeanmeldungen vorgenommen werden, um eine Selbständigkeit vorzutäuschen. Der Nachweis dieser Scheinselbständigkeit gestaltet sich sehr oft schwierig, zumal die „Gewerbe“-anschriften sich derart schnell ändern, dass Maßnahmen gegen derartige Gewerbebetreibende nicht durchsetzbar sind. Als Beispiel sei genannt, dass in einer Wohnung zeitweise und häufig wechselnd bis zu 19 Gewerbebetreibende ihren Betriebssitz hatten; bei derartigen Auffälligkeiten informiert das Verbraucherschutzamt regelmäßig die Zentralstelle für Schwarzarbeit.



<b>Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	28	18	33
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind (bei einer Anzahl von ca. 130 Außennutzungen)	2	4	1
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren:	276	255	177
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	48	41	41
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	188	170	113 <sup>1</sup>
Zahl der Gewerbean-, -um und -abmeldungen	2.549	2.337	2.566
Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	57	36	52
Bearbeitete Anträge nach §§ 7, 8 und 9 HWO (Die Zuständigkeit wurde Mitte 2005 auf die Handwerkskammer verlagert)	33	18	-----
Spielhallenstandorte	18	17	18
Spielhallen	23	23	24
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	186	202	266 <sup>2</sup>
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz (ab 2005 Zahl der Bescheide statt Anzahl der Stände)	104	61	76
Ausnahmen von der Sperrzeit	7	10	7

<sup>1</sup> Änderung des Gaststättenrechtes Mitte 2006 (Verkauf von Speisen und alkoholfreien Getränken konzessionsfrei)

<sup>2</sup> Durch die Änderung der Spielverordnung ist ab 2006 die zulässige Höchstzahl der Spielgeräte pro Spielhalle von 10 auf 12 gestiegen

<b>Weitere Arbeitsbereiche</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Vorgänge nach Hundeverordnung, in denen Handeln von VS gefordert war; davon hat VS	66	74	80*
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	20	12	20
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	3	6	3
Tötung oder Sicherstellung veranlasst	4	4	4
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	24	21	21
Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	132	142	79
Ausstellung von Fischereischein	275	271	220

\* Da Rottweiler ab 01.04.2006 als widerlegbar gefährliche Hunde gelten, gab es vermehrt Verfahren zur Freistellung von den Vorschriften für gefährliche Hunde.



## Fachdienst Veterinärwesen / Lebensmittelsicherheit

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	0,8 <sup>1</sup>	1,0	1,0

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Allgemein war 2006 für den Arbeitsbereich Veterinärwesen/Lebensmittelsicherheit abermals von personellen und organisatorischen Veränderungen geprägt. Im Rahmen der bestehenden Kooperation mit dem Bezirksamt Harburg wurden die Aufgaben bezirksübergreifend wahrgenommen. Die zweite Amtstierarzt-Stelle in Harburg war - wie in den Jahren zuvor - auch 2006 nicht besetzt. In beiden Bezirken führte dieser Umstand dazu, dass die anstehenden Aufgaben nur mit einer äußerst engen Prioritätensetzung zu bewältigen waren; alte Rückstände konnten dadurch nicht abgebaut und das Entstehen neuer, erheblicher Rückstände nicht verhindert werden. Diese Mangelbesetzung lieferte einen wesentlichen Beitrag zum Auftreten von Problemen in der Zusammenarbeit und schließlich zur Auflösung der Kooperation am Jahresende. Mit dem Auslaufen der Regelung über die Vertretungsverbände zwischen den Bezirksamtern und der Besetzung der zweiten Tierarztstelle in Harburg stellte Harburg zusätzlich den Vertretungsverbund mit Bergedorf ein, so dass auch hier eine Neuordnung der Verhältnisse in 2007 erforderlich ist.

### Tierseuchenbekämpfung

Das Jahr 2006 war geprägt durch die Gefahr des Ausbruches der Aviären Influenza (Geflügelpest). Neben den bereits oben beschriebenen umfangreichen Koordinierungs- und Planungsaufgaben waren Vollzugs- und Beratungsaufgaben erheblichen Umfangs durch den Veterinär zu bewältigen.

In 2006 gab es mehrere Ausbrüche der „Amerikanischen Faulbrut“ bei Bienen. Die Bienen-seuchenverordnung schreibt umfangreiche amtliche Tätigkeiten vor, unter anderem sind Sperrgebiete auszuweisen. Hiervon waren weite Teile des Bezirksamtsgebietes betroffen. Eine Aufhebung aller bestehenden Sperrgebiete konnte noch im Jahr 2006 vorgenommen werden.

Der Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Deutschland 2006 führte zu einem zusätzlichen erheblichen Mehraufwand im Fachgebiet Tierseuchenbekämpfung. Die Ausweisung einer 150 km Restriktionszone betraf ab Nov. 2006 auch den Bezirk Bergedorf. Neben der oben bereits erwähnten Aufbereitung und Weiterleitung von Informationen an die Viehalter und Tiertransporteure waren zusätzliche konkrete Vollzugsaufgaben wahrzunehmen. Ein vom Bund und EU gefordertes Monitoringprogramm muss vorbereitet und umgesetzt werden.

Durch die oben beschriebenen Mehrbelastungen 2006 konnte das in 2002 begonnene Verfahren zur Bekämpfung einer Herpesvirusinfektion der Rinder (IBR), in das je nach Betriebsart und Seuchenstatus nahezu alle Rinderbestände einbezogen sind, nur bedingt fortgeführt werden. Diese Tätigkeit erfordert umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in den Rinderbeständen (u.a. Untersuchungen, Impfungen, diverse Datenabgleiche, Entschädigungen sowie umfangreiche Beratungsleistungen der Viehalter).

Weitere Tierseuchen (z.B. Bovine Virus Diarrhöe oder Paratuberkulose bei Rindern) sollen zukünftig durch Maßnahmen bekämpft werden, die im Rahmen des Vollzugs geplanter Gesetze durch den Amtstierarzt auszuführen bzw. von den betroffenen Tierhaltern einzufordern sind.

<sup>1</sup> Berücksichtigt unbesetzte Veterinärstelle über 2 Monate (August, September) = rd. 0,2 Anteile



	2004	2005	2006
Anzahl der Tierseuchen- und Tierseuchenverdachtsfälle	180	156	298
Anzahl der Kontrollen (incl. prophylaktischer Kontrollen von Tieren und Waren tierischer Herkunft)	1.990	1.900	600*

\* Reduzierung durch EU-Osterweiterung

### Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Umfassende Gesetzesreformen traten in 2006 in Kraft und sind umzusetzen (Gültigkeit des neuen EU Hygiene Paketes ab 1.1.2006); weitere Neuregelungen sind in Vorbereitung und noch für das Jahr 2007 zu erwarten.

	2004	2005	2006
Anzahl der zu überwachenden Lebensmittelbetriebe (siehe auch VS1)	700	1.567 <sup>1</sup>	1.718

### Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraustellungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Darüber hinaus wird Bürgerbeschwerden über Tierhaltungen nachgegangen. Festzuhalten ist ein nach wie vor zunehmendes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung.

	2004	2005	2006
Anzahl der durchgeführten Tierschutzkontrollen	155	150	137
Anzahl der Begutachtungen und Beurteilungen gefährlicher Tiere	85	74	80

### Ziele für 2007

- Abarbeitung der Rückstände aus 2006 und früheren Jahren
- Umsetzung des neuen EU-Hygiene-Paketes
- Bewältigung des Mehraufwandes zur Reduzierung der Gefahr der Einschleppung der aviären Influenza (Vogelgrippe) und der Blauzungenerkrankung
- Herstellung neuer Vertretungsverbände
- Aufbau einer neuen Statistik zur Belieferung des überbezirklichen Benchmarking für den Arbeitsbereich Veterinärwesen

<sup>1</sup> Die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung lebensmittelrechtlicher und weinrechtlicher Vorschriften fordert eine fachliche Begleitung der gesamten Lebensmittelkontrolle (Lebensmittel tierischen und nicht tierischen Ursprungs) durch wissenschaftlich ausgebildetes Personal. Daher wird die Gesamtzahl der zu überwachenden Betriebe aus VS1 übernommen.



### Fachdienst Umweltschutz (VS 4)

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	3	3 <sup>1</sup>	3

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Im Hinblick darauf liegen die Schwerpunkte der Tätigkeiten in den Bereichen technischer und gesundheitlicher Umweltschutz. Die Aufgaben können wie folgt umrissen werden:

- hoheitliche Aufgaben
- koordinierende Aufgaben innerhalb des Bezirksamtes sowie gutachterliche Tätigkeiten für andere Dienststellen des Bezirksamtes
- allgemeine Beratung und Information der Öffentlichkeit sowie einzelfallbezogene Beratung von z.B. Bürgern, Bauwilligen, Anlagenbetreibern und Architekten.
- Mitwirkung in der Bauleitplanung und im Baugenehmigungsverfahren.

Nach der TrinkwasserVO ist eine routinemäßigen Überprüfung von Trinkwasserversorgungsanlagen (auch Hausinstallationen), aus denen Wasser für die „Öffentlichkeit“ abgegeben wird, gefordert. Durch die Verknüpfung der Begehungen von Altenheimen, Krankenhäusern, Kindertagesstätten, REHA-Praxen usw. mit den Überprüfungen der Hausinstallationen konnte die Jahre zuvor ein deutlich höheres Maß an Beprobungen erfolgen als vorgegeben. Dieses Maß war im vergangenen Jahr nicht zu halten, weil das Personal durch umfangreiche Vertretungsaufgaben, hohe Einsatzzeiten im Zusammenhang mit den Badegewässern und Zusatzaufgaben im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft in Anspruch genommen wurde. Überschreitungen der untersuchten Parameter traten auch in 2006 in keinem Falle auf.

Die Badegewässer traten in 2006 mit einem für Bergedorf völlig neuen Problem in Erscheinung: Cercarien – eine Saugwurmlarve, die sich normalerweise als Endwirt Wasservogel sucht, jedoch den Menschen auch als Fehlwirt befallen kann. Die Folge: es entstehen unangenehm juckende, rote Quaddeln an den befallenen Hautstellen – bekannt auch als „Badermatitis“. Neben den normalen, alljährlich notwendigen Sperrungen wegen Algen und Keimbelastungen, stellten die Cercarien eine Ursache für weitere Sperrungen dar, die zudem ein außerordentlich großes Interesse der Medien auslöste.

<sup>1</sup> Die Abteilungsleitung ist hierin nur noch mit 0,2 Stellenanteilen berücksichtigt



### Ziele für 2007

- Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie
- eine Ausweitung der Organisation von und der Teilnahme an Informationsveranstaltungen.

	2004	2005	2006
Anzahl der Überwachungsvorgänge	389	395	451
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BimSchG	31	5	6
Anzahl der Beratungen	1.157	839	717
Anzahl der Beratungen pro 1.000 Einwohner	10,0	7,2	6,1
Anzahl der Veröffentlichungen (Presseartikel, Faltblätter und Broschüren)	3	4	6
Anzahl der Informationsveranstaltungen	5	5	5
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	88	124	135
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	5	7	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	19	34	16



### 3. **BAUDEZERNAT**

Leitung: Arne Dornquast (kommissarisch), Tel. 42891-2055

		2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen		126,75	127,75	131,38
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	<b>Soll</b>	152.438	126.065	118.448
Ausgaben	<b>Ist</b>	127.638	108.588	104.961
übertragbarer Rest		24.800 <sup>1</sup>	17.477	13.487
betreute Fachausschüsse		Stadtplanungsausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, sowie gelegentlich für Sport und Kultur		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung		105	99	106
Einnahmen insgesamt in €				
	<b>Soll</b>	2.524.759	2.638.528	4.654.453
	<b>Ist</b>	2.283.825	2.611.627	4.256.634
Ausgaben insgesamt	<b>Ist</b>	13.078.356	14.161.873	12.164.557

Das Bauamt hat auch in 2006 wieder wesentliche und entscheidende Beiträge zur Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung geleistet und wird weiterhin neue und für Bergedorf wichtige Entwicklungen fördern, begleiten und für ihre Realisierung die unerlässlichen öffentlich-rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Dies bedeutet, dass räumliche Organisationsvorstellungen entworfen und Planrecht geschaffen oder verändert werden müssen. Dies bedeutet auch, dass Projektentwickler, Investoren und Nutzer akquiriert, beraten und begleitet werden müssen. Bauherren müssen beraten und ihre Anträge möglichst kurzfristig beschieden werden. Auch muss vorhandene Infrastruktur unterhalten oder zusätzlich erforderliche geschaffen werden.

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Rückblickend war das Jahr 2006 für das Baudezernat durch folgende Schwerpunktaufgaben gekennzeichnet:

1. Seit Februar 2006 ist den Bezirken der ehemalige Städtische Ordnungsdienst übertragen worden. Der jetzt Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) leistet einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit und der Ordnung in der bezirklichen Öffentlichkeit. Durch ihre Präsenz vor Ort tragen die uniformierten BOD-Mitarbeiter nicht nur zu einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung bei, sondern setzen auch direkt und unmittelbar das geltende Recht zum Beispiel in öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen durch. Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten erstreckt sich dabei nicht nur auf Halter nicht registrierter oder nicht angeleinter Hunde, sondern richtet sich auch gegen Vermüllung und unerlaubtes Zelten auch in Naturschutzgebieten. Der BOD in Bergedorf verfügt über 7 Stellen im Außendienst und eine Stelle im Innendienst.

<sup>1</sup> Hohe Restebildung im Hinblick auf den Neubau der Garten- und Tiefbauabteilung am Kampweg und damit verbundene Aufwendungen



2. Die Einführung der neuen Hamburgischen Bauordnung zum 01.04.2006 hat tiefgreifende Änderungen im Verhältnis zwischen Bauaufsichtsbehörde und ihren Kunden einerseits und für die Rolle der Bauprüfer im Zusammenspiel der behördlichen Beteiligten andererseits mit sich gebracht. So wurde im Rahmen der Straffung der Verfahren für einfache Bauvorhaben die Verantwortung der Bauherrenseite erheblich gesteigert. In den komplexen Genehmigungsverfahren dagegen nehmen die Bauprüfer jetzt die Rolle eines Verfahrensmanagers mit weit reichender Entscheidungskompetenz wahr. Diese neue Rollenverteilung war mit erheblichem Schulungsaufwand für alle Bediensteten der Bauprüfdienststellen verbunden. Im Ergebnis hat sich der Aufwand sowohl für die Antragsteller als auch für die Verwaltung gelohnt, haben sich doch die Verfahrenslaufzeiten grundsätzlich verkürzt, ohne die von den Antragstellern eingeforderte Qualität und Verlässlichkeit der behördlichen Prüfung einzuschränken. Beispielhaft seien hier nur die Prüfung der Projekte „Logistikzentrum Hennes und Mauritz“ (1000 Arbeitsplätze), das „FUNDUS-Fachmarktzentrum“ mit Moschee an der Bergedorfer Straße sowie die Altenpflegeeinrichtung im ehemaligen AK Bergedorf genannt.
3. Im Zuge der sogenannten „Entflechtung von Durchführungsaufgaben“ sind in erheblichem Umfang Kompetenzen von den Hamburgischen Landesbehörden auf die Bezirke und hier insbesondere auf das Bauamt übertragen worden. So ging - mit Wirkung zum 01.10.2006 - nicht nur die Verantwortung für die Erstellung von Bebauungsplänen weitestgehend auf die Bezirke über, sondern auch zwei Hauptverkehrsstraßen (Lohbrügger Landstraße; Billwerder Billdeich) sowie weitreichende Aufgaben der Verwaltung von Gewässern liegen nunmehr in der Zuständigkeit des Bezirksamtes Bergedorf. Außerdem ist die Revierförsterei Bergedorf jetzt dem Bezirksamt Bergedorf unterstellt.
4. Anfang 2006 hat die Garten- und Tiefbauabteilung ihr gemeinsames Quartier auf dem Gelände des Bauhofs am Kampweg bezogen. Damit wurde ein zwei Jahre währender Prozess der Reorganisation auch räumlich abgeschlossen. Auf dem Gelände sind damit (ohne das am Friedhof verbliebene Friedhofsrevier) 90 Beschäftigte untergebracht.
5. Die Arbeit des Bauamtes wurde in 2006 auch durch die Auswirkungen des Streiks im öffentlichen Dienst bestimmt. Die Hauptlast des mehr als drei Monate andauernden Ausstands wurde von Bediensteten des Bauamtes getragen, einerseits „auf der Straße“, andererseits aber auch von den nicht aktiv am Streik Beteiligten, die den Dienstbetrieb während dieser mehr als 100 Tage aufrecht erhalten mussten. Die Abarbeitung der Streikfolgen hielt das ganze Jahr über an.



### 3.1 Verwaltungsabteilung

Leitung: Martina Cornils, Tel. 42891-2051

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Die Verwaltungsabteilung war 2006 – neben der Wahrnehmung „klassischer“ Aufgaben wie z.B. Verwaltung des Sachmittelbudgets, Beschaffungen, Submissionsstelle für das Bauamt – wieder vordringlich mit Geschäftsführungsaufgaben für bauamtsbezogene Reorganisationsprozesse und bezirksamtsübergreifende Arbeitskreise sowie der Erhebung und Koordination statistischer Daten befasst.

	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote	48	51	45
davon öffentliche Ausschreibungen		11	9
davon beschränkte Ausschreibungen		40	36

### 3.2 Planungsabteilung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891-2055

		<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Beschäftigungsvolumen		11,14	11,3	10,76
Einnahmen in €	Soll	1.000	1.000	1.000
	Ist	885	1.098	1.253
Ausgaben in €		218.894	223.024	158.902
Anzahl der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne <sup>1)</sup>		23	24	18
Größe der im Verfahren befindlichen Bebauungspläne in ha <sup>1)</sup>		750,9	756,3	283,1
Anzahl der Bebauungspläne, für die frühzeitige Bürgerbeteiligungen durchgeführt wurden		2	2	4

1) Stichtag 31.12.; erfasst werden Bebauungspläne, für die Grobabstimmungen durchgeführt wurden oder vorbereitet werden

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Aufgabe der Planungsabteilung ist, die städtebauliche Entwicklung und Ordnung und die Entwicklung von Natur und Landschaft im Bezirksamtsbereich durch Planung zu leiten sowie die bezirklichen Interessen bei Planungen Dritter zu vertreten.



### 3.2.1 Vorbereitende städtebauliche Planung

#### Entwicklung von Wohnbauflächen

Der Bezirk Bergedorf verfügt über ein vielfältiges Angebot an Wohnbauflächen. Dies ist das Ergebnis der Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms, mit dem ständig ein Potenzial von ca. 2.000 Wohneinheiten vorgehalten werden soll. Bergedorf verfügt derzeit über insgesamt 18 mögliche Wohnbauflächen, die zusammen etwas über 1.900 Wohneinheiten umfassen. Hinzu kommen weitere Verdichtungsmöglichkeiten in schon bebauten Bereichen. Nach derzeitigem Stand ist davon auszugehen, dass diese Potenzialflächen spätestens im Jahr 2010 baureif sind.

2006 wurden Vorarbeiten vor allem für die Entwicklung folgender Wohnbauflächen geleistet:

- Dorfanger Boberg (Fläche hinter Blumenhof Kehr)
- Güterbahnhofsgelände
- Gelände des ehem. AK Bergedorf
- Marie-Henning-Weg
- Mittlerer Landweg

Nach wie vor problematisch stellt sich die Entwicklung weiterer Wohnbauflächen nördlich des Reinbeker Redder im Bereich Hirtenland und östlich der Kleingartenanlage Haempton aufgrund schwieriger Eigentumsverhältnisse dar.

In der Realisierung befinden sich die Wohnbebauung am Bille-Bad, Flächen in Kirchwerder und Fünfhausen sowie die restlichen freien Flächen am Dorfanger Boberg.

#### Entwicklung von gewerblichen Bauflächen

In den nächsten Jahren werden in Bergedorf gewerbliche Bauflächen in einer Größenordnung von über 60 ha entwickelt. Bergedorf ist damit neben Harburg der Bezirk mit den größten gewerblichen Bauflächenreserven.

Im Vordergrund stehen dabei die Planungen für die Bereiche Mittlerer Landweg, Brennerhof, Südlich Rothenhauschaussee und Südlich Brookdeich.

Auf Initiative der Bezirksversammlung wurde 2006 eine Änderung der Planungskonzeption für den Bereich Mittlerer Landweg durchgeführt. Ein Teil der für gewerbliche Bauflächen vorgesehenen Bereiche wurde zu einem Wohngebiet umgeplant, um die Beeinträchtigungen für die heutigen Bewohner möglichst gering zu halten. Als Kompensation dafür sollen am Brennerhof und Südlich Rothenhauschaussee Gewerbegebiete ausgewiesen werden.

Für die Bereiche Brennerhof und Mittlerer Landweg wurden die Vorplanungen so weit vorangetrieben, dass die Bebauungsplanverfahren noch 2006 eingeleitet werden konnten.

Für das Gebiet Südlich Rothenhauschaussee konnten im zweiten Halbjahr 2006 keine Planungsfortschritte erzielt werden, da die Finanzbehörde die Klärung über die Verlagerung der vorhandenen Gasleitungen nicht voranbringen konnte.

Ebenfalls im zweiten Halbjahr wurden zusammen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt die Voraussetzungen für die Einleitung der Planungen für das Gebiet Südlich Brookdeich geklärt. 2007 wird zunächst eine Voruntersuchung seitens des Bezirksamtes in die Wege geleitet.



### Flächenkonversion

Auch im Bereich der sog. Flächenkonversion wurden im Jahre 2006 entscheidende Fortschritte erzielt.

Die Planungen für das Güterbahnhofsgelände konnten soweit vorangebracht werden, dass bereits die ersten Schritte im Bebauungsplanverfahren zurückgelegt wurden.

Am Gojenbergsweg konnten die Wohnbauplanungen auf dem Gelände des AK Bergedorf ebenfalls bis zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens vorbereitet werden.

Für den ehemaligen Hubschrauberlandeplatz konnte wider Erwarten noch kein Durchbruch für die Vergabe des Grundstücks an zwei Nutzer erzielt werden. Die Aussichten, dass dies Anfang 2007 erfolgen kann, sind allerdings günstig.

### Schleusengraben

Nach den positiven Ergebnissen, die der Workshop im Jahr 2005 mit sich gebracht hat, wurde 2006 vor allem eine Senatsdrucksache vorbereitet. Ziel war es, die grundsätzliche Zustimmung des Senates dafür einzuholen, dass das Workshopkonzept von den Behörden weiter geprüft und detaillierter ausgearbeitet werden kann. In diesem Zusammenhang sind viele grundsätzliche Fragen zu klären.

Eine erste grobe schalltechnische Untersuchung hatte das Ergebnis, dass die Nachbarschaft zwischen dem Gewerbe und den gemischt genutzten Grachtenhäusern am Schleusengraben unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich funktionieren kann.

Ein Abstimmungstermin mit professionellen Gewerbegebietsentwicklern zeigte, dass in der Branche grundsätzlich noch eine gewisse Skepsis im Hinblick auf die Realisierungschancen des Konzeptes vorhanden ist.

Nach Beschluss des Senats wird es zu den wesentlichen Aufgaben gehören, die Vermarktungs- und Realisierungschancen des Konzeptes zu untersuchen und ein Konzept zur Umsetzung zusammen mit den Eigentümern zu entwickeln.

### Interkommunales Forum zur Einzelhandelsabstimmung

2006 wurden im Rahmen dieses beispielhaften Projektes für die Metropolregion entscheidende Fortschritte erzielt, so dass das Forum jetzt wie geplant arbeiten kann. Neben der Durchführung der Grundlagenerhebung wurden die Verfahrensspielregeln und die Beurteilungskriterien mit den anderen Kooperationspartnern abgestimmt.

Ebenso wurden die ersten Vorhaben, darunter die geplante Verlagerung und Erweiterung eines Baumarktes in Bergedorf, bereits eingebracht und einvernehmlich abgestimmt.

## **3.2.2 Projektentwicklung, Projektsteuerung – Koordination für große Städtebauprojekte**

### Zentrumserweiterung und ZOB-Umgestaltung Bergedorf

Die Koordinatorin hat auch 2006 die Planungen für den neuen ZOB und die Verkaufsflächen südlich und nördlich der B 5 begleitet und unterstützt. Tätigkeitsschwerpunkt war, an einer Vielzahl von Abstimmungsgesprächen mit den Fachbehörden, dem Investor und der VHH teilzunehmen, um eine zügige und qualitativ hochwertige Realisierung zu sichern. Weiterhin war die Aufgabe, den Sonderausschuss ZOB mit allen relevanten Planungen und Erkenntnissen aus dem Projekt zu befassen.

Die Planungen für das Fachmarktzentrum konnten soweit vorangetrieben werden, dass die Voraussetzungen für einen Baubeginn im Herbst 2006 –wie geplant- gegeben waren. Der Investor geht davon aus, dass die Eröffnung Anfang 2008 stattfindet.

Die Planungen für den ZOB haben ebenfalls entscheidende Fortschritte gemacht, so dass Anfang 2007 eine Baugenehmigung in Aussicht ist und voraussichtlich Mitte 2007 der Baubeginn erfolgt.

2006 wurde weiterhin der freiraumplanerische Wettbewerb für das Bahnhofsumfeld und die unmittelbar angrenzenden Freiflächen in zwei Schritten durchgeführt. Der Bezirk hat diesen in der Vorprüfung und im Preisgericht begleitet.



### Aufwertungsmaßnahmen für den Standort Bergedorf

Die Koordinatorin ist an vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung der City beteiligt. Innerhalb des Bezirksamtes ist sie Themenbeauftragte für diesen Bereich. Ein Schwerpunkt des City-Managements in 2006 ist die Begleitung des Business Improvement Districts (BID) Sachsen- und südliche Alte Holstenstraße.

Weiterhin wurde die Hamburger Architekturolympiade 2006 zu den Glunzflächen am Mohnhof begleitet. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Planungsverfahren Alte Holstenstraße – befahrbarer Bereich- das Anfang 2007 zum Abschluss gebracht werden soll.

### Bauvorhaben Neuallermöhe

Die Kunstjury des Kommunikations- und Kunstvereins zu dem Projekt „Kunst im öffentlichen Raum“ wird von der Koordinatorin als Jurymitglied begleitet.

Um in Neuallermöhe weitere verdichtete Einfamilienhäuser als Eigentumsmaßnahmen anbieten zu können, wurde für den Marie-Henning-Weg die Erarbeitung eines Funktionsplanes in Auftrag gegeben.

### Neubaugebiet Dorfanger Boberg

Die Umsetzung der Bebauung des westlichen Teilbereichs wurde durch die Koordinatorin weiterhin begleitet.

## 3.2.3 Bebauungsplanung

Im Jahr 2006 wurden zwei Schwerpunkte verfolgt: Erstens sollte die Vorweggenehmigungsreife für das Fachmarktzentrum am Schleusengraben südlich der B 5 geschaffen werden (Bebauungsplanverfahren Bergedorf 97). Dies gelang nach Übergang der Verfahrenszuständigkeit von der BSU auf den Bezirk und einem großen Kraftakt bereits im Oktober und somit noch vor dem ursprünglich vorgesehenen Termin. Zweitens mussten im Hinblick auf das Europarechtsanpassungsgesetz-Bau eine große Anzahl von Bebauungsplanverfahren, die ohne Umweltprüfung eingeleitet wurden, festgestellt und abgeschlossen werden. Dies gelang mit einer Ausnahme: Infolge geänderter politischer Zielvorstellungen muss der Bebauungsplanentwurf Neuengamme 8 größtenteils neu konzipiert und das Verfahren entsprechend wiederholt werden. Im Übrigen aber wurde die Rekordzahl von zehn Bebauungsplänen festgestellt (Bebauungspläne Allermöhe 27, Altengamme 8 und 9, Curslack 16 und 17, Kirchwerder 17, 20, 21 und 22, Neuengamme 9).

Folgende sieben Planverfahren wurden eingeleitet: Allermöhe 29, Bergedorf 16, Bergedorf 98, Billwerder 28, Kirchwerder 27, Moorfleet 16, Neuengamme 12 (neue Einleitung wegen neuer politischer Ziele). Auch diese Zahl bedeutet ein Rekord, zumindest für die letzten 12 Jahre, für die Daten vorliegen.

Folgende vier Plandiskussionen wurden durchgeführt: Allermöhe 28, Bergedorf 16, Bergedorf 98 und Neuengamme 12.

Mit den Trägern öffentliche Belange wurden folgende Bebauungsplanentwürfe gemäß 3 4 BauGB abgestimmt: Bergedorf 94 und 97.

Folgende zwei öffentliche Auslegungen wurden durchgeführt: Bergedorf 94 und 97.

Weitere wichtige Themen waren die Beschäftigung mit den Normenkontrollklagen Bergedorf 82 und Curslack 16. Außerdem wurden Veränderungssperren für Kirchwerder 28 und Neuengamme 8 erarbeitet und das Thema „Kleingärten“ im Raum Kirchwerder bearbeitet.



Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Zurückstellungen von Baugesuchen, Diskussionen über Veränderungssperren
- Erarbeitung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Initiierung und Vorbereitung eines Architekturpreises Bergedorf / Vier- und Marschlande

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches Planungsrecht für den Bezirk zu schaffen, deutlich näher gekommen. Dies gilt insbesondere für die Vier- und Marschlande, wo nunmehr in weiten Teilen die besondere städtebauliche und landschaftliche Eigenart gesteuert bzw. bewahrt werden kann.

### **3.2.4 Städtebauliche Bauberatung, städtebauliche Stellungnahmen, Baukommission, Abwägungen nach § 125 Absatz 2 BauGB**

Anfang des Jahres war der Abschnitt stark vom Streik betroffen.

Städtebauliche Auskünfte und Beratungen zu festgestellten Bebauungsplänen vor Antragsstellung werden von der Baugenehmigungsabteilung wahrgenommen. Die Planungsabteilung wurde in Einzelfällen beteiligt. Städtebauliche Auskünfte wurden aber auf besonderen Wunsch - bzw. bei direktem Einschalten durch den Antragsteller - erteilt.

Im Rahmen der Baukommission Bergedorf wurden im Jahre 2006 aus dem Antragsvolumen der Genehmigungsabteilung diverse Anträge beurteilt. Ein großer Anteil der zu beurteilenden Vorhaben liegt in Gebieten mit älterem Planungsrecht und entspricht nicht mehr der heutigen Genehmigungspraxis. Es wurden diverse Befreiungen zum Planungsrecht geprüft. Eingeschlossen sind Anträge für Sondernutzungen auf öffentlichem Grund z.B. zum Aufstellen von Warenständen, Tischen und Stühlen zur Bewirtung, Aufstellen von Stadtinformati-  
onsanlagen und Telefonstationen bzw. -häuschen.

In der Baukommission Vier- und Marschlande waren, da für den größten Teil des Gebietes der Baustufenplan von 1955 gilt, in der Regel aufwändige Einzelbeurteilungen nach §§ 34 und 35 BauGB oftmals mit eingehender Ortsbesichtigung erforderlich.

Eine sehr zeitaufwändige Aufgabe ist die Durchführung von Abwägungen für die endgültige Herstellung von Straßen, für die keine Bebauungspläne vorliegen. Die Abwägungen sind oftmals auch erforderlich für Straßen, die bereits seit Jahrzehnten dem Verkehr gewidmet sind. Infolge eines Gerichtsurteils sind umfangreiche Recherchen erforderlich. Andernfalls würde eine ordnungsgemäße Abwägung nicht stattfinden und die Kosten für die Straßenbaumaßnahmen könnten nicht auf die Anlieger übertragen werden. Eine Abwägung wurde in diesem Jahr für die Haltestelle des Metrobusses 12 Reinbeker Redder / Rudorffweg durchgeführt.

Des Weiteren wurden Stellungnahmen zu Planungen der Tiefbauabteilung wie z.B. Grundinstandsetzung Moorfleeter Kirchenweg und zu Straßen und Wegen, die öffentlich gewidmet werden sollen.



### 3.2.5 Landschaftsplanung

#### Entwicklungsplanung

Im Bereich vorbereitende Landschaftsplanung wurde der zweistufige freiraumplanerische Wettbewerb Bahnhofsvorplatz in der Vorprüfung der Wettbewerbsarbeiten und der Teilnahme an den Preisgerichtssitzungen begleitet.

Als sachverständig für das Bergedorfer Projekt war der Abschnitt im Rahmen der Vorprüfung und der Vorjury-Sitzung an der Architektur-Olympiade Hamburg 2006 beteiligt.

Die weitere betreute landschaftsplanerische Untersuchung Grüne Ufer von Dove- und Goseelbe erbrachte erste Bestandsbewertungen und Ansätze, um auch in der Gewässerlandschaft Ausgleichsflächenpotentiale festzustellen.

#### Verbindliche Landschaftsplanung

Neben der Betreuung aller laufender Huckepack-Bebauungspläne soll zum einen die Arbeit am „Pilot-Bebauungsplan“ Allermöhe 28 (Fläche für den Garten- und Landschaftsbau) hervorgehoben werden, in dem zur Förderung der kleinen Gewerbebetriebe des Garten- und Landschaftsbaus kostengünstige Flächen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Zum zweiten wurden mit hohem Zeitdruck die landschaftsplanerischen Beiträge für die Bebauungspläne Kirchwerder 21, 22 und Neuengamme 9 erarbeitet, in denen für den Naturhaushalt und das Landschaftsbild bedeutsame Festsetzungen – wie zur extensiven landwirtschaftlichen Nutzung und zum Wechsel von Bebauung und Landschaft (Landschaftskorridore/Landschaftsfenster) – getroffen wurden.

## 3.3 Genehmigungsabteilung

Leitung: Arne Dornquast, Tel. 42891 - 2055

		2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen		24,24	25,05	24,67
Einnahmen in €	Soll	745.759	852.528	2.954.453
	Ist	696.940	848.529	2.589.381
Ausgaben in €		8.462	12.849	15.655

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Das Konzept der Genehmigungsabteilung stellt darauf ab, dass alle wesentlichen zur Abwicklung eines Bauvorhabens erforderlichen Informationen, Genehmigungen und Erlaubnisse in einer Dienststelle eingeholt werden können.

Der Bezirk Bergedorf hat hierfür hamburgweit die Vorreiterrolle übernommen. Kernstück der Abteilung ist die klassische Bauprüfabteilung mit all den dazugehörigen Aufgaben.

Ergänzt wird dieses Aufgabenspektrum um hoheitliche Aufgaben, die aus der Verwaltungsabteilung der Tiefbauabteilung, dem Naturschutzreferat, der Wasserwirtschaft und dem Einwohneramt übernommen wurden. Auch die Beratung zu Fragen des Städtebaus und der Baugestaltung erfolgt in der Genehmigungsabteilung.

Die Konzentration der kundenorientierten Aufgaben des Bauamtes in der Genehmigungsabteilung hat sich insofern positiv ausgewirkt, als Probleme in einem größeren baurechtlichen Zusammenhang beurteilt werden können, was zu reibungsloseren Entscheidungen innerhalb des Bauamtes und für den Kunden zur Verkürzung von Bearbeitungszeiten geführt hat. Diese Konzentration der kundenorientierten Aufgaben wird durch die Verwaltungsreform im Jahr 2007 durch die Schaffung des Dienstleistungszentrums für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt übernommen und ausgebaut werden.



## Bauaufsicht

Die Aufgaben der Bauaufsicht bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Vollzug der städtebaulichen Planung
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung unzumutbarer Belästigungen.
- Baupflege
- Vollzug von Anforderungen, die nach anderen Rechtsvorschriften an bauliche Anlagen zu stellen sind (soweit hierfür nicht andere Behörden zuständig sind)

Für das Stadtgebiet ergeben sich folgende Fallzahlen und Einnahmen:

		2004	2005	2006
Wohnbauvorhaben		311	385	515
Anzahl genehmigter Wohnungen		106	369	310
Gewerbliche Bauvorhaben		115	108	185*
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		1.720	2.255	2.537**
Anzahl der Grundstücksteilungen		31	37	29
Anzahl der Owi-Verfahren		2	4	3
Einnahmen in €	Soll	475.296	500.614	2.247.266*
	Ist	451.086	515.128	2.625.020*

\* Hier sind auch die seit dem 01.04.2006 möglichen konzentrierten Genehmigungsverfahren enthalten. Besonders zu erwähnen sind das Fachmarktzentrum, das neue Bauhaus, das Distributionszentrum H&M und der Umbau des AK Bergedorf zur Seniorenwohnanlage.

\*\* Ohne die Vorgänge, die Wohnraumschutz und Haustechnik betreffen.

## Wohnraumschutz und Haustechnik

Die Aufgaben des Sachgebietes sind:

Verhinderung der Zweckentfremdung von Wohnraum, Erhalten gesunder Wohnverhältnisse, Überwachung haustechnischer Anlagen auf Einhaltung regelmäßiger Überprüfung durch Sachverständige.

Bescheide über die Zweckentfremdung werden erforderlich, wenn Wohnungen für andere Zwecke als zum Wohnen genutzt oder wenn Wohngebäude abgebrochen werden. Mit der Genehmigung über die Zweckentfremdung ist Ersatzwohnraum nachzuweisen oder es sind regelmäßig Ausgleichszahlungen zu leisten.

(auch für VM-Gebiet)	2004	2005	2006
Genehmigungen für die Zweckentfremdung von Wohnraum	7	6	7
Vorgänge Wohnraumschutz	115	106	88
Vorgänge Haustechnik	125	187	149*

\* Überwachung 53 ; Herstellung ordnungsgemäßer Zustände 96



## Abschnitt Umwelt

Im Abschnitt Umweltschutz der Genehmigungsabteilung sind folgende Aufgabenbereiche zusammengefasst:

- Naturschutz (Gehölzschutz, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Bauvorhaben in Landschaftsschutzgebieten und im Außenbereich, Kontrolle der Ausgleichsmaßnahmen in B-Plangebieten),
- Gewässerschutz (Bauvorhaben in und unmittelbar an Gewässern, Gewässernutzungen, Gewässerverunreinigungen.) Im Bereich des Gewässerschutzes sind Genehmigungsverfahren sowie Routinekontrollen auszuführen (z. B. Grabenschau, Einleitgenehmigungen). Bergedorf ist mit fast 12 Quadratkilometern Wasserfläche wasserreichster Bezirk außerhalb des Hafengebietes:
  - 19,7 km Gewässer 1. Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer);
  - >200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksweg, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar;
  - 1.600 km Siel- und Schaugräben;
  - weitere 1.300 km sonstiger Gräben; insgesamt etwa 3.000.000 lfd. m Gewässerstrecke!
- Grundstücksentwässerung; Regen- und Abwasserableitung bei Bauvorhaben, stichprobenartige Überprüfung von Anzeigen, anlassbezogene Überprüfung von Abwassermissständen, Festlegung von Hausanschlüssen an neu errichteten öffentlichen Sielanlagen (Erschließungsgebiete). Diese Aufgabe wurde bis auf die Durchsetzung des Siel- und Benutzerszwanges ab dem 01.10.2006 in der BSU zentralisiert.
- Überwachung von Heizölbehältern bei Kleinf Feuerungsanlagen. Gegenstand der Überwachung von Heizölbehälteranlagen im Zusammenhang mit Kleinf Feuerungsanlagen ist einerseits die Entgegennahme von Anzeigen andererseits aber auch die Kontrolle termingerechter Sachverständigenprüfungen sowie ggf. deren anlassbezogene Durchführung.

In allen Arbeitsbereichen ist die Umsetzung gesetzlich festgeschriebener Mindestanforderungen einzufordern bzw. zu überwachen.

(auch für Vm – Gebiet)	2004	2005	2006
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung	444	397	395
Sonstige naturschutz- rechtliche Verfahren	102	128	156
Anzahl wasserrechtliche Verfahren	310	535	628
Anzahl anzeigepflichtiger Anlagen nach VAWS	1.347	969	276**
Ordnungswidrigkeiten-Verfahren	16	2	5
Anzahl der Widersprüche	7	7	10
Anteil der erfolgreichen Widersprüche in %	0	0	0
Einnahmen Soll	*	94.510	100.562
Ist	*	94.883	100.521

\*Die Ermittlung der Einnahmen für 2004 ist fehlerhaft, es wurde keine Summe der Einnahmen aller Rechtsbereiche gebildet.

\*\* Die Zahl gibt Auskunft darüber, wie viele Betreiber von Anlagen in 2006 erstmalig oder wiederkehrend angeschrieben worden sind.



### Sondernutzung

Sondernutzungsbescheide werden erforderlich, wenn eine Nutzung der öffentlichen Wegeflächen gewünscht wird, die über den Gemeingebrauch hinausgeht oder zum Schutz der öffentlichen Wege bestimmte Nutzungen unterbunden werden müssen. Als Beispiele für diese Nutzungen sind zu nennen: Das Aufstellen von Informationsständen für Parteien und Vereine, Aufstellen von Baugerüsten oder Schuttcontainern, Unter- und Überbauungen des öffentlichen Grundes mit privaten Leitungen, Werbeanlagen, Balkonen etc. und das unbefugte Abstellen von Kfz auf öffentlicher Fläche.

(auch für Vm-Gebiet)		2004	2005	2006
Anzahl der Sondernutzungen		2.008	1.606	1.431
Anzahl der Ordnungswidrigkeiten-Verfahren		201	114	184*
Einnahmen in €	Soll	223.630	257.404	225.573
	Ist	199.861	238.518	249.957**

\*Der Anstieg der Ordnungswidrigkeiten ist damit zu begründen, dass Hochwasserschutz-Ordnungswidrigkeiten erstmals seit Jahren wieder verfolgt wurden.

\*\*Die hohe Ist-Zahl 2006 ist durch einen Kassenrest aus 2006 begründet, der erst in 2006 bezahlt wurde.

### 3.4 Garten- und Tiefbauabteilung

Leitung: Christine Els – Meltzer, Tel. 42891-2277

		2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen <sup>1) 2)</sup>		89,57	89,4	86,95
Einnahmen in EUR <sup>3)</sup>	Soll	1.778.000	1.785.000	1.699.000
	Ist	1.586.000	1.762.000	1.666.000
Ausgaben in EUR <sup>1)</sup>		12.851.000	13.926.000	11.990.000

1) Zum 1.1.2004 sind die Tiefbauabteilung (B/BA 5) und die Garten- und Friedhofsabteilung (B/BA 6) zur Garten- und Tiefbauabteilung verschmolzen worden. Für 2002 und 2003 sind die Daten der beiden Abteilungen addiert worden.

2) Einschl. Auszubildende, ohne Mitarbeiter externer Beschäftigungsträger (HAB, Alsterarbeit etc.)

3) Gebühren, Arbeiten für fremde Rechnungen bei Wiederherstellungen nach Sondernutzungen

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Das gesamte Jahr 2006 stand weiter unter dem Schwerpunkt des Zusammenwachsens der Garten- und Tiefbauabteilung. Ab Februar 2006 begann der Umzug des Verwaltungs- und Neubauabschnittes von der Chrysanderstraße zum Kampweg, wo jetzt die Verwaltung der gesamten Abteilung auch räumlich zusammen geführt ist.

Auch die Zusammenführung der Gartenbaureviere am Betriebsplatz Kampweg ist in 2006 erfolgt.



## Aufgaben

- Pflege und Unterhaltung der öffentlichen Grünanlagen, Spielplätze, Naturschutzgebiete, des Straßenbegleitgrüns, des öffentlichen Baumbestandes sowie der Dauerkleingartenanlagen
- Unterhaltung und Gewährleistung der Verkehrssicherheit öffentlicher Straßen, Geh- und Radwege
- Schnee- und Eisbeseitigung
- Betreiben und Unterhaltung des städtischen Friedhofs, des Gruftbetriebes und der Friedhofsverwaltung
- Pflege der zwei Ehrenfriedhöfe
- Pflege und Erhaltung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen
- Erhaltung des Abflussvermögens städtischer Gewässer und Gewährleistung stabiler Wasserstände
- Betreiben der Krapphofschleuse
- Planung und Neubau von Straßen, Grünanlagen, Spielplätzen und Gewässern
- Verkehr und Erschließung
- Bewirtschaftung des Bergedorfer Waldes durch die Revierförsterei  
Integration des bezirklichen Ordnungsdienstes ( BOD )
  - Gewährleistung von Sauberkeit und Ordnung auf öffentlichen Flächen.
  - Überwachung des Hundeplatzes
  - Überwachen des ruhenden Verkehrs, in Abstimmung mit der Polizei
  - Verfolgen von Ordnungswidrigkeiten.
- Arbeiten in Amtshilfe für Sport, Dienstgärten und Liegenschaften.
- Stellungnahmen von Bürgern und politischen Gremien

In 2006 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

- Automatisierung der Krapphofschleuse
- Entwurfplanung zur Grundinstandsetzung Wentorfer Straße
- Grundinstandsetzung des Geh- und Radweges Rothenhauschaussee mit Sondermitteln in Höhe von 350.000€
- Grundinstandsetzung im nachgeordneten Straßennetz
- Erschließung ZOB
- Neubau des Spielplatzes Katendeich
- Entwurf der Grünanlage am Kiebitzfleet und Neuallermöhe West
- Vorbereitung und Ausführung Erschließungsmaßnahmen
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West
- Planung der öffentlichen Freiflächen Zollenspieker Fährhaus

<b>Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	10 0	7 1	8 1
Anzahl ABM – Mitarbeiter über Freie Träger (Sprungbrett)	10	0	0
Anzahl Job Start – Mitarbeiter	0	1	0
Beschäftigungs- Tage straffällig gewordener Jugendlicher	125	110	28
Hamburger Arbeit Beschäftigungsprogramm -Leichtarbeitsplätze ab 01.10.02	24	24	24
ANSCHUB - zum Erfolg Schule Richard-Linde-Weg	2	2	3



Die Tätigkeit der Garten- und Tiefbauabteilung wird auch in folgenden Zahlen deutlich :

Angaben in Euro	2004	2005	2006
<b>Investitionsmittel Straße <sup>1)</sup></b>	<b>6.020.000</b>	<b>4.563.000</b>	<b>3.834.000</b>
Davon: Honorarausgaben	260.000	224.000	344.000
Erschließungsmittel	1.460.000	2.133.991	1.332.600
Neu-, Um- und Ausbau	1.060.000	216.519	338.220
Grundinstandsetzung	3.240.000	1.989.002	1.819.000
<b>Investitionsmittel Gewässer und Deiche <sup>1)</sup></b>	<b>853.000</b>	<b>1.706.670</b>	<b>1.114.000</b>
Davon: Honorarausgaben	22.000	116.670	64.245
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	350.000	665.000	1.084.877
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	481.000	925.000	30.280
<b>Investitionsmittel Grünanlagen <sup>1)</sup></b>	<b>1.002.000</b>	<b>749.000</b>	<b>640.000</b>
Davon: Honorarausgaben	5.000	0	0
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	761.900	367.555	370.354
Grundinstandsetzung	235.000	380.595	268.873

<b>Unterhaltung Straße <sup>1)</sup></b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m <sup>2</sup>	5.430.000	5.470.000	5.470.000
Aufgrabescheine	1.670	1.700	1.964
Ausgaben	1.186.000	1.376.000	1.204.663
<b>Unterhaltung Gewässer und Deiche <sup>1)</sup></b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	415
Ausgaben	1.320.000	1.475.000	1.293.000

<sup>1)</sup> Aus unterschiedlichen Titeln

<b>Unterhaltung Straßenbegleitgrün</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m <sup>2</sup>	2.840.000	2.860.000	2.860.000
Anzahl der Bäume	19.400	23.605*)	23.610
Ausgaben	233.800	226.142	265.980
<b>Unterhaltung Kleingärten</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m <sup>2</sup>	1.830.000	1.830.000	1.830.000
Anlagen	28	28	28
Ausgaben	55.000	53.825	45.000
<b>Unterhaltung von Brücken und Ingenieur-Bauwerken</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m <sup>2</sup>	43.389	43.389	43.389
Anzahl	464	464	464
Ausgaben	32.000	35.000	39.700

\*) Eine Ersterfassung der Straßenbäume wurde in 2005 durchgeführt. Bei den Zahlen von 2004 handelt es sich um Schätzungen.



<b>Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen</b>		<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Anlagenbestand				
Flächengröße m <sup>2</sup>		7.500.500	7.500.500	7.500.500
Anzahl		218	218	218
Ausgaben (Unterhaltung und Inst. aus Betriebshaushalt)		848.446	794.843	810.367
Einnahmen (Benutzungsgebühren, Schadensersatz, usw.)	Soll	24.056	16.460	11.250
	Ist	22.944	13.564	11.248

<b>Friedhof</b>		<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Bestand				
Flächengröße in m <sup>2</sup>		686.937	686.937	686.937
Investitionsausgaben		300.370	94.295	100.701
Unterhaltungsausgaben		370.753	302.610	302.256
Bestattungen				
(Erdbestattungen)		308	329	287
(Urnenbestattungen)		392	423	403
Einnahmen in	Soll	1.220.000	1.352.000	1.286.000
	Ist	1.208.000	1.257.000	1.277.000
Kostendeckungsgrad in %		92	103	103

<b>Naturschutzgebiete</b>		<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Angaben zum Bestand				
NSG : Die Reit, Kiebitzbrack, Zollenspieker Flächengröße in m <sup>2</sup>		160.000	160.000	160.000
Ausgaben für Pflege		9.700	9.800	10.300

<b>Amtshilfen <sup>1)</sup></b>		<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Ausgaben		278.000	298.000	216.000

<sup>1)</sup>Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten



## 4. JUGEND-UND SOZIALDEZERNAT

Leitung: Pia Wolters, Tel. 42891-2300

		2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen		121,61	100,58	106,51
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	<b>Soll</b>	54.491	46.287	29.115
Ausgaben	<b>Ist</b>	54.491	46.287	29.115
übertragbarer Rest		0	0	

betreute Fachausschüsse	Jugendhilfeausschuss, Fachausschuss für Gesundheit und Soziales
-------------------------	---

### 4.1 Jugendamt (Jugendhilfe)

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen <sup>1)</sup>	67,42	71,01	73,5

1) Das Beschäftigungsvolumen wird ab 2003 ermittelt.

## Übergreifende Planung und Steuerung

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Das Jahr 2006 war für die Jugendhilfe geprägt von der Umsetzung der Anforderungen durch das zum 1.10.2005 in Kraft getretene Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK). Durch den neuen § 8a SGB VIII sind Meldeverpflichtungen für alle Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe eingeführt worden. Schwerpunkt der Aufgabe des im Januar 2006 eingesetzten Koordinators für Kinderschutz war es, die Meldewege beim Verdacht einer Kindeswohlgefährdung zu prüfen, Standards zu entwickeln und eine bessere Erreichbarkeit des Jugendamtes zu ermöglichen. Mit Unterstützung der Fachbehörde ist ein Fortbildungskurs zur zertifizierten Kinderschutzfachkraft angeboten worden, an dem 25 Vertreter aus dem Bergedorfer Jugendamt und von freien Trägern der Bergedorfer Jugendhilfe teilgenommen haben.

Die beiden Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII haben auch in 2006 weiterhin zusammen getagt.

Im Zuge der Weiterentwicklung der Jugendhilfe (*Sozialräumliche Angebotsentwicklung*) haben sich die SAE-Projekte inzwischen etabliert.

Zur Verbesserung der Qualität bei notwendigen Fremdplatzierungen von Kindern und Jugendlichen außerhalb ihrer Familie und zur Entlastung des ASD wurde ein Aufnahmemanagement geschaffen und die Konzeption hierfür ergänzt.

Für alle Bereiche des Jugendamtes wurde mit erheblichem Aufwand bezirksübergreifend eine Geschäftsprozessanalyse mit der dazugehörigen Geschäftsprozessoptimierung (GPO) für eine EDV-Unterstützung erstellt.



### **Ziele für 2007**

- Durchführung des 3. Bergedorfer Kindertages am 15.06.2007
- Intensivierung der Kooperation des Jugendamtes mit den Institutionen Schule und Psychiatrie
- Ausbau des Netzwerks Kinderschutz
- Verbesserung der Auswertungsmöglichkeiten für Meldestrukturen und Meldearten bei Kindeswohlgefährdungen
- Aus- und Fortbildung für Fachkräfte für Kinderschutz
- Durchführung von Quartiersdialogen, beginnend in Neuallermöhe
- Umsetzung und Begleitung der Verwaltungsreform, die zu einer Umstrukturierung des Jugendamtes führt mit der Neuschaffung des Fachamtes für Sozialraummanagement.

### **Offene Kinder- und Jugendarbeit**

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Die Abwicklung sämtlicher Zuwendungsangelegenheiten konnten 2006 vollständig im standardisierten INEZ Verfahren erfolgen. Die in diesem Zusammenhang mit den Trägern erarbeitete Ziel- und Leistungsvereinbarung wurde weiter verfeinert, das Leistungsangebot konnte in diesem Zusammenhang ausgeweitet werden.

In 2006 wurden insgesamt 48 Zuwendungsprojekte sowie 2 Baumaßnahmenprojekte („Haus Warwisch“ und „Unser Haus“) betreut.

Die Trägerschaft für den Jugendclub in Neuallermöhe–Ost geht lt. Beschluss des Jugendhilfeausschusses auf den Träger „Frischlucht e.V.“ über.

Die Vernetzung der einzelnen Angebote konnte im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft gem. § 78 SGB VIII weiter intensiviert werden. Mitarbeiter der Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit wurden zum Thema Kinderschutz sowie dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe intensiv geschult.

Mit dem Bau des Jugendclubs in Lohbrügge wurde planmäßig begonnen.

#### **Ziele für 2007**

Im Rahmen der Verwaltungsreform wird die fachliche und zuwendungsrechtliche Zuständigkeit in das neu zu gründende Fachamt für Sozialraummanagement integriert. Hierdurch wird es ermöglicht, dass Maßnahmen zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur in Bergedorf übergreifend realisiert werden können. Diese Neugliederung wird es erforderlich machen, umfangreiche Strukturanpassungen auf der Verwaltungsebene vorzunehmen.

In 2007 muss das eingeführte Datenbanksystem INEZ ausgebaut bzw. auch für statistische Zwecke und das Berichtswesen eingesetzt werden.

Die Inbetriebnahme des Jugendclubs in Lohbrügge soll planmäßig im 1. Quartal 2007 erfolgen. Aus dieser Einrichtung heraus soll auch ein Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit am Dorfbanger Boberg vorgehalten werden.

#### **Häuser der Jugend (HdJ)**

Neben ihrer Funktion als offene Treffpunkte für Jugendliche des gesamten Bezirks stellten beide Häuser der Jugend in 2006 erneut ein umfangreiches Veranstaltungs- und Gruppenangebot sicher. Neben den „Standards“ offener, sportlich orientierter (Kajak, Fußball, Tischtennis, Karate, Tae Kwon Do usw.) oder handwerklich-technischer Gruppen (Holzwerkstatt, Computer, 2- und 4-Rad-Werkstatt) gab es weiterhin auch „Ausgefallenes“, wie Einradfahren, Freeclimbing, Magic-Turniere, Jazz-Dance oder Hochseilklettern. Entsprechend der Projektkonzeptionen beider Häuser sind alle Angebote konsequent nachfrageorientiert. Für die Jugendlichen des Bezirks besteht so eine unmittelbare Einflussnahmemöglichkeit auf das konkrete Angebot „ihrer“ Freizeittreffpunkte.



Die Angebote der Häuser der Jugend wurden weiter ausgebaut, in beiden Einrichtungen finden regelhaft jetzt auch Angebote an den Wochenenden statt.

Im August gestalteten die kommunalen Einrichtungen im Rahmen der Hafengeile einen Spieltag für die Kinder der Hafengeilebesucher auf der Schlosswiese.

In fachlicher Hinsicht leisten die HdJ im Jahresverlauf ferner eine Vielzahl von Einzelhilfen oder -beratungen für die betreuten Jugendlichen. Sie sind außerdem direkt beteiligt an regionalen oder bezirklichen Kooperationsverbänden: Aktuell sind dies beim HdJ Heckkaten weiter das bezirkliche Drogenpräventionsangebot „Lass 1000 Steine rollen“ sowie das Projekt „F.aktiv“ sozialräumlicher Angebotsentwicklung in Bergedorf-West. Das HdJ Lichtwarkhaus ist Partner der ARGE-Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit – Modell Bergedorf.

### Spielhäuser (SpH)

Der Schwerpunkt dieser Einrichtungen lag weiter in der kontinuierlichen Umsetzung des Rahmenkonzepts „Spielhaus der Zukunft“. Die darin enthaltene besondere Gewichtung bei Nachmittagsangeboten für Schulkinder und umfangreichen Ferienprogrammen hat sich bewährt. Allein in den Sommerferien 2006 wurden insgesamt über 100 Einzelangebote und knapp 30 Tagesausflüge bzw. Ausfahrten zu verschiedensten Zielen vorgehalten. Insgesamt haben die 6 kommunalen Einrichtungen erneut mit einem deutlichen, positiven Anteil zur gesamten sozialen Angebotsleistung im Bezirk beigetragen.

<b>Abteilung Offene Kinder- und Jugendarbeit</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Bewirtschaftetes Finanzvolumen (Haushaltsansätze) in T€	2.668	2.719	2.847

<b>Kinder- und Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl der kommunalen Einrichtungen, die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit bereitstellen	7	7	7
Häuser der Jugend	2	2	2
Spielhäuser	4	4	4
Anzahl der Stellen bei freien Trägern	33	28,50	26,50
Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	27	24,65	25,15
Zuwendungsvolumen in T€ <sup>1)</sup>	2.668	2.719	2.847

1) Nominelles Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).



## Förderung der Erziehung in der Familie

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie wurden über Zuwendungen insgesamt 6 Projekte gefördert.

Das Kinder- und Familienhilfzentrum Lohbrügge hatte sich aktiv an der Vernetzung der Einrichtungen im Jugendbereich beteiligt und pflegt eine gute Zusammenarbeit mit Schulen, insbesondere mit der Schule Mendelstraße. Die angebotenen Kurse sind gut besucht. In 2006 ist das Kifaz in neue Räumlichkeiten, Fritz-Lindemann-Weg 2, umgezogen.

Die Arbeit im Kinder- und Familienhilfzentrum Neuallermöhe lief kontinuierlich weiter, die Nachfrage nach den dortigen Kursangeboten und Beratungsleistungen ist unverändert hoch. Neben den Bereichen „Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit sowie der Förderung der Erziehung in der Familie“ wurden durch das Jugend- und Sozialdezernat 6 Projekte im Bereich der sozialen Stadtteilarbeit, 3 Gewaltpräventionsprojekte, 5 Projekte der Sozialräumlichen Angebotsentwicklung sowie 1 Projekt „Begleiteter Umgang“ durch Zuwendungen gefördert und entsprechend betreut.

<b>Hilfen zur Förderung der Erziehung in der Familie</b> (sowie 1 Kooperationsprojekt m.d. JGH)	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl geförderter Projekte <sup>1)</sup>	6	6	6
Anzahl der zuwendungsfinanzierten Stellen	6,5	6,5	6,5
Zuwendungsvolumen in TE <sup>2)</sup>	509	486	466
Anzahl der kommunalen Erziehungsberatungsstellen	1	1	1
Anzahl der Neuanmeldungen in der Erziehungsberatung	254	232	270
Anzahl der betreuten Familien	260	270	305

\* Die Zahl wurde wegen geänderter Zählweise ab 2005 korrigiert

1) Regelmäßige Projektförderungen / Jahresförderungen.

2) Nominelles Gesamtvolumen aller Zuwendungsbescheide des betreffenden Kalenderjahres (incl. einmaliger kleinerer Investitionszuschüsse und temporärer Sondermaßnahmen).



## **Erziehungsberatungsstelle**

### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Die Erziehungsberatungsstelle Bornbrook leistet Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII. Sie bietet Kindern, Jugendlichen und Familien bei Erziehungsfragen, Verhaltens- und Leistungsstörungen und bei Kommunikations- und Beziehungsproblemen innerhalb der Familie Beratung und therapeutische Hilfen an (§§ 16,17,28 SGB VIII).

#### Entwicklungstendenzen

Die Zahl der Eltern, die bereit sind, schon frühzeitig bei Problemen Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist stark gestiegen. Das führt im Einzelfall dazu, dass der Beratungs- und Behandlungsumfang geringer und das Hilfsangebot wesentlich wirkungsvoller ist als in den Fällen, bei denen sich aus Problemlagen schon schwere Störungen manifestiert haben.

Der Anteil von Alleinerziehenden bzw. von Familien, die nicht mehr in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung bestehen, ist weiterhin sehr hoch.

Verhaltensauffälligkeiten im Grundschulalter nehmen einen großen Raum in Anspruch. Motorische Unruhe, starke Konzentrationsstörungen, Aggressionen beeinträchtigen das Sozial- und Lernverhalten. In verstärktem Maße suchen mittlerweile auch Familien mit Migrationshintergrund die Erziehungsberatungsstelle auf.

Seit September 2005 ist die Erziehungsberatungsstelle auch wieder für Zuschüsse bei der Familienerholung zuständig. Dieses Angebot wurde auch in 2006 verstärkt wahrgenommen. Insgesamt 3 Fachkräfte mit 2,75 Stellen stehen für die Beratung in der Erziehungsberatungsstelle in Bergedorf zur Verfügung.

Im Herbst 2006 wurde eine Kooperation mit der Kita Regenbogen des DRK in Lohbrügge begonnen in Form einer regelmäßigen offenen Sprechstunde in den Räumen der Kita.

Ein ähnliches Angebot besteht in der Elternschule Bergedorf-West.

### **Ziele für 2007**

- Das Erstgespräch bei Neuanmeldungen soll möglichst zügig wahrgenommen werden. Die Wartezeit soll nicht mehr als 28 Tage betragen.
- Im Rahmen einer möglichst frühzeitigen Unterstützung der Familien sollen die Beratungen für Eltern mit Kindern unter 6 Jahren vorrangig sein.
- Fortführung der Kooperation mit der Kita Regenbogen. Weitere Planungen von niedrigschwelligen Beratungsangeboten.

## **Elternschulen**

### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Elternschulen arbeiten präventiv auf der gesetzlichen Grundlage des § 16 SGB VIII. Sie fördern durch ihre Angebote die eigenverantwortliche Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung. Gleichmaßen haben Elternschulen die Aufgabe, junge Menschen in der Vorphase der Familiengründung auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorzubereiten.

Angebote der Familienbildung sollen bei Konflikten und Krisen Lösungsmöglichkeiten zur eigenständigen Bewältigung aufzeigen. Darüber hinaus trägt Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote fördern die Elternschulen Kontakte und Erfahrungsaustausch und leisten Beiträge zur Verhinderung von Isolation.

Die Angebote der Elternschulen werden zweimal jährlich in einem Programmheft veröffentlicht. Die Angebotsstruktur besteht aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten.



Für das vergangene Jahr konnte festgestellt werden, dass der Anteil ausländischer Kursteilnehmer, insbesondere bei den offenen Angeboten, stark zugenommen hat, ebenso der Anteil der männlichen Besucher.

Vorrangiges Ziel aller Eltern/Kind Kurse ist es den Kontakt und die Bindung Eltern/Kind zu fördern und zu stärken.

Die offenen Angebote Frühstückscafe und Elterncafe erfahren einen so hohen Zulauf, dass es immer schwieriger wird, die gleichzeitige Betreuung der Kinder zu gewährleisten.

	2004	2005	2006
Anzahl der kommunalen Elternschulen	2	2	2
Anzahl der Kurse in kommunalen Elternschulen <sup>1)</sup>	130	125	120
Anzahl der Kursteilnehmer (ohne offene Angebote)	2.058	2.233	2.582
Anzahl der offenen Angebote in kommunalen Elternschulen	12	12	13
Anzahl der Teilnehmer von offenen Angeboten in kommunalen Elternschulen	2.262	2.154	2.400

1) Die Kurse können allgemein als voll ausgelastet angesehen werden.

### Ziele für 2007

- Die Veranstaltungsreihen über „Erziehung“, „Familienkonflikte“ und „Situationen als Mutter“ werden vertieft und entsprechend aktuellen Bedarfen modifiziert.
- Die Kooperation zwischen der Erziehungsberatungsstelle und der Elternschule Bergedorf-West in Form einer monatlichen offenen Sprechstunde in den Räumen der ES wird fortgeführt.
- Es soll ein besonderes Beratungsangebot für Väter installiert werden.

### Kindertagesbetreuung

#### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kindertagesstätten, Kindergärten/Pädagogische Mittagstische, Tagespflege und dem 2005 hinzugekommenen Bereich „Erhebung von Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse“. Die wahrzunehmenden Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen und Platzangebote, bei nicht bestehendem Rechtsanspruch die Prüfung und Zuordnung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Integrationsgruppen, Berechnung von Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und ggf. die Ausstellung einer Bewilligung bzw. Pflegeerlaubnis sowie Festsetzung und Einziehung der Gebühren für den Besuch einer Vorschulklasse.

Kennzeichnend für das Jahr 2006 war die Einführung des Kita-Gutschein-Systems auch für den Bereich der Behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kinder sowie die Umsetzung der Änderungen insbesondere im Bereich Tagespflege durch das im Oktober 2005 in Kraft getretene KICK (Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes). Hier erhielt die Eignungsprüfung der Tagespflegepersonen i.d.R. mit Hausbesuch eine zentrale Bedeutung. Darüber hinaus wurde für Vorschulkinder die Möglichkeit einer Anschlussbewilligung geschaffen und die Leistungsart „Krippe 4 Stunden“ eingeführt. Die Tagespflege wurde zumindest in Teilen in das EDV-Programm ProCAB integriert.



Trotz der hohen Arbeitsbelastung ist es der Abteilung aufgrund der guten Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelungen, die gesteckten Ziele, wie z.B. Bescheiderteilung innerhalb von 15 Tagen nach Antragstellung, zu erreichen.

### **Ziele für 2007**

Auch 2007 wird für die Kindertagesbetreuung ein interessantes Jahr:

Das Börsenmodul für die Tagespflege muss noch in das IT-Programm ProCAB integriert werden. Hier ist ein noch höherer Aufwand, als bereits in 2006 für die Übernahme der Berechnung und Bewilligung in ProCAB entstanden, zu erwarten.

Die Gutscheinerteilung für den Bereich der Behinderten bzw. von Behinderung bedrohten Kinder bedarf noch einer engen Abstimmung zwischen Kitas, begutachtenden Stellen, Fachbehörde und den KTB – Abteilungen, im Laufe des Jahres sollte das Verfahren für alle Beteiligten transparenter werden.

Die gute Zusammenarbeit mit den Kitas soll weiter gestärkt werden, es werden hierzu halbjährliche Treffen der KTB – Abteilung mit den Kita- Leitungen angeboten.

### **Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe**

#### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Im Jahr 2006 wurde weiter an der sozialräumlichen Ausrichtung des ASD gearbeitet. Die Fortführung der Projekte in Lohbrügge (Re-aktiv des Trägers MIKO), Bergedorf-West (F.aktiv des Trägers Pestalozzi-Stiftung und die integrierte Tagesgruppe des Trägers LEB), Neuallermöhe / Bergedorf-West ( Therapie und Kooperation des Trägers mittendrin!) und Neuallermöhe (Schnittstellenprojekt vom IB) in Kooperation mit dem ASD sind wichtiger Bestandteil der sozialräumlichen Weiterentwicklung.

Die Planungsräume 1 (Lohbrügge) und 2 (Bergedorf-West, Neuallermöhe Ost und West) sind gekennzeichnet durch einen erheblichen Bedarf an Hilfen zur Erziehung und eine hohe Anzahl von strittigen Scheidungen, insbesondere in den Neubaugebieten von Bergedorf. In Bergedorf-Kern und Vier- und Marschlande werden derartige Belastungen nicht so deutlich. Die Verdichtung der Bebauung im Bereich der Vier- und Marschlande macht sich jedoch in einem steigenden Hilfebedarf bemerkbar.

Das ursprünglich zugewiesene HzE-Budget wurde auch im Jahre 2006 überschritten.

Alle Teams des ASD setzen die fachliche Qualifizierung der Arbeit durch regelmäßige, wöchentliche kollegiale Beratung fort.

Mit dem 10.07.06 wurde „Intake“ als Falleingangsmanagement für den ASD verbindlich eingeführt. Aktuell sind dort 2 Teilzeitkräfte mit jeweils 30 Stunden pro Woche eingesetzt. Von Juli bis Dezember wurden insgesamt 798 Meldungen dokumentiert. Davon mussten 522 zur Weiterbearbeitung an den ASD gegeben und 247 konnten nach der Beratung abgeschlossen werden. Bei den restlichen 29 Meldungen konnte der Vorgang sofort abgeschlossen werden.

### **Ziele für 2007**



In diesem Jahr steht eine differenzierte Auswertung des gesamten „Intake – Verfahrens“ an. Dabei müssen sowohl Verfahrens- als auch Verteilungsprobleme gelöst werden.. Die drei ASD-Abteilungen werden nach den Umzügen des ASD 2 und 3 ab Mitte März ihren gemeinsamen Dienort im Jugendamt am Herzog-Carl-Friedrich-Platz 1 haben. Ein besonderes Augenmerk wird auch 2007 dem Kinderschutz gelten. Kinderschutz hatte schon immer die höchste Priorität, aber durch die höhere Sensibilität in der Bevölkerung durch Vorfälle in den vergangenen Jahren. So ist auch 2007 mit mehr Meldungen zu rechnen, die es gilt, qualifiziert zu bearbeiten. Neben der sozialräumlichen Arbeit wird angestrebt, in Zukunft mit dem zur Verfügung gestellten Budget für Hilfen zur Erziehung auskömmlich zu wirtschaften. Die Zielerreichung soll gewährleistet werden durch Steuerungsmaßnahmen im Bereich der Hilfeplanung, der Verlaufskontrolle sowie der Zeichnungsvorbehalte. Ferner wird auf die verstärkte Nutzung der oben beschriebenen Projekte zur Budgetentlastung gesetzt.

Durchschnittsfallzahlen	2004	2005	2006
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (zum Stichtag 31.12.) (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	148	152	167
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	92	94	89
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	161	148	163
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlichen (gem. § 35a SGB VIII)	23	33	35
- Zugewiesenes HzE-Budget in T€	8.653	8.697	9.565
- Ausgaben für HzE in T€	9.575	9.941	10.565

## Pflegestellenberatung

### Aufgaben und Entwicklung 2006

In 2006 konnten weitere Pflegefamilien, hauptsächlich- in den Landkreisen Lüneburg und Lüchow Dannenberg, für die Betreuung von Kindern gewonnen werden. Mit der Teilnahme am Hamburger Familientag hat die Pflegeelterngruppe und ihr Berater auf sich und ihr „Thema“ aufmerksam gemacht.

Der Vertrag mit dem LEB über die Betreuung von Pflegefamilien läuft weiter. Die Kooperation zwischen LEB und Jugendamt ist positiv.

### Ziele für 2007

Die Anzahl der Pflegeeltern und der vermittelten Kinder soll gesteigert werden. Deswegen soll auch am Kindertag und anderen öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen werden. Weiterhin soll die notwendige Prüfung der Bewerber zügig erfolgen und innerhalb von 2 Monaten erfolgt sein.



## Andere Aufgaben der Jugendhilfe

### Unterhaltsvorschuss

#### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet.

Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zum 12. Lebensjahr sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Die Mitarbeiter sind sowohl beratend tätig als auch im Bereich der Heranziehung von Unterhaltspflichtigen.

Das Ziel, die laufenden Leistungen zeitnah zu bewilligen, konnte erreicht werden. Ebenfalls konnten die Rückstände teilweise abgebaut werden.

In sinkenden Einnahmen spiegelt sich auch die wirtschaftliche Entwicklung wider, nämlich die Verschlechterung der finanziellen Situation von Unterhaltspflichtigen.

Ferner wurde die Zusammenarbeit mit den Beiständen verstärkt, einhergehend mit der Beratung der Antragstellerinnen und Antragsteller, eine solche Beistandschaft in Anspruch zu nehmen.

#### Ziele für 2007

Als erste Priorität ist weiterhin vorgesehen, die laufende Leistung zeitnah zu bewilligen.

Weiterhin soll sich verstärkt dem Heranziehungsbereich gewidmet werden, hier insbesondere der Zusammenarbeit mit den Unterhaltsbeiständen, um eine bessere Beratung der Kunden zu ermöglichen.

Ferner sind der Abbau der Rückstände und der Altfälle im Heranziehungsbereich voranzubringen, hier sind insbesondere Verjährung bzw. Verwirkung zu beachten.

	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.321	1.087	1.217
- Ausgaben nach dem UVG in T€	1.790	1.796	1.911
- Einnahmen nach dem UVG in T€	251	231	209

Stichtag ist jeweils der 31.12.



## Jugendgerichtshilfe

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Die Jugendgerichtshilfe (JGH) in Bergedorf war weiterhin hohen Belastungen ausgesetzt. Die Schwere der Straftaten Jugendlicher zieht häufig langwierige Gerichtsverfahren nach sich. Das Diversionsprojekt hat auch 2006 erheblich dazu beigetragen, dass gerichtliche Gesprächs- und Betreuungsweisungen sowie Täter-Opfer-Ausgleiche zügig erledigt werden konnten.

Die organisatorische Anbindung der JGH an die sozialen Dienste der Justiz beim Bezirksamt Eimsbüttel konnte reibungslos umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist es gelungen, das Diversionsprojekt in Bergedorf weiter aufrecht zu erhalten und ein regelmäßiges Beratungsangebot der JGH in Bergedorf zu sichern.

### Ziel für 2007

Das Jugendamt wird auch nach dem Zuständigkeitswechsel weiter Sorge dafür tragen, dass bedarfsdeckende, wohnortnahe Angebote vorgehalten werden.

	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Eingangszahlen beim Bezirksjugendgericht	500	456	519
Anzahl der Projekt- und Betreuungsweisungen	27	31	36
Anzahl Täter-Opfer-Ausgleiche	48	87	82

## Amtsvormundschaft / Beistandschaft

### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Im Zentrum der Beistandschaften stand das Ziel, möglichst schnell Unterhaltsregelungen für Kinder zu treffen und die Ansprüche durch Unterhaltsurkunden festzulegen.

Im Bereich der Amtsvormundschaften konnte der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Minderjährigen sichergestellt werden. Die sich verschärfenden Konfliktlagen stellten weiterhin besondere Herausforderungen an die Vormünder und Pfleger.

Die geringere Verteilungsmasse bei Einkommen führte in immer mehr Fällen zur Mangelsituation mit hohem Aufwand.

Die Zusammenarbeit mit der ARGE brachte, wie im letzten Jahr auch -wegen vorhandener Regelungslücken- den erwarteten Abstimmungsaufwand, da konkrete Regelungen (Geltendmachung von Unterhalt und Erstattung) bis zum 31.07.2006 nur im Einzelfall umgesetzt werden konnten. Mit Wirkung vom 01.08.2006 wurden die Gesetzeslücken geschlossen. Die notwendige Rechtssicherheit ist jetzt vorhanden und es wird abzuwarten sein, ob die erwarteten Effekte sich positiv auswirken.



**Die fachlichen Ziele 2007** finden sich in den bisherigen Kennzahlen, wonach zeitnah Unterhaltsregelungen für Kinder getroffen und Unterhaltsurkunden festzuschreiben sind. Der erreichte qualitativ hohe Standard der persönlichen Betreuung der Minderjährigen bei den Vormundschaften und Pflegschaften soll gehalten werden.

Maßnahmen des Kinderschutzes mit hoher politischer Priorität lassen in der Tendenz steigende Betreuungsfälle und höheren Abstimmungsbedarf erwarten.

Von besonderer Bedeutung ist die grundlegende Änderung des Unterhaltsrechtes und, parallel dazu, die Umstellung aller Unterhaltstitel auf die neue Rechtsgrundlage des Mindestunterhaltes (ggfs. mit Zuschlägen).

	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
- Anzahl der Amtsvormundschaften	145	148	138
- davon für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	1	0	0
Anzahl der Beistandschaften	1.508	1.626	1.734
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	676	627	717
Beratung und Unterstützung nach § 18 SGB VIII (Eingehende Beratung und Unterstützung in Unterhaltssachen)	302	206	171
Beratung und Unterstützung nach § 52 a SGB VIII (Telefonische und persönliche Beratungen vor und nach der Geburt)	634	485	402



## 4.2 Grundsicherungs- und Sozialamt

Leitung: Angelika Lange, Tel. 42891-2120

	2005	2006
Beschäftigungsvolumen <sup>1)</sup>	29,57	33,01

1) Das Beschäftigungsvolumen wird durch die Umstrukturierung nach SGB II ab 2005 angegeben.

### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Die Arbeitsmarktreformen und die daraus resultierenden gesetzlichen Neuerungen haben auch im Jahr 2006 die Aufgaben des Grundsicherungs- und Sozialamtes geprägt. Wiederum haben die Klärung offener Rechtsfragen, die Sicherstellung der rechtsfehlerfreien Anwendung des neuen Regelwerkes und Fragen der Zuständigkeitsabgrenzung zum SGB II einen fachlich-inhaltlichen Schwerpunkt gebildet.

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft SGB II – team.arbeit.hamburg (Arge oder tah) ist zuständig für die Leistungsgewährung für alle erwerbsfähigen (auch bereits erwerbstätigen) hilfebedürftigen Personen. Die Frage der Erwerbsfähigkeit ist somit von zentraler Bedeutung. Darüber entscheidet grundsätzlich die Arge. Wird die Erwerbsfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit von der Arge und dem Grundsicherungs- und Sozialamt unterschiedlich beurteilt, so entscheidet die bereits im Sommer 2005 gegründete Einigungsstelle.

Mit dem Ziel, eine gemeinsame und möglichst frühzeitige einvernehmliche Klärung der Voraussetzungen für die Entscheidung über die Erwerbsfähigkeit herbeizuführen, hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) mit der Arbeitsagentur Hamburg, der Arge und der Deutschen Rentenversicherung Nord (DRV Nord) eine Vereinbarung zum Verfahren bei der Begutachtung in Fragen der Erwerbsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit getroffen. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung wirkt der Sozialmedizinische Dienst der DRV Nord an der Feststellung der Erwerbsfähigkeit mit.

Fälle, in denen nach diesem Verfahren die Erwerbsunfähigkeit festgestellt wird, übernimmt das Grundsicherungs- und Sozialamt unverzüglich. Für die weitere Leistungsgewährung nach den unterschiedlichen Kapiteln des SGB XII, in denen zwischen Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter und bei (dauerhafter) Erwerbsminderung unterschieden werden muss, können regelmäßig wichtige Hinweise aus den Feststellungen des DRV Nord herangezogen werden.

Zum Jahreswechsel 2005/2006 wurde, wie bereits im vergangenen Tätigkeitsbericht dargestellt, das System der Behindertenbeförderung neu strukturiert. Die bis dahin nebeneinander existierende Taxipauschale und der Spezialbeförderungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes wurden durch gestaffelte Pauschalbeträge ersetzt. Die Umstellung auf das neue System ist im Jahr 2006 abgeschlossen worden.

Weiterhin wurden bei der Leistungsbemessung in der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung die Berücksichtigung des Wassergeldes neu geregelt. Die Neuregelungen wurden im Jahresverlauf vollständig umgesetzt.



Nach der Neuordnung des Hilfesystems für Wohnungslose zum 1.07.2005 liegen die Ergebnisse der Tätigkeit der Bezirklichen Fachstelle für Wohnungsnotfälle (BFW) erstmals für ein komplettes Jahr vor. Im Bereich der Wohnungssicherung berät die Fachstelle Menschen, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht sind, um das Mietverhältnis zu sichern und gewährt ggf. weitergehende Hilfen (Mietschuldenübernahme). Während in 2005 die Anzahl der von drohendem Wohnungsverlust betroffenen Haushalte gegenüber den Vorjahren deutlich zugenommen hatte, liegt die Zahl der betroffenen Haushalte nunmehr wieder etwa auf dem niedrigen Niveau von 2004.

Sind Familien mit Kindern unter 7 Jahren von drohendem Wohnungsverlust betroffen und kann die Fachstelle auf schriftlichem Wege keinen Kontakt herstellen, werden Hausbesuche durchgeführt. Ebenso bei Alleinstehenden, soweit der Fachstelle besondere Problemlagen (z.B. psychische Erkrankung) bekannt sind.

Hinsichtlich der Mietschulden betreut die Fachstelle neben Empfängern von Sozialhilfe auch Empfänger von Arbeitslosengeld II. In diesem Zusammenhang ergaben sich vielfältige Fragen bezogen auf Zuständigkeitsabgrenzung und Zusammenarbeit, insbesondere deshalb, weil die Fachstelle ggf. über die Notwendigkeit und Höhe der erforderlichen Mietschuldenübernahme entscheidet, die Arge jedoch die entsprechende Leistung an den Vermieter erbringt. Gleiches gilt in vergleichbaren Notlagen wie z.B. Strom- oder Heizkostenrückständen. Zur Optimierung der Zusammenarbeit hat das Grundsicherungs- und Sozialamt mit der Arge, Job Center Bergedorf, im April 2006 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen und zum Jahresende den inzwischen ergangenen rechtlichen Änderungen angepasst.

Aufgrund der erheblichen negativen sozialen Folgen von Wohnungslosigkeit, aber auch wegen der finanziellen Auswirkungen auf den Hamburger Haushalt, ist die Wohnungsversorgung obdach- oder wohnungsloser oder in öffentlichen Unterkünften lebender Menschen eine Kernaufgabe der Fachstelle. Mehrere Wohnungsunternehmen haben einen Kooperationsvertrag mit der Freien und Hansestadt Hamburg abgeschlossen und sich darin verpflichtet, zusätzlich zur bisherigen „Normal-Versorgung“ mit Wohnraum über die Wohnungsämter weitere Wohnungen zur Verfügung zu stellen. 44 Wohnungsvermittlungen waren nach einem Verteilungsschlüssel für 2006 für den Bezirk Bergedorf geplant. Tatsächlich ist es der Fachstelle gelungen, 106 Wohnungsvermittlungen an kooperierende Wohnungsunternehmen zu erreichen. Daneben haben weitere 78 Haushalte durch Vermittlung der Fachstelle eine Wohnung bei anderen, nicht kooperierenden Wohnungsunternehmen gefunden.

Im Aufgabenbereich der öffentlichen Unterbringung zur Abwendung einer drohenden oder bereits bestehenden Obdachlosigkeit ist die Anzahl der betroffenen Haushalte konstant geblieben, der Anteil von Familien mit Kindern ist rückläufig.

Die für 2006 geplante Ablösung des zur Bearbeitung, Dokumentation und Leistungsgewährung bestehenden IT-Verfahrens „PROSA“ konnte nicht durchgeführt werden.

An dem Ziel, ein neues, den bestehenden und weiter aufwachsenden Anforderungen entsprechendes IT-Verfahren als Nachfolge für PROSA einzuführen, wird festgehalten. Angestrebt wird ein Produkt, das den erweiterten Aufgaben in einem zukünftigen Sozialen Dienstleistungszentrum Rechnung trägt.

Die Entwicklung, Vorbereitung und Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen Gesamtplanverfahrens für alle Hilfearten der Eingliederungshilfe konnte in 2006 nicht abgeschlossen werden, da wesentliche Fragen wie beispielsweise die einer zentralen oder dezentralen Einrichtung eines Fachdienstes nicht entschieden wurden.

Das bereits 2005 begonnene Projekt „Ambulantisierung“ wurde von der Fachbehörde in 2006 fortgeführt mit dem Ziel, bisher stationär untergebrachte Menschen mit Behinderungen aus der stationären Versorgung in ambulante Hilfen zu bringen und die Zuständigkeit in den jeweiligen Bezirk übergehen zu lassen. Anders als beispielsweise im Bezirk Nord ist bisher kein Fall in die Zuständigkeit des Bezirks Bergedorf übergegangen.



Der Datenabgleich zwischen Sozialhilfeträger und Ausländerbehörde wurde in 2006 umgesetzt. Der Sozialdatenabgleich zur Missbrauchsbekämpfung wurde quartalsweise fortgeführt. Die Quote ermittelter Missbrauchsfälle liegt mit 0,15 % (60 Missbrauchsfällen bei 40.348 abgeschlossenen Prüffällen) auf dem ebenfalls sehr niedrigen Niveau des Vorjahres (0,14%). Der seit 2005 zu verzeichnende Rückgang an Prüf- und Missbrauchsfällen ist insbesondere auf die Arbeitsmarktreform zurückzuführen und dem dadurch bedingtem Wechsel von ehemaligen Sozialhilfeempfängern in das Arbeitslosengeld II. Nachdem bei der Einführung des Sozialdatenabgleichs die Aufdeckung von Missbrauchsfällen im Vordergrund stand, hat er nunmehr zunehmend präventiven Charakter.

### **Ziele für 2007**

- Im Rahmen der Verwaltungsreform wird zum 1.02.2007 die neue Dezernatsstruktur der Bezirksämter umgesetzt. Zugleich wird das (zukünftige) Soziale Dienstleistungszentrum mit dem Fachamt Grundsicherung und Soziales zusammengefasst. Der Aufbau des Dienstleistungszentrums soll an einem zentralen Standort im Jahr 2010 erfolgen. In einem ersten Schritt übernimmt das Fachamt Grundsicherung und Soziales/Soziales Dienstleistungszentrum diverse Dienstleistungen, die bisher im Einwohneramt angebonden waren: Wohnungsangelegenheiten (Wohnungsberechtigungsbescheinigungen, Wohnraumvermittlung), Wohngeld/Lastenzuschüsse (im Duwockskamp) sowie Unterhaltssicherung zentral für Hamburg und Erziehungs-/Elterngeld (Fleetplatz). Die vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verwaltungsreform bilden insoweit auch in diesem Amt den Schwerpunkt im Jahr 2007.
- Mit dem Ziel einer verbesserten Kundenorientierung und Kundensteuerung (z.B. durch Zuständigkeitsklärung, Anliegenklärung, Terminmanagement usw.) soll für das Dienstgebäude Duwockskamp und den hier angebotenen Dienstleistungen eine Eingangszone konzeptionell entwickelt und eingerichtet werden.
- Die Sicherung und Versorgung mit eigenem Wohnraum sind generelle Ziele der Bezirklichen Fachstelle für Wohnungsnotfälle. Die Sicherung von Wohnungen soll auf hohem Niveau fortgesetzt, die öffentliche Unterbringung so gering wie möglich und die hohe Anzahl an Wohnungsvermittlungen konstant gehalten werden.
- Die Entwicklung, Vorbereitung und Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen Gesamtplanverfahrens für alle Hilfearten der Eingliederungshilfe bildet (weiterhin) ein Ziel im Jahr 2007.



### Allgemeine Kennzahlen des Grundsicherungs- und Sozialamtes

Kennzahl	2004	2005	2006
<b>Hilfen zum Lebensunterhalt</b>			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG/3. Kap. SGB XII	8.951	293	226
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	75	3	2
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	224	648	635
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem GSIG/ 4. Kap. SGB XII	698	903	1.050
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	6	8	9
Durchschnittliche Ausgaben pro HE in €	285	436 <sup>1</sup>	443
Anzahl der Empfänger nach dem AsylbLG	1.344	1.202	1.015
Anzahl der Empfänger pro 1.000 Einwohner	11	10	9
Durchschnittliche Ausgaben pro Person gem. AsylbLG in €	286	429 <sup>2</sup>	454
<b>Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und öffentliche Unterbringung</b>			
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	650	811	679
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	490	718	649
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	84	91,64	94,6
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	-	67 <sup>3</sup>	125
Anzahl Wohnungsvermittlungen	-	21 <sup>4</sup>	106 <sup>5</sup>

<sup>1</sup> Abweichung basiert auf veränderter Datenauswertung sowie Aufnahme der Pauschale für einmalige Leistungen in den Regelsatz und Wegfall des Wohngeldanspruches

<sup>2</sup> Abweichung basiert auf veränderter Datenauswertung mit nunmehr u.a. auch die Unterkunftsgebühr umfassender Leistungsabfrage

<sup>3</sup> Aufgabe wird seit 1.07.2005 wahrgenommen

<sup>4</sup> Aufgabe wird seit 1.07.2005 wahrgenommen

<sup>5</sup> Wohnungsvermittlung an kooperierende Wohnungsunternehmen. Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 78, mithin insgesamt 184



## 5. ORTSAMT VIER- UND MARSCHLANDE

Leitung: Dirk Brahm, Tel. 42891-2350

		2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen		26,08	16,34 <sup>1</sup>	15,48
Sachkostenbudget in €				
Ansatz und Rest Vorjahr	<b>Soll</b>	23.680,24	22.645,43	20.476,51
Ausgaben	<b>Ist</b>	23.333,75	22.637,98	18.295,69
übertragbarer Rest		346,49	7,45	2.180,82
betreute Fachausschüsse		Ortsausschuss und Unterausschüsse		

### 5.1 Verwaltungsabteilung

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	3,0	2,92	3,0

Neben den im Folgenden aufgeführten Leistungen wird die Verwaltungsabteilung auch tätig für das Statistikamt Nord, indem in Amtshilfe die Durchführung der statistischen landwirtschaftlichen Erhebungen, wie z. B. Agrarberichterstattung, Bodennutzungshaupterhebung u. a. für das Gebiet der Vier- und Marschlande koordiniert wird.

#### Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2004	2005	2006
Anzahl der zu betreuenden Gremien	3	3	3
Anzahl der Sitzungen	23	26	25
schriftliche Vorlagen insgesamt	83	75	93
davon Stellungnahmen / Beiträge der Verwaltung <sup>2</sup>	37	31	44

### 5.2 Bürgerzentrum

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	3,50	3,00	3,29 (3,79 <sup>3</sup> )

Im "Bürgerzentrum Vier- und Marschlande" werden publikumsintensive Verwaltungsdienstleistungen des Verbraucherschutzamtes und der Einwohnerabteilung in einer Service-Einheit zusammengefasst wahrgenommen.

Es bietet weiterhin von allen Bürgerzentren der Freien und Hansestadt Hamburg den umfassendsten Service "aus einer Hand" an.

<sup>1</sup> Zum 01.04.2005 wurde die Grundsicherungs- und Sozialabteilung ausgegliedert

<sup>2</sup> incl. Antworten auf schriftliche Anfragen

<sup>3</sup> Incl. 0,5 zur Bearbeitung von Hunderegistrierungen



Für den Landesbetrieb Verkehr wurden in den vergangenen Jahren nachstehende Leistungen wahrgenommen:

	2004	2005	2006
Führerschein-Tausch	195	126	61
Adressenänderung in Kfz-Scheinen	237	298	310

### Melde- und Ausweisangelegenheiten

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen für EA 21-Tätigkeiten	2,40	2,40	2,40

	2004	2005	2006
Bevölkerungszahl im Ortsamtsgebiet <sup>1</sup>	38.440	38.784	39.560
Anzahl der erteilten Personaldokumente <sup>2</sup>	4.510	4.582	4.523
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	4.337	3.689	3.591
Anzahl der schriftlichen Auskünfte <sup>3</sup>	18.355	13.586	11.006
Summe aller Leistungen <sup>4</sup>	35.604	28.930	32.720

Da die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg jede beliebige Einwohnerdienststelle für melderechtliche Belange aufsuchen können und sich nicht an die für ihre aufgrund der Meldeadresse zuständige Dienststelle wenden müssen, lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf das konkrete Einzugsgebiet ziehen. So wurden z. B. in Vier- und Marschlande rund 1/3 der Personalausweis-Anträge für Bürgerinnen und Bürger aus dem Kerngebiet bearbeitet, 2/3 für Bewohner des Landgebietes.

### Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten

Das Bürgerzentrum bietet folgende Leistungen: Gewerbean-, -um- und -abmeldungen, Ausstellen von Reisegewerbekarten, Ausstellen von Angelscheinen, Ausgabe von Fischereimarken, Auskünfte aus dem Gewerbeverzeichnis und Auszüge aus dem Gewerbezentralregister, Ausstellen von Transportmittelscheinen. Eine statistische Trennung zwischen Kerngebiet und Ortsamtsgebiet ist technisch nicht in allen Fällen machbar. Daher sind die Tätigkeiten des Bürgerzentrums in den Zahlen des Verbraucherschutzamtes enthalten. Einzig folgende Angaben können für das Bürgerzentrum bestimmt werden:

	2004	2005	2006
Angelscheine	69	71	65
Fischereimarken			684
Gewerbezentralregisterauszüge			104
Hundebeanmeldungen (ab 01.04.)			108

<sup>1</sup> jeweils zum 31.12. des Vorjahres

<sup>2</sup> Setzt sich zusammen aus Personalausweisen, vorläufigen Personalausweisen, Reisepässen, vorläufigen Reisepässen und Kinderreisepässen

<sup>3</sup> Hier wird die Zahl der Zugriffe auf das Meldesystem wiedergegeben, die erforderlich waren, um alle Auskunftersuchen zu beantworten.

<sup>4</sup> Hierunter fallen z.B. auch Führungszeugnisse und Ausstellungen von Lohnsteuerkarten.



## Sozialangelegenheiten

	2004	2005	2006
Anzahl der Rundfunkgebührenbefreiungen / -ermäßigungen <sup>1</sup>	166	24	---
Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen	127	73 <sup>2</sup>	49
Sitzplatzausweise	13	4	7

## 5.3 Bauaufsicht

	2004	2005	2006
Beschäftigungsvolumen	11,25	10,42	9,19

### Durchführung des bauaufsichtlichen Anzeige- und Antragsverfahrens

#### Aufgaben und Entwicklung in 2006

Die Zahl der Widersprüche ist auf 55 (Vorjahr 41 Widersprüche) gestiegen. 273 Verfahren (Vorjahr 367) zur Herstellung ordnungsgemäßer Zustände (Beseitigungen, Nutzungsuntersagungen usw.) wurden durchgeführt. Die hohe Zahl erklärt sich aus der wieder aufgenommenen Überprüfung der ungenehmigten Lauben und der Überprüfung der Grundleitungen in Wasserschutzgebieten.

Da Antragsteller eine hohe rechtliche Sicherheit für zukünftige Planungen benötigen, bleibt die Zahl der Vorbescheide mit 77 Vorbescheidsverfahren weiterhin hoch (Vorjahr 96 Vorbescheidsverfahren).

Mit 60 Wohneinheiten für Seniorinnen und Senioren am Lauweg wird die Gesamtzahl neuer Wohnungen deutlich erhöht.

Zielerfüllung 2006: Sonderaufgaben konnten wegen des dreimonatigen Streiks von März bis Mai nur verzögert abgearbeitet werden.

Das Campingplatzgelände Hohendeicher See ist vollständig überprüft worden. Holzan- und Vorbauten werden kontinuierlich zurückgebaut. Zwischen den Campingplatzbesitzern und der Bauprüfabteilung ist es zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gekommen. Die jährliche Begehung wird beibehalten.

Die Zuständigkeit für die Grundstücksentwässerung einschließlich der Überprüfung der Grundleitungen in Wasserschutzgebieten wurde im Laufe des Sommers 2006 an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt abgegeben. Aussagekräftige Zahlen lassen sich deshalb nicht mehr ermitteln.

Die Überprüfung der ungenehmigten Kleingartenlauben im Bereich Zollenspieker Dreieck hinsichtlich der Entwässerung wurde beendet. Wesentliche Missstände bestehen nicht mehr. Die Überprüfung der übrigen ungenehmigten Kleingartenlauben wurde weitergeführt.

#### Neue Hamburgische Bauordnung:

Durch Schulungen sowie die Beantwortung der zahlreichen Fragen von Bauherren und Architekten waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark belastet.

#### Gestaltungsberatung:

Gestaltungsberatungsgespräche wurden von Planern und Bauherren interessiert angenommen. Der Gestaltungsleitfaden ist fertig gestellt und am 11.1.2006 auf einem Symposium Architekten, Bauingenieuren, Vertretern des Handwerks und der Wirtschaft sowie interessierten Grundbesitzern vorgestellt und in einer überarbeiteten Fassung veröffentlicht worden.

<sup>1</sup> Die Aufgabe wird seit 01.04.2005 nur noch vom NDR selber wahrgenommen

<sup>2</sup> Die Schwerbehindertenausweise haben eine Gültigkeit von fünf Jahren



## Ziele für 2007

Mit der Fertigstellung eines Neubaus beim Bergedorfer Rathaus wird die Bauprüfabteilung Vier- und Marschlande mit der Genehmigungsabteilung Bergedorf im neuen Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt zusammen gelegt. Die Aufgaben müssen koordiniert und die Teamentwicklung gefördert werden.

Die Bauprüfabteilung Vier- und Marschlande nimmt auch zukünftig Sonderaufgaben wahr.

Die Überprüfung der ungenehmigten Lauben und Schuppen wird in 2007 fortgeführt.

Der Rückbau der Kleingartenlauben auf 24 m<sup>2</sup> im Kleingartenverein 602 ist durchzusetzen (es liegen rechtskräftige Bescheide vor).

Die neue Hamburgische Bauordnung mit zahlreichen Änderungen trat am 01.04.2006 in Kraft. Die Beratung der Bauherren, Architekten wird auch in 2007 einen großen, zeitlichen Raum einnehmen.

	2004	2005	2006	
Wohnbauvorhaben	340	357*)	245	
Anzahl der Wohnungen	95	63*)	151	
Gewerbliche Bauvorhaben	112	120	74	
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren (einschl. der Bauanzeigen- Entwässerung) <sup>1</sup>	850	1.449	1.177	
Anzahl der Grundstücksteilungen <sup>2</sup>	100	60	13	
Anzahl OWiG-Verfahren	1	6	1	
Einnahmen in EUR				
Gebühren	Soll	185.775,03	428.467,52	285.400,51
	Ist	177.277,60	381.616,21	267.959,37
Zwangsgeld/Bußgeld	Soll	31.879,88	36.017,70	2.325,00
	Ist	18.650,00	13.387,82	1.250,00

\*) Die Differenz beider Zahlen ergibt sich aus der Tatsache, dass Wohnbauvorhaben nicht immer eine neue Wohnung zur Folge haben. Als Wohnbauvorhaben werden auch alle Veränderungen am vorhandenen Wohnhaus wie z.B. Anbauten, Ausbauten, Dachgauben, Wintergärten, Außentreppen und Balkone gewertet.

## Sicherstellen der ordnungsgemäßen Entwässerung

Entwässerung (Anzahl der Verfahren)	288	340	148 <sup>3</sup>
Davon			
Bauanzeigen/Drucksielanschlüsse	128	128	0
Drucksielfestlegungen	160	0	0

<sup>1</sup> Entfällt seit 01.04.2006 (neue HbauO)

<sup>2</sup> Seit 01.04.2006 nicht mehr genehmigungspflichtig.

<sup>3</sup> Entfällt seit 01.04.2006 (neue HbauO)



## **6. Beauftragte für Wirtschaftsförderung (WB) und Verbindungsstelle Liegenschaftsverwaltung (WB/LI)**

Dirk Brahm,                   Tel.: 42891-2350  
Dirk Klimach,               Tel.: 42891-2347  
Herbert Fuhrmann,        Tel.: 42891-2482

### **Aufgaben und Entwicklung in 2006**

Das Wirtschaftsförderungsteam des Bezirksamtes Bergedorf entwickelte auch in 2006 zahlreiche Aktivitäten.

Der Aufgabenbereich ist geprägt durch ein sehr weites Spektrum, da er die Förderung einer Vielzahl von Branchen umfasst (z.B. Einzelhandel, Tourismus, Maschinenbau, Life Science etc.) und sich sowohl auf Bestandspflege, Existenzgründungsberatung und Unternehmensakquisition bezieht. Die Tätigkeit ist zudem gekennzeichnet durch Repräsentation und intensiven Kundenkontakt mit den ansässigen Unternehmen, Unternehmensvertretungen, Behörden, Wirtschaftsförderungsinstitutionen, Presse etc. Im Rahmen der Vertretung bezirklicher Interessen sind häufig Vorträge bzw. Präsentationen bei verschiedensten Einrichtungen (z.B. Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Handelskammer) zu jeweils variierenden Themenfeldern (z.B. Business Improvement District (BID), Stadtmarketing) zu halten. Moderationen und Verhandlungen u.a. im Rahmen regionaler Kooperationen oder die Organisation von Veranstaltungen sind ebenfalls fester Bestandteil des Aufgabenspektrums.

Im Jahr 2006 war das WM-Familienfest im Schlosspark das herausragende Bergedorfer Projekt. Vom Wirtschaftsförderungsteam wurden in diesem Zusammenhang zahlreiche Tätigkeiten, wie die Entwicklung eines Konzeptes, Generierung von Werbeeinnahmen, Betreuung der Werbepartner etc. geleistet. Somit hat die Wirtschaftsförderung wesentlich zur erfolgreichen Durchführung dieses Projektes beigetragen.

Zur weiteren Entwicklung des Life Sciences Standort Bergedorf wurde in Kooperation mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der TuTech und dem WSB ein so genannter „Life Sciences Tag“ durchgeführt, an dem sich über 100 interessierte Gäste (Unternehmen, Wissenschaftler etc.) aus dem Bereich Life Sciences beteiligten. Zur Vorbereitung dieses Tages wurde vom Wirtschaftsförderungsteam u. a. eine entsprechende Broschüre erarbeitet.

Im Rahmen des Stadt- und Standortmarketings und der aktiven Bestandspflege wurden insbesondere folgende Maßnahmen durchgeführt bzw. Tätigkeiten ausgeübt:

- Aktive Mitarbeit in dem WSB-Arbeitskreis Standortmarketing, der BID-Lenkungsgruppe „Sachsentor“ und dem BID-Initiativkreis Lohbrügge
- Etablierung der Bergedorfer Stadtmeisterei
- Mitarbeit in dem Tourismusprojekt „Urstromtal Elbe“
- Vertiefung des Netzwerkes Maschinenbau und Technik
- Unternehmensbesuche

Nach wie vor wird die Aufgabenstellung der Wirtschaftsbeauftragten durch die Angliederung der Verbindungsstelle Liegenschaftsverwaltung optimiert, die nach der Zentralisierung der Liegenschaftsverwaltung im Bezirk eingerichtet wurde. Sie nimmt die Koordinierung der Liegenschaftsangelegenheiten zwischen Bezirk und Liegenschaftsverwaltung wahr. Die dadurch nutzbaren Kompetenzen kommen der Tätigkeit der Wirtschaftsförderung zu Gute und ergänzen sie in hervorragender Weise. Neben den eigentlichen liegenschaftlichen Betätigungsfeldern wie z. B. Beratungen und Vermittlungen in Grundstücksangelegenheiten werden in zunehmendem Maße auch Aufgaben auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung übernommen.



Die in 2004 eingeführte Internetpräsentation der städtischen Gewerbeflächen wurde 2006 überarbeitet und mit dem zentralen Auftritt der Finanzbehörde verknüpft. Die Wirtschaftsförderung präsentiert sich außerdem in dem neuen Portal [www.bergedorf.de](http://www.bergedorf.de) und ist mit weiteren Beiträgen im Internet vertreten.

### **Vermarktung:**

Die städtischen Gewerbeflächen im Bezirk haben sich wie folgt entwickelt (Stand Januar 2007):

Mit ca. 190,8 ha bietet der Bezirk Bergedorf das größte Angebot an städtischen Industrie- und Gewerbeflächen in Hamburg. Davon sind

- sofort ca. 47,3 ha,
- mittelfristig ca. 23,2 ha,
- langfristig bis zu 120,3 ha verfügbar.

Ergänzt wird dieses Angebot noch durch ca. 32,0 ha Gewerbeflächen, die sich in privater Hand befinden.

Ein Vergleich zwischen den für ganz Hamburg ausgewiesenen Flächen in einer Größenordnung von 693,2 ha und dem hier vorhandenen Angebot von ca. 222,8 ha dokumentiert die Spitzenposition Bergedorfs nachhaltig.

Die folgende Aufstellung stellt die städtischen Gewerbeflächen in Bergedorf zum Stichtag 15.01.2007 dar:

<b><u>Gewerbegebiet</u></b>	<b>Bestand</b>	<b>disponiert</b>	<b>verfügbar</b>
Dusiplatz	2.231	2.231	0
Curslacke Neuer Deich	91.360	4.100	87.260
Lehfeld	14.180	0	14.180
Havighorster Weg	7.450	1.000	6.450
Billwerder-Allermöhe	344.317	133.249	211.068
Walter-Rudolphi-Weg	34.000	0	33.688
Gerhard-Falk-Straße	3.612	0	3.612
Helmut-Nack-Straße	16.500	582	3.850
Brookkehre	26.003	1.039	24.964
Mette-Harden-Straße	19.000	1.600	17.400

Unstimmigkeiten in den Zahlen lassen sich auf teilweise langfristige Vermietungen von Gewerbegrundstücken zurückführen.



Im vergangenen Jahr sind für sechs Unternehmen Flächen in der Größenordnung vom 582 m<sup>2</sup> bis 146.000 m<sup>2</sup> disponiert worden.

Dabei ragen zwei Investitionsprojekte heraus und zwar H & M und TNT.

Dem Modeunternehmen H & M Hennes & Mauritz GmbH ist am Rungedamm im Rahmen der Wirtschaftsförderung eine 14,6 ha große städtische Fläche zur Verfügung gestellt worden. Dort soll bis zum Sommer 2008 ein hochmodernes Distributionszentrum entstehen, von dem etwa 1.000 Mitarbeiter das nationale und niederländische H & M - Filialnetz beliefern. Zusätzlich wird das Distributionszentrum als Transitlager des Unternehmens fungieren, in dem ein Teil der weltweiten Warenbelieferung umgeschlagen wird.

Bei TNT Express, einem weltweit führenden Anbieter von „business to business“ Expressdienst, werden auf einem rund 26.000 m<sup>2</sup> großen Gewerbegrundstück an der Amandus-Stubbe-Straße direkt neben dem neuen Güterverkehrszentrum knapp 200 Arbeitsplätze entstehen. Hierbei handelt es sich um die Verlagerung und damit Standorterhaltung des Unternehmens von zwei bislang gemieteten Immobilien im Gewerbegebiet Allermöhe. Die Unterbringung dort war nicht mehr wachstumsgerecht.

Die anhaltend gute konjunkturelle Lage wird gerade im Bereich der Logistik weitere Bedarfe auslösen. Sie auch in 2007 und folgenden Jahren bedienen zu können, erfordert die Ausweisung weiterer Flächen ab 5 ha aufwärts.

### **Ziele für 2007**

- Erfolgreiche organisatorische Anbindung des Wirtschaftsförderungsteams in das neu gegründete Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
- Vorbereitungen zur Entwicklung eines zweiten BID „Sachsentor“ und zur Etablierung eines BID „Lohbrügge“
- Entwicklung eines Life Sciences Netzwerkes mit Projekten in Zusammenarbeit mit dem WSB, der HAW und der TuTech
- Etablierung eines Logistik-Netzwerkes
- Organisation und Durchführung einer Bewerbermesse
- Erarbeitung eines Wirtschaftsstrukturberichtes
- Durchführung von Unternehmensbesuchen
- Organisation einer Mittelstandsförderveranstaltung